

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 2,50 RM, monatlich 1,10 RM, einschließlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (ausdrückl. gedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pfg. Einzeilen und Schlußzeilen gegen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Ein zweiter Jatho.

Es scheint, als ob die Wirren, in die der preussische Oberkirchenrat seine und damit die gesamte protestantische Kirche Deutschlands durch die Amtsentsetzung des Kölner Pfarrers Jatho wegen Irrlehre gestürzt hat, im Begriff stehen, eine neue, verstärkte Auflage zu erleben.

Soeben kommt eine Schrift auf den Büchermarkt, die dem Oberkirchenrat nichts übrig lassen wird, als dem ersten Rehergericht ein zweites hinzuzufügen. Tut er das nicht, so setzt er sich und sein Spruchkollegium Jatho gegenüber in schwerstes Unrecht. Wagt er aber ein zweites Rehergericht, so trägt er selbst so sehr wie niemand anders innerhalb der protestantischen Kirche zur Förderung der Zerfetzungsprozesse bei, in den diese nach vielen Anzeichen gegenwärtig immer mehr hineingerissen wird.

Die Schrift, die bei Eugen Diederichs in Jena erschien, führt den Titel: „Staatschristentum oder Volkskirche“. Ihr Verfasser ist der Verteidiger Jathos vor dem Spruchkollegium, der Dortmunder Pfarrer Lic. theol. G. Traub. Der Schritt, den Traub mit der Veröffentlichung der Broschüre getan hat, verdient auch von unserer Seite, die wir auf ganz anderem politischen Boden stehen wie er, größte Hochachtung. Die Veröffentlichung ist die Tat eines aufrechten, wahrhaftigen und unerschrockenen Mannes. Ihr Inhalt ist eine einzige Herausforderung an den preussischen Oberkirchenrat, ohne Wenn und Aber, ohne Hülsen und Klauseln. Die Schrift beginnt mit einem klaren, knappen Bekenntnis der religiösen Überzeugungen des Verfassers und endet in einer etwas breiten Darlegung eines neuen kirchenpolitischen Programms. Dazwischen steht eine überaus scharfe Kritik an der heutigen preussisch-deutschen protestantischen Landeskirche und deren Theologen, orthodoxen wie liberalen. Ein angehängtes letztes Kapitel, das aber hätte weggelassen werden können, beschäftigt sich nochmals im besonderen mit dem Richterpruch des Kirchenkollegiums, der Jathos Absetzung verfügte.

Das Glaubensbekenntnis Traubs lautet in der Hauptsache und ungefähr mit seinen eigenen Worten folgendermaßen: „Vor mir liegt das sogenannte apostolische Glaubensbekenntnis; ich lehne dieses Bekenntnis der katholischen Reichskirche als mein Glaubensbekenntnis vollständig ab. Ich höre das Wort Dreieinigkeit — ich benutze es nie. Man hält mir die sogenannten Heilstaten der jungfräulichen Geburt Jesu, der Auferstehung und Himmelfahrt vor; ich kenne nur geschichtliche Tatsachen; Heilstaten sind mir fremd. Man erinnert mich an die Sakramente; ich feiere keine.“ Unter ewigem Leben versteht er nichts weiter wie das „Übergehen zu einer vollständig neuen Form des Lebens“. Jesus steht er in vieler Beziehung skeptisch gegenüber. Er weiß auf Grund dessen, was von als einigermassen geschichtliche Urkunde über ihn aus der Bibel gelten lassen kann, „viel zu wenig von ihm, um sich ein einwandfreies Bild seiner Persönlichkeit entwerfen zu können“. Manches von dem, was über ihn berichtet wird, „stößt ihn ab“. Er hütet sich ängstlich, ihn „Sohn Gottes“ zu nennen; er anerkennt nur seine „reine Menschlichkeit“. Ähnlich offen urteilt er über die Bibel: „Es ist etwas nicht darum gut, weil es in der Schrift steht, und es wird etwas darum nicht schlecht, weil man es aus der Schrift nicht belegen kann“. Schließlich, das Wichtigste, seine Gottesauffassung. Einen persönlichen Gott lehnt er, freilich ein wenig verblümt, ab; denn: „ich kann mir ihn gar nicht persönlich denken“. Gott ist ihm vielmehr „das Unendliche“, „der Sinn des gesamten Lebens und der Welt“, „helfende Kraft“, die man „hat“ und „erlebt“, aber „nicht lehrt“. „Gott ist nicht ein einzelner, sondern der, außer dem nichts ist und in dem alle gleich nahe sind, weil alle gleichmäßig von dem letzten Sinn innerlich und äußerlich getragen werden“.

An dieses Bekenntnis schließt sich ein vernichtendes Urteil über die Landeskirche und die Mehrzahl ihrer Theologen. Nur einiges Wenige daraus sei hier zitiert: „Die preussische Landeskirche ist genau so ein Stück Welt, wie alles andere neben ihr; sie ist um nichts christlicher als die Welt.“ „Unsere kirchlichen Synoden haben gar keinen Begriff von geistiger Arbeit; sie sind weniger als die organisierte Bedeutungslosigkeit!“ An einer anderen Stelle geht er sogar soweit, die Landeskirche nur noch als eine Fiktion darzustellen: „Wir haben keine Landeskirche mehr; wir haben heute eine Millionenkirche, in der nicht nur Angehörige verschiedener Landeskirchen vermöge der Freizügigkeit Platz finden, sondern in der zwei Landeskirchen selbst (die lutherische und die reformierte) durch die Union sich zusammengeschlossen haben... Die Landeskirche im eigentlichen Sinn des Wortes... war nichts anderes als eine staatliche Unterweisung des Volkes, das in einem bestimmten Lande wohnte, in dem Bekenntnis seines Landesherren. Sie war... gewahrt durch die Landeshoheit des Fürsten. Sie war Staats-einrichtung... Der Staat ist aber paritätisch geworden. Der Landesherren hat seinen Mitgliedern, ob konfessionell oder konfessionslos, vollständig gleich gegenüber zu stehen. So

fehlt den Behörden, die heute noch mit dem Begriff der Landeskirche operieren, der staatsrechtliche Hintergrund. Und wie die Landeskirche von oben her aufgegeben ist, so auch von unten...“ Das Endergebnis seiner Kritik ist schließlich, daß auch er den immer stärker hervortretenden Katholisierungsprozeß der evangelischen Kirche konstatiert.

Endlich sein kirchenpolitisches Programm. Hier verlangt Traub die Umwandlung dieser Landeskirchen in eine „Volkskirche“, eine „Millionenkirche“, wie er sie gern nennt, zu der alle gehören sollen, die weder katholisch noch jüdisch sind! Für diese soll die neue Volkskirche bloße Verwaltungseinheit sein. In ihr soll keinerlei Glaubenszwang herrschen. Jede Gemeinde soll in dieser wie in weltlicher Beziehung völlig souverän sein. Jede Gemeinde soll sich ihre eigene gottesdienstliche Ordnung schaffen. Das apostolische Glaubensbekenntnis soll beseitigt werden. Die theologischen Fakultäten sollen von den Universitäten verschwinden. Die Trennung zwischen Staat und Kirche soll vollzogen werden. Trotzdem aber soll der Staat den Religionsunterricht der Schule in der Hand behalten. Allerdings soll dieser vorwiegend in Religionsgeschichte bestehen. Dadurch soll „eine Näherbringung der Konfessionen untereinander zur Erzeugung einheitlichen Nationalbewußtseins“ erzielt werden. „Die Kirche“, schließt Traub seine Forderungen, „verzichte grundsätzlich auf Herrschaft; dadurch gibt sie das leuchtende Beispiel für wirkliche Hilfe und wirkliches Gottvertrauen.“

Was haben wir unsererseits zu alledem zu sagen? Ganz einer Meinung müssen wir mit Traub in der Beurteilung des Wesens der heutigen Landeskirchen sein. Was er über sie in scharfen Worten ausführt, das ist von uns schon oft mit gleicher Schärfe dargelegt worden. Die heutigen Landeskirchen sind Anachronismen ihrer Verfassung nach, Herrschaftsinstrumente des heutigen Klassenstaates. Die organisatorische Entwicklung, die sie seit etwa fünfzig Jahren durchgemacht haben, ist eine Entwicklung zu einer neuen, nur anders gefärbten katholischen Kirche. Der Annäherungsprozeß der preussischen protestantischen an die römisch-katholische Kirche ist ein immer vielfeitigerer und rascherer. Er geht parallel zu dem immer engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der Agrar- und Industriekapitalisten vom Zentrum einerseits, der nationalliberalen und konservativen Partei andererseits im blau-schwarzen Block.

Ueber das Glaubensbekenntnis, das Traub persönlich für sich ablehnt, zu urteilen, fehlt uns an dieser Stelle die Möglichkeit. Doch muß auch einmal die Klarheit, Tapferkeit und Wahrhaftigkeit gerühmt werden, mit der er mit allen alten Ueberlieferungen bricht. Offen stellt er sich in dieser Beziehung an Jathos Seite, identifiziert sich geradezu mit ihm und hebt sich so leuchtend von fast allen anderen Theologen ab, die eine ähnliche Selbstcharakterisierung bisher peinlich vermieden haben. Nach unserer persönlichen Meinung ist auch sie innerlich auf die Dauer nicht haltbar; trotz der Tapferkeit ihrer Verfechter ist sie noch eine Halbheit, die aber aus dem Charakter der Uebergangszeit, in der sich die Gegenwart religiös befindet, durchaus erklärlich ist. Jedenfalls aber steht das ganze Glaubensbekenntnis Traubs im schärfsten Widerspruch mit allem, was man, selbst in toleranterer Färbung, bisher in der Kirche als christlichen Glauben verstand. Insofern enthüllt der Gegensatz, in dem sich dieser zu jenem befindet, von neuem die ganze ungeheure auf ein paar Jahrtausende zurück sich datierende Rückständigkeit der christlich-kirchlichen Glaubenslehre gegenüber allem, was heute den vorwärts drängenden Menschengestalt an geistigem Gut lebendig und notwendig erfüllt. Es ist schon ein Verdienst, wenn ein Theologe und Pfarrer im Amt dazu beiträgt, daß diese Tatsache von neuem vor aller Öffentlichkeit konstatiert wird.

Als utopisch, unklar und teilweise eine Halbheit erscheint uns aber Traubs kirchenpolitisches Programm oder vielmehr die Grundlagen, von denen aus er es formuliert. Utopisch ist seine Forderung, daß die Kirche auf Herrschaft verzichte, Herrschaftsausübung über die Geister im Sinne einer weit zurückgebliebenen Weltanschauung ist gerade so sehr ihr heutiges Wesen, daß die Beseitigung dieser Herrschaft das Ende ihrer Existenz sein wird. Eine Halbheit ist seine Forderung der Trennung zwischen Staat und Kirche; denn sie bleibt in einem wichtigen Punkte unvollendet, solange dem Staat der Religionsunterricht in der Schule erhalten bleiben soll. Er wird, bei seinem Charakter als Klassenstaat, ihn in demselben Sinne und zu demselben Zweck erteilen, wie die Klassenkirche ihre Herrschaft ausübt. Völlig unklar, geradezu unverständlich bleibt die Hoffnung auf eine Wiederannäherung der Konfessionen zu einem einzigen Nationalbewußtsein: sie ist ganz unerklärlich bei einem Manne, der soeben mit jeder Form von Konfession bricht. Eine Unmöglichkeit ist endlich die „Volks- und Millionenkirche“ aller Nichtjuden und Nichtkatholiken, auch nur in der Form eines bloßen äußerlichen einheitlichen Verwaltungsorganismus. Sieht Traub nicht, daß die ganze gegenwärtige kirchliche Entwicklung, wenigstens auf protestantischem Boden, in Deutschland statt auf neue Zusammenfassung vielmehr auf Auseinanderfall, Zersplitterung, Isolierung hinausgeht? Die Sekten nehmen an Zahl und Gehalt zu und lösen sich längst von der Kirche. Die Heilarmee wuchs als eine neue selbständige religiös-kirch-

liche, noch dazu internationale Organisation in die Höhe. Die Missionen sammeln eine neue Bewegung. Traub und seine Freunde selber bilden innerhalb der überlieferten Landeskirche auch organisatorisch immer mehr einen Fremdkörper, auf den diese stark ablehnend reagiert. Als ihr Gegenpol präsentieren sich die pietistischen Gemeinschaftskreise, die sich ebenfalls immer mehr ab- und zusammenschließen. Zu Behntausenden strömten schon Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Kirche heraus, zu Tausenden und Hunderten folgen ihnen ihrer noch heute täglich. Wir sehen also keinen Weg, der Aussicht auf Verwirklichung des organisatorischen Grundgedankens von Traubs kirchenpolitischem Programm böte.

Doch das ist in diesem Augenblick nicht die Hauptsache. Hauptsache ist, daß der Mann den Mut fand, vor aller Öffentlichkeit zu sagen, wie es religiös in seinem Innern aussieht. Damit ist er freilich in schweren Konflikt mit seiner Kirchenbehörde geraten. Der Kampf, den er mit ihr auszufechten haben wird, wird nicht leicht sein. Wir wünschen ihm dafür Ausdauer und Mut.

Paul Göhre

### Die Marokkoaffäre.

Eine halbamtliche Pariser Meldung besagt: Vorkämpfer Cambon hat über seine letzte Unterredung mit Staatssekretär v. Riederlen-Waechter kurz telegraphisch hierher berichtet. Man erwartet nunmehr die von dem Staatssekretär angeforderte definitive Antwort, um den deutschen Standpunkt zu den letzten französischen Vorschlägen genau zu prüfen.

Der „Matin“ macht folgende nähere Angaben: Der Vertrag kann so gut wie fertig angesehen werden. In der Verhandlung zwischen beiden diplomatischen Vertretern am Montagabend haben die Diplomaten noch einmal das Projekt der Errichtung eines französischen Protektorates in Marokko besprochen. Dieses Protektoratsprojekt besteht, wie wir erfahren, aus fünfzehn Artikeln. Herr von Riederlen-Waechter hat mit unserem Vertreter jeden einzelnen Punkt genau durchgesprochen und sich bis auf drei Artikel mit ihm geeinigt. Einer von diesen drei noch nicht zugestanden Punkten betrifft die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in Marokko. Herr von Riederlen-Waechter will keine Änderung dieser drei Artikel eintreten lassen. In offiziellen französischen Kreisen legt man jedoch diesen kleinen redaktionellen Änderungen wenig Wert bei und glaubt, daß im Prinzip der deutsch-französische Marokkoaffäre bereits geschlossen ist.

### Schlappen der Spanier.

Zanger, 27. September. Meldungen aus eingeborener Quelle besagen, die Spanier hätten alle Stellungen am rechten Ufer des Ned Nert räumen müssen. Eine Kolonne soll am Donnerstag überfallen worden sein, die Munition sei weggenommen worden. Bei Seluan, welches am Sonntag von den Spaniern geräumt worden sei, haben die Rifleute angeblich fünf Kanonen erbeutet, deren Verschlußstücke abgeschraubt waren. Eine Bestätigung dieser Meldungen liegt noch nicht vor.

### Verhinderte Landung.

Mogador, 26. September. Der spanische Kreuzer Aguila, mit einer Militärmission an Bord, die den Auftrag hat, Isni zu relognosieren, ist vor diesem Platz eingetroffen. Die dortigen Stämme zeigen sich feindlich und verhindern die Landung. Offizielle Kreise erklären, daß an Bord des vor Isni eingetroffenen Kreuzers sich keine Militärmission befindet.

### Starke Worte.

Madrid, 26. September. Bezugnehmend auf die Meldung eines auswärtigen Blattes betreffend künftige Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über eine Räumung von Elksar und Larraich, erklärt „Imparcial“, bei einer solchen Räumung stehe das Ansehen des Landes in Frage; keine spanische Regierung würde ihr zustimmen.

### Italiens Raubzug.

Jeder Tag vermindert die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Lösung. Und selbst eine solche würde, da sie eine unerträgliche Demütigung der Türkei bedeutet, für Europa die Gefahren nicht vermindern. Weicht die Türkei auch zurück, so wird doch die Orientfrage aufs neue aufgerollt. Schon werden neue Unruhen in Albanien gemeldet, schon rüstet Griechenland, um die Kretafrage ins reine zu bringen. Nur wenn es gelänge, Italien zu zwingen, von seinem Verbrechen abzulassen, könnten die unheilvollen Konsequenzen dieses neuesten Raubzuges des Imperialismus vermieden werden.

Doch dazu sind die Aussichten vorläufig recht gering. Die Türkei hat sich an Deutschland um Vermittlung gewandt. Die deutsche Regierung sieht sich aber bei jedem Schritt dem Widerstande nicht nur Italiens, sondern vor allem Englands und Frankreichs gegenüber, und auch Oesterreich hofft aus dem Ende der Türkei für sich Nachterweiterung zu gewinnen. Das ist ja das Schlimmste an diesem Streich der italienischen Regierung, daß dadurch Ereignisse heraufbeschwört werden, die von den kapitalistischen Staatsmächten nicht mehr beherrscht werden können.



Augenblicklich dauern die diplomatischen Besprechungen zwischen der Türkei und Italien noch fort. Auf eine sehr energische Note Italiens hat die Pforte geantwortet, sie wolle die wirtschaftlichen Forderungen Italiens erfüllen, wolle aber mit eigenen Mitteln dafür sorgen. Italien, heißt es, ist von dieser Antwort nicht befriedigt, es verlangt „Garantien“ für die Erfüllung des Versprochenen, Garantien, die offenbar in der Einräumung von Herrschaftsrechten in Tripolitanien bestehen sollen. Ein italienisches Ultimatum soll unterwegs sein und die italienischen Kriegsschiffe kreuzen vor Tripolis, bereit, jeden Augenblick Truppen zu landen.

Beachtung verdient die allerdings noch unbestätigte Meldung, England beabsichtige im Falle der Besetzung Tripolitaniens durch Italien, sich an der Küste der Cyrenaika festzusetzen. England würde damit zu erkennen geben, daß es den wertvollsten Teil des noch übrig gebliebenen Nordafrikas selbst zu rauben beabsichtigt. Es würde damit zugleich eine Pufferkolonie zwischen Tripolis und Ägypten gewinnen.

#### Bestärkung in der Türkei.

Konstantinopel, 27. September. Die Nachrichten über die Vorbereitungen Italiens rufen in der öffentlichen Meinung der Türkei Bestärkung hervor. Die Regierung ist bemüht, die Erregung zu dämpfen. Eine für morgen angesetzte gegen das Vorgehen Italiens gerichtete Versammlung ist verboten worden. Der Minister des Innern hat gestern nachmittags die Vertreter der Presse zu sich berufen und ihnen empfohlen, angesichts der Lage die Veröffentlichung von Alarmnachrichten zu vermeiden, weil eine Erregung der Gemüter bedenkliche Folgen zeitigen könne. Der Kriegsminister hat die Presse gebeten, über militärische Maßregeln nichts zu veröffentlichen. Beim Großwesir finden täglich Ministerberatungen statt, deren Beschlüsse geheimgehalten werden. Gerüchte besagen, es herrsche die Meinung vor, daß Truppen und Munition nicht nach Tripolis gesandt werden sollen.

Von maßgebender Stelle werden die jungtürkischen Zeitungsberichte für falsch erklärt, nach denen der Ministerrat beschlossen haben sollte, daß im Falle einer Landung italienischer Truppen in Tripolis die dort liegende Division bis auf den letzten Mann zu kämpfen hätte, daß die Italiener aus der Türkei vertrieben, die Beziehungen abgebrochen und die Kapitulationen für Italien gekündigt werden sollten. Nach sicheren Mitteilungen greift jetzt in Regierungskreisen eine hoffnungsvollere Auffassung Platz, weil bereits Besprechungen über die Forderungen Italiens angeknüpft worden sind.

#### Türkische Truppenbewegungen.

Köln, 27. September. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Aus türkischer Quelle verlautet, daß die Türkei von befreundeter Seite dahin beraten wird, Italien jeden Grund zu militärischem Einschreiten zu nehmen, in dem sie im Bereich äußerster Möglichkeit Entgegenkommen zeigt, wirtschaftliche Wünsche wohlwollend prüft und keine militärischen Maßnahmen in Tripolis ergreift. Doch ist fraglich, ob die türkische Regierung stark genug dazu sein wird. Inzwischen sind im geheimen vorgeschoben drei Transportschiffe mit Truppen nach Tripolis abgegangen.

#### Die italienische Flotte.

Malta, 27. September. Aus Tripolis hier eingelaufene Privatdepeschen besagen, daß italienische Kriegsschiffe mit Landungsstreitkräften in einer Entfernung von 20 Meilen vor Tripolis liegen. In Tripolis selbst herrscht unter den Italienern eine Panik, weil man befürchtet, daß es im Augenblick eines Landungsversuches zu einem Massaker gegen die Europäer kommen wird.

Tripolis, 27. September. Hier sind verschiedene italienische Kriegskorrespondenten eingetroffen. Der größte Teil der italienischen Kolonie wurde heute unentgeltlich nach Syrakus befördert. Italienische Kriegsschiffe sind in Sicht gekommen.

#### Noch nicht!

Rom, 27. September. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Das türkische Schiff „Derna“ ist in Tripolis eingetroffen. Es hatte nur wenige Soldaten, Gewehr und sehr wenig Waffen an Bord. Unsere Kriegsschiffe hatten keinen Befehl erhalten, es zu nehmen.

#### Kein Generalfreist.

Rom, 27. September. Trotzdem die allgemeine Arbeitervereinigung im Einvernehmen mit der sozialistischen Partei als Protest gegen die Haltung Italiens in der Tripolisfrage für 24 Stunden den Generalfreist beschlossen hatte, ist auch weiterhin keine Störung der Arbeit hier eingetreten. Wie aus Mailand, Turin, Venedig, Genua, Ancona, Florenz, Bologna und anderen Orten gemeldet wird, zeigen auch diese Städte ihr gewohntes Aussehen. Alle öffentlichen Betriebe sind im Gange. Der Streik hat nur geringen Umfang angenommen. In allen Hauptstädten sind die Soldaten des zu den Fahnen einberufenen Jahrganges 1888 Gegenstand begeisterten Kundgebungen.

#### Ein diplomatisches Duell.

Paris, 27. September. Der türkische Vorkämpfer Rifaaat Pascha erklärte einem Mitarbeiter des „Temps“: Ich kann sagen, daß es sich nicht bloß um eine tripolitane Frage handelt; denn eine Landung in Tripolis würde sich völkerrechtlich nicht von einer Landung in Smyrna oder Saloniki unterscheiden. Unter diesem Gesichtspunkte müssen die öffentliche Meinung und die Regierung Europas diese Frage betrachten. Wir fassen nicht allein die Notwendigkeit eines lokalen Widerstandes ins Auge. Wenn aus der Drohung von heute Wirklichkeit würde, so müßte die Türkei ihre Existenz als souveräner und unabhängiger Staat gegen diese Methode aus einem anderen Zeitalter verteidigen.

Auf diese Erklärung erwidert der italienische Vorkämpfer Tittoni im „Matin“ folgendes: Ich muß durchaus bestreiten, daß die türkischen Behörden in Tripolis, die gegenüber Italien veragorisch und illoyal verfahren sind, in gutem Glauben handeln. Ich erkläre kategorisch, daß das wirtschaftliche Vorgehen Italiens in Tripolis durch alle möglichen Geize und Mittel von den türkischen Beamten verhindert worden ist. Die Haltung dieser Beamten hat niemals den guten Worten entsprochen, die aus Konstantinopel kamen. Ich selbst war als Minister des Reichens mehrmals im Begriff, die Geduld zu verlieren. Im Jahre 1908 müßte ich zu dem Mittel einer Flottendemonstration greifen, und in demselben Jahre erklärte ich in der italienischen Deputiertenkammer, wenn die Methode der Türkei von anderen Großmächten angenommen würde, so hätten wir jeden Tag den europäischen Krieg. Die Verhandlungen und Feindseligkeiten gegenüber Italienern dauern fort. Italien ist genötigt, aus Achtung vor seiner Würde die Verteidigung seiner Interessen mit aller Energie geltend zu machen.

#### Aufregung in Griechenland.

Saloniki, 27. September. Uebereinstimmende Meldungen der türkischen Grenzkommandos besagen, daß seit einigen Tagen an der griechischen Grenze eine lebhaftere Bewegung herrsche. Griechischerseits würden besonders nachts außergewöhnliche

Verteidigungsmaßregeln getroffen und Verstärkungen der Artillerie vorgenommen. Munitionstransporte trafen ein. Unter den Mohammedanern herrscht infolge der Verschärfung der tripolitane Frage eine tiefegehende Gärung.

## Eine englische Antwort an die deutschen Flottentreiber.

Der englische Marineminister Mr. Kenna hat am Dienstag in London eine Rede gehalten, die sich als Antwort auf die neuen Forderungen des Flottenvereins darstellt. Der englische Minister führte aus:

Mit der größten Befriedigung hatte ich im März dieses Jahres die Hoffnung ausgesprochen, daß von Ende dieses Jahres an die Ausgaben für unsere Rüstungen nicht mehr erhöht würden. Ich ging damals sogar soweit, zu erklären, daß unser Budget für die Flottenausgaben, falls nicht die anderen Mächte besondere Anstrengungen machen würden, sich in nächsten Jahre vermindern könnte. Ich fühle mich berechtigt, jetzt die damalige Erklärung zu wiederholen. Aber wie immer müssen sich die Aufwendungen für unsere Flotte danach richten, was die anderen Mächte für ihre Schiffe ausgeben. Ich leugne gar nicht, daß es in England eine ganze Anzahl von Personen gibt, die der Meinung sind, es sei gar nicht nötig, daß wir unsere Flotte auf einem derartigen Umfang erhalten müßten. Ich glaube aber, daß diese Leute sich über die Notwendigkeiten unseres Landes gründlich täuschen. Ich sage mich auf den unangenehmen Satz, daß der Frieden nicht das notwendige Gut der Menschheit ist; in erster Reihe stehen die materiellen Interessen des englischen Reichs. Unsere Lage, unsere großen und zahlreichen überseeischen Besitzungen, unser gesamt ausländischer Handel, unsere unvergleichliche Handelsmarine sind so gestaltet, daß wir in einem Kriege nichts zu gewinnen haben. Aber diese unsere Weltinteressen bringen uns von Zeit zu Zeit in Kontakt — ich will das Wort Konflikt nicht aussprechen — mit Hoffnungen und Wünschen der anderen Völker. Nichts als das Vorhandensein unserer übertragenden Kriegsschiffe hat uns zu jeder Zeit und unter allen Umständen die Freiheit auf den sämtlichen Seeverkehrswege, die für unsere Sicherheit und unsere Interessen unentbehrlich ist, verbleibt. Die Erhaltung des Friedens ist unser erstes Interesse. Aber wie können ihn nicht erhalten, indem wir bitten. Wir können uns den Frieden nicht erkaufen, sondern lediglich durch eigene Kraft können wir uns ihn sichern. Es gibt für England keinen anderen dauernden Frieden, als den Frieden mit Ehren! Sicherlich hat sich einiges in unserem Lande geändert, seitdem Deutschland seine Einrückungsversuche, mit denen es über die Russen in Persien, ja selbst über Großbritannien im Orient siegreich gewesen ist, nunmehr auch auf Marokko übertragen hat. Die Regierung unseres Landes hat im Juli d. J. öffentlich ausgesprochen, daß sie sich zur Politik der Entente cordiale bekennt. Sie nimmt eine mittlere Haltung ein. Sie geht zu, daß in den deutschen Forderungen einiges enthalten ist, was unweigerlich angenommen werden muß. England hat Frankreich immer empfohlen, Deutschland einen Teil zugeben. Seit dem Freitragewechsel im Monat August bezüglich der Entschädigungen in Afrika hat England seinen Standpunkt nicht verlassen. Man darf in dieser gemäßigten Haltung nicht ein Zeichen von Schwäche sehen. Sie entspricht der Taktik der englischen Diplomatie, die von dem Verfahren in der Wilhelmstraße grundverschieden ist. In der Wilhelmstraße verlangt man viel, um wenig zu erhalten. In England wählt man mit dem ersten Wurf keine Stellung, auf der man bis zum Ende kämpft. England ladet zum Frieden ein, zum Nachlassen in den Flottenrüstungen. Aber es gibt gleichzeitig die Versicherung: Wenn man eben darauf dickköpfig antwortet und sich auf anderer Grundlage bewegen will, so wird England darin seine Haltung wahren, daß es seine Flotte aufrecht erhält.

Die Rede beweist, daß das Vertrauen weiter gehen wird. Zwar ist es Wahnsinn, da ja doch die englische Regierung entschlossen ist, den Abstand zwischen der deutschen und englischen Flotte unvermindert beizubehalten. Aber die herrschenden kapitalistischen Kreise sehen in diesem Wahnsinn die einzig mögliche Methode ihres Herrschens. Der sozialdemokratische Abstrichungsantrag ist von Herrn v. Bethmann-Hollweg mit Spott und Hohn überschüttet worden, seine bürgerliche Partei hat es gewagt, für ihn einzutreten. Es wird weiter gerüstet, mag auch die deutsch-englische Spannung, von der auch diese übermäßig scharfe Rede Zeugnis gibt, immer bedrohlicher werden und die beiden Auktumationen in den Abgrund des Krieges reißen. Der Kapitalismus weiß keinen anderen Ausweg.

## Die Zersetzung der nationalliberalen Partei im Ruhrrevier.

Daß die nationalliberale Partei sich in einem Zersehungsprozess befindet, ist nicht neu. Die wirtschaftlichen Interessen des rechten und des linken Flügels sind so sehr entgegengesetzter Art, daß diese heterogenen Elemente sich dauernd nicht zusammenhalten lassen werden. Rüssen einerseits die Sonderbestrebungen des Jungliberalismus über kurz oder lang zu ernsthaften Konflikten führen, so bedingt andererseits die Entwicklung des rechten Flügels zum ausgesprochenen Industriekonservatismus in anere Auseinandersetzungen.

Die Nationalliberalen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks haben von jeher auf dem rechten Flügel der Partei gestanden. Die Abgeordneten des Ruhrreviers, die Müllenhoffen, Schmieding, Haarmann (sowohl der verlorene Oberbürgermeister als auch der Geseime Justizrat), Hillig und Westermann waren stets die Vertrauensleute der Schlot- und Kohlenbarone, die von jeher mehr freikonservativ als nationalliberal waren. Recht deutlich kam die Auffassung dieser Kreise gelegentlich der Wahlrechtsdebatten im preussischen Abgeordnetenhause zum Ausdruck. Der Anhang der Großindustrie, die Zechendirektoren, Grubeninspektoren und Fabrikdirektoren aus dem Ruhrrevier erteilten den nationalliberalen Landtagsabgeordneten, die, mehr oder weniger der Not gehorchend, für die geheime Wahl eintraten, in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ein deutliches Zeugnis, indem sie mit großem Nachdruck öffentlich gegen die Einführung der geheimen Wahl zum preussischen Landtag protestierten und die Weibehaltung der „bewährten“ öffentlichen Wahl forderten. Seit jener Zeit entwickelten auch die Herren vom rechten Flügel eine intensivere Tätigkeit, wenigstens insofern, als sie auf die Presse einen größeren Einfluss ausübten.

Die Versuche der Rechtsnationalliberalen, durch die Presse politischen Einfluss zu gewinnen, sind älteren Datums. Zunächst war im Dortmunder Kreis die „Dortmunder Zeitung“ stets für die Herren ein völlig gefügiges Sprachrohr. Bald aber genügte sie den Scharfmachern nicht, so daß sie vor etwa zehn Jahren in Dortmund die „Westfälische Allgemeine Zeitung“ ins Leben riefen. Die Herren opferten für dieses Organ, das den trassischen Scharfmacherstandpunkt vertrat, große Summen, ohne daß jedoch das Blatt irgendwelche Bedeutung zu erlangen vermochte. Deshalb gegen die rechtsnationalliberalen Kreise es nach diesem Fiasko vor, die „Westfälische Allgemeine Zeitung“ mit der „Dortmunder Zeitung“ zu vereinigen. Der Chefredakteur der „Westfälischen Allgemeinen“, die dank ihrer

rohen Schreibweise in Dortmund ganz allgemein die „Westfälische hundertgemeine Zeitung“ genannt wurde, übernahm dann die Leitung der „Dortmunder Zeitung“. Gleichzeitig schied er sich die Großindustriellen durch Ansetzung einer Prekzkommission, in der sie die Mehrheit hatten, den Einfluss auf die politische Haltung der „Dortmunder Zeitung“, die es sich sehr angelegen sehr ließ, nach dem berüchtigten Muster der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ die Interessen der Montanindustrie zu vertreten. Seine besondere Aufgabe erblickte das Blatt in jener Zeit natürlich darin, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu verleumden. Die neue Haltung der „Dortmunder Zeitung“ trug dem Unternehmen jedoch neuen finanziellen Erfolg ein, eine starke Abnahme der Abonnenten, so daß der Verlag sich gezwungen sah, den Chefredakteur Dabis zu entlassen. Es wurden hierbei allerdings auch andere Gründe angegeben, die indessen nur vorgeschützt gewesen sein dürften. Das Gerücht hat diese jedenfalls nicht gelten lassen, sondern Herrn Dabis eine erhebliche Entschädigungssumme zugesprochen.

Nach Herrn Dabis hat mehrere Jahre, die Chefredaktion in den Händen des Herrn von Wildenradt gelegen, dessen Roman „Der Jöllner von Clausen“ mehrfach in der Parteipresse abgedruckt wurde. Herr von Wildenradt war ein durchaus vornehmer Charakter, der das Blatt denn auch absolut nicht nach den Wünschen der rechtsnationalliberalen Scharfmacher redigierte.

Die Großindustriellen fehlten bei der Neubesetzung des Postens des Chefredakteurs nach dem Tode von Wildenradts durch, daß dieser aus den Kreisen der zuverlässigen freikonservativ-rechtsnationalliberalen Parteigänger gewählt wurde. In dem früheren Privatsekretär des Freiherrn Hehl zu Hertenstein, dem Hauptmann a. D. von Trübschler, glaubte man den geeigneten Herrn gefunden zu haben. Vor reichlich zwei Jahren übernahm Herr von Trübschler die Chefredaktion. Diese Zeit hat völlig genügt, um die „Dortmunder Zeitung“ hinsichtlich des Abonnentenstandes ganz auf den Hund zu bringen, dafür wurde das Blatt aber völlig im Geiste der Schlot- und Kohlenbarone redigiert. Sein Urteil in allen wirtschaftlichen Fragen war so wenig von irgendwelcher Sachkenntnis getrübt, daß der Mann schon nach kurzer Tätigkeit nur noch als komische Figur bemerkt werden konnte. Troh alledem soll er den ungeteilten Beifall der rechtsnationalliberalen Scharfmacher gefunden haben. Noch Mitte Juli veränderte der Herr großspurig an der Spitze des Blattes in Zeitdruck, daß Herr Chefredakteur von Trübschler seinen Sommerurlaub angetreten habe; Ende August wurde den Lesern das wellbewegende Ereignis der Rückkehr des Chefredakteurs von Trübschler kund getan und Mitte September war Herr von Trübschler schon gegen Zahlung einer Abfindungssumme aus der Redaktion ausgeschieden; gleichzeitig löste der Verlag das Verhältnis mit der Prekzkommission und übertrug die Chefredaktion dem Chefredakteur des „unparteiischen“ „Dortmunder Generalanzeigers“, der nunmehr beide Blätter, die übrigens in demselben Verlage erscheinen, leitet. Unter der segensreichen Regide des Herrn von Trübschler hatte die „Dortmunder Zeitung“ bei einer Verbreitung über den ganzen Kreis bis auf etwa 4000 Leser alle Abonnenten verloren, dem Verlag schien es deshalb eine Pflicht der Selbsterhaltung zu sein, sowohl die Beziehungen zum Herrn von Trübschler als auch zu den rechtsnationalliberalen Scharfmachern zu lösen. Die nationalliberale Partei im Ruhrrevier Dortmund hat infolgedessen kein Parteiorgan mehr.

Die Bedeutung dieses Vorganges ist mit dieser Tatsache allein aber nicht erschöpft. Vielmehr geht aus den ganzen Ereignissen deutlich hervor, daß die Industriekonservativen, abgesehen von ihren Angestellten und den wirtschaftlich von ihnen abhängigen Handwerkern und Kaufleuten, auch im Ruhrrevier keinen nennenswerten Anhang mehr haben, und daß die nationalliberalen Kleinrentner und Handwerker sich ganz ungeweiht von ihnen loszogen. Die politische Bedeutung der Großindustriellen soll deshalb nicht unterschätzt werden, es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich der Ruh vorübergehend wieder zuzieht, trotzdem vollzieht sich aber die Zersetzung ganz ungeweiht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September 1911.

### Zersetzte Profithoffnungen.

Die „Rheinisch-Westf.“ ist über den Ausgang des Morokkoabenteuers höchst erbittert. Sie und ihre großindustriellen Hintermänner fühlen sich in ihren schönsten Hoffnungen getäuscht. Gar zu gern hätten sie gesehen, wenn es um das Land Sus zu einem kulturverheerenden Kriege gekommen wäre, denn dieser hätte den Stahl-, Geschütz- und Munitionsfabrikanten manchen gewinnbringenden Auftrag eingetragen. Diese schöne Aussicht auf Riesengewinne sind nun zerronnen. Da ist es vom Standpunkt der Herren Großindustriellen und ihrer journalistischen Kommis begreiflich, wenn sie ihren Monarchismus revidieren und sich gegen die Regierung die ärgsten Angriffe leisten, ja gewissermaßen sie des Landesbetrugs beschuldigen. So schreibt zum Beispiel die „Rhein.-Westf.“ unter der Ueberschrift: „Das Siegel unserer Schmach“:

„In der Wilhelmstraße zu Berlin aber hat man in nationalen Ehrenfragen die „stärkeren Kräfte“, das robustere Gewissen. Das Deutsche Reich wird bei den Mächten, die seine Niederlage in Algeras gesehen, betteln gehen, damit sie seine neue, viel höhere, den Tiefstand seiner Weltgeltung erkennen und anerkennen. Als der alte Ludwig XIV., durch den Reib des Schlachtengottes im Debäcle des spanischen Erbfolgekrieges niedergebrosen, die Hand zur Vertreibung des Entschs bieten sollte, weigerte sich der Sonnenkönig, die eigene Schmach zu signieren. Unserer Diplomaten, die von andeem Holze sind, Oberster bezieht den besostehenden Vankrott beim famosen Junggesellendiner mit der Reich der Reude Cliquoil! So weit sind wir! So endet die Lohengrinfahrt nach Tanger, mit der ein deutscher Kaiser für die Aufrechterhaltung scharfischer Souveränität seine Ehre verpaidete, mit unserer tiefsten Erniedrigung durch die Preisgabe des Islams. Wir geben nicht nur die deutschen Schutzbefohlenen und die deutsche Konfulargerichtsbarkeit in Rawllo auf, verzichten auf die Mindestbeiträge unserer Industrie an den öffentlichen Arbeiten, sondern wir nehmen auch den Franzosen das Odium ab, um den Panatismus der enttäuschten Roslems auf uns, die Wortbrüchigen, zu überwälzen!“

Dann wird der von Italien geplante Raubzug nach Tripolis als leuchtendes Vorbild hingestellt und folgender Hohn über die Reichsregierung ausgegossen:

„Die Erde wurde wieder einmal verteilt. Nur der deutsche Post geht mit leeren Händen und postert durch die offene Tür hinaus. Vielleicht daß er in den Urwäldern der Kongosümpfe die Leibwache der französischen Monopolgesellschaften stellen darf...“



Und in denselben Tagen beschworen ernsthaft genommen sein wollende Organe deutscher öffentlicher Meinung, kein Vertrauen gegen die Politik unserer auswärtigen Politik zu nähren; nur die Beobachtung, daß das deutsche Volk geschlossen hinter seiner Regierung stehe, werde Eindeutigkeit auf das Ausland machen. „Hinter seiner Regierung!“ Hinter was? Was hat die deutsche Regierung seit dem verheerenden 1. Juli, da der „Gantner“ seine Krallen in die Felsenriffe von Agadir schlug, alles gewollt, was alles als „Mißverständnis“ verlegt? Was will sie heute, was will sie morgen? Wer weiß es? Ist ihr der „Wille“ vielleicht nicht eine entbehrliche Seelenfunktion, auszusprechen auf dem Heilsweg ins selige Nirwana?

### Das konservativ-freiwirtschaftliche Wahlbündnis in Schlesien.

Die Mitteilung, daß die Konservativen in Schlesien den dortigen Freiwirtschaftlichen ein Wahlbündnis für die Städtewahlen angeboten haben, hat nicht verfehlt, allenthalben das größte Aufsehen zu erregen, um so mehr, als es sich um die Provinz handelt, in welcher die politische Führung der Konservativen in den Händen des Herrn v. Heydebrand liegt. Das Bündnis kann natürlich nur den Zweck haben, konservative Mandate gegenüber dem sozialdemokratischen Ansturm zu sichern und es könnte den Fortschrittler postieren, daß sie unter diesen Umständen das Mandat von Heydebrand, der sie so schmählich aus dem Block hinausgeworfen hat, sichern müßten. Die fortschrittliche Presse hat sich bisher zur Sache selbst noch nicht geäußert, mit einer einzigen Ausnahme, des „Berliner Tageblatts“, das die Ablehnung des Angebots fordert:

„Vielmehr gehört auf ein solches Anerbieten die runde und nette Erklärung, daß die Liberalen im bevorstehenden Wahlkampf keine höhere Aufgabe kennen, als die Vertreter der blauschwarzen Reaktion niederzuwerfen, so daß man ihnen unmöglich zumuten könne, einem solchen Reaktionsklub über die Hintertreppe der Stichwahl wieder zu einem Mandat zu verhelfen. Man darf wohl erwarten, daß die schlesischen Fortschrittler in diesem Sinne sich entscheiden und den Konservativen überlassen werden, ihre Stichwahlparole nach Belieben zu wählen.“

### Die Jenaer Depeschenaffäre.

Die Jenaer Depeschenangelegenheit hat endlich Klärung gefunden. Auf die Depesche des Genossen Bebel vom 18. d. Mis., daß eine für ihn bestimmte Depesche, die am 11. d. Mis. in Jena eingetroffen sei, ihm nicht ausgeliefert wurde, schreibt ihm das Postamt zu Jena unter dem 22. d. Mis.:

Es sei irrig anzunehmen, daß die Depesche konfisziert worden sei. Vielmehr habe sich ergeben, daß die am 11. d. Mis. abends in Brüssel aufgegebenen Depesche rechtzeitig denselben Abend in Jena angekommen sei. Jedoch habe der aufnehmende Beamte, der den Druckstreifen aus der Papierrolle hätte sofort herausschneiden, aufheben und die Telegrammabfertigung sofort zur Verfügung weitergeben müssen, diesen Dienst im Drange seiner Arbeit verabsäumt — da der Telegramm- und Fernsprechdienst während des Vortages äußerst lebhaft gewesen — und so sei das Telegramm bedauerlicherweise in der Papierrolle verblieben.

Als dann am 12. abends, von Brüssel eine amtliche Anfrage bei dem Jenaer Postamt eingetroffen sei, ob das betreffende Telegramm bestellt worden wäre, habe ein Aufstufungsbeamter nach Brüssel telegraphiert, daß das Telegramm nicht eingegangen sei. Es sei im Telegramm-Auskunftsbureau nicht verzeichnet gewesen. Darauf sei am 16. gegen mittag von Brüssel das Telegramm wiederholt und von dem Jenaer Telegraphenvorsteher an Bebel sofort durch Fernsprecher nach dem Hotel mitgeteilt worden, worauf dieser geantwortet hat, daß er auf der Zufindung des Wortlautes nicht bestünde, da er die Sache als erledigt ansehe. Dieses letztere ist richtig. Bebel hatte bei der Unruhe, die um ihn herrschte, den Beamten dahin verstanden, daß es sich um irgend ein Mißverständnis gehandelt habe. Seine Ansicht wurde aber revidiert, als mehrere Stunden nach jener Telefonunterhaltung er von dem Genossen Haysmann ein Telegramm folgenden Inhalts erhielt:

„Belagte Post meldet, deutsches Amt konfiszierte mein Telegramm Montag ohne Anzeige. Bitte dringend Datum. Bureauführung, weil französische Anfrage statutenmäßig unweigerbar.“

Auf dieses Telegramm hin erob nunmehr Bebel seine Depesche und verlangte die nachträgliche Ausfertigung des Telegramms vom 11. September, die auch erfolgte. Das Telegramm besagt, man habe Grund, zu glauben, daß die Waroskoangelegenheit sich wesentlich verschlimmert; deshalb werde auf Antrag des französischen Delegierten für Sonnabend, den 16., eine Bureauführung einberufen.

Im weiteren teile das Jenaer Postamt mit, daß der betreffende Beamte wegen seines Verschens bestraft worden sei.

### Landtagswahlen im Fürstentum Lübeck.

Aus dem bekanntlich zum Großherzogtum Oldenburg gehörenden Fürstentum Lübeck wird uns geschrieben:

Am Freitag, den 29. d. Mis., finden die Wahlen zum oldenburgischen Landtag nach dem neuen Wahlgesetz statt. Die Wahlen sind jetzt direkt, doch muß man drei Jahr im Fürstentum oder Oldenburg gewohnt haben. 25 Jahre alt und Deutscher sein. Die Wähler über 40 Jahre haben eine zweite Stimme. Der Genosse Stelling-Lübeck sowie die beiden Kandidaten des nördlichen Wahlkreises: Nebenstorf, Eutin und Glöckner haben in 14 Versammlungen unserer Fraktion erörtert und ihre Kandidatenrede gehalten. Die Stimmung ist eine vorzügliche. Es herrscht ein guter Geist. Im ersten Wahlgang entscheidet die absolute, im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Keiner der Kandidaten scheidet aus. Die Wähler machen bedenkliche Anstrengungen.

### Der Lübecker Wahlrechtskampf.

In der Lübecker Arbeiterschaft ist gegenwärtig eine lebhafteste Bewegung zur Erreichung eines freien und gerechten Wahlrechts im Gange. Nachdem die Bürgerchaft einen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle zwanzigjährigen Personen gegen die Stimmen unserer Fraktion abgelehnt hatte, beschloß sie am Montag eine von reichlich 2000 Personen besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus mit der Wahlrechtsfrage in Lübeck. Zu der Versammlung war von der Parteileitung besonders eingeladen und erschienen der bürgerliche „liberale“ Wislamskandlat Postsekretär Klein, der in der Bürgerchaft den sozialdemokratischen Antrag lebhaft bekämpft hatte. Von dem Referenten Genossen Stelling, sowie unserem Reichstagsabgeordneten Th. Schwarz und dem Arbeiterssekretär Genossen Rehrich wurde unter stürmischen Beifall das schmähliche Wahlrecht zur Bürgerchaft und das jämmerliche Verhalten der Liberalen zu den Anträgen der Sozialdemokratie auf Schaffung eines gerechten Wahlrechts kritisiert. Die liberalen Redner suchten für die Einführung des handmühseligen Wahlrechts zur Bürgerchaft die — Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, die gerade in den Großstädten stark angewachsen sei und dort das Erfurter Programm durchzuführen wolle. Deshalb sei der Wahlrechtskampf seinerzeit geschehen. Auf diese Weise suchten die Liberalen die Lastfrage zu verlagern, daß es die früheren liberalen Reichstagsabgeordneten Stille und Dr. Gory (letzterer ist gegenwärtig noch Vorsitzender der Lübecker Liberalen) im Verein mit dem liberalen Professor Dr. Voelke gewesen sind, die den Reaktionen bei der Wahlrecht-

ung der Lübecker minderbemittelten Bevölkerung Handlangerdienste leisteten. Den in Lübeck mit dem Reichsverband verbündeten liberalen Volksfeinden wurde in der Versammlung die gebührende Antwort zuteil. Fürwahr, der Liberalismus kann nicht tiefer sinken, als es in Lübeck der Fall ist.

Die imposante Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß einzig und allein die Sozialdemokratie für ein gerechtes Wahlrecht eintritt. Um den Kampf für ein solches Wahlrecht machtvoll zu führen, sei vor allem eine Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen notwendig. Mit einem dreifachen Hoch auf das freie Wahlrecht wurde die glänzende Wahlrechtskundgebung der Lübecker Arbeiterschaft geschlossen, welche die Liberalen in ihrer ganzen jämmerlichkeit erkennen ließ.

### Maul- und Klauenseuche und Versammlungsrecht.

In Fürstlich-Dreigna bei Finsterwalde war zum 10. d. Mis. eine Versammlung unter freiem Himmel geplant. Der Amtsvorsteher verbot die Genehmigung, weil — die Maul- und Klauenseuche herrscht. Der Landrat und der Frankfurter Regierungspräsident, letzterer durch das nachfolgende Schreiben, bestätigten das Verbot: „Ihre telegraphisch übermittelte Beschwerde gegen das von dem Herrn Landrat aufrecht erhaltene Verbot einer für den 10. d. Mis. in Fürstlich-Dreigna anberaumten Versammlung unter freiem Himmel weise ich als unbegründet zurück. Das Verbot ist im veterinärpolizeilichen Interesse ergangen, in der Erwägung, daß durch ein Zusammenströmen von Menschen in einem Orte, in dem die Maul- und Klauenseuche herrscht, diese Seuche leicht verbreitet werden kann. Daß die Anstehungsgefahr eine sehr große ist, geht auch daraus hervor, daß die kaiserliche Oberpostdirektion zu Frankfurt a. D. sich veranlaßt gesehen hat, das Betreten nicht nur der besuchten, sondern aller im Sperbezirk liegenden Gehöfte durch die Briefboten zu untersagen.“

Die Verbotung der Versammlung widerspricht dem Reichsvereinsgesetz und dem Seuchengesetz. Nach diesem darf eine Versammlung unter freiem Himmel nur verbot werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Von einer solchen kann bei dem Vorliegen einer Maul- und Klauenseuche keine Rede sein. Das Verbot einer Seuche zur Begründung eines Versammlungsverbotes wurde bereits unter dem altpreußischen Gesetz als eine durch das Gesetz nicht berechtigte, das Vereinsrecht drangalierende Maßregel bezeichnet. Vollends nach dem Reichsvereinsgesetz findet ein solches Verbot im Gesetz keine Stütze. Nach diesem unterliegt das Versammlungsrecht nur den im Reichsvereinsgesetz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. Das Reichsvereinsgesetz vom 20. Juni 1908 enthält eine Reihe zulässiger polizeilicher Anordnungen gegen die Maul- und Klauenseuche, so das Verbot des gemeinschaftlichen Weidenganges der Tiere. Der Polizei ist jedoch nicht gestattet, Menschen den Aufenthalt im Gebiet der Maul- und Klauenseuche zu verbieten, ebensowenig die Abhaltung von Versammlungen. Das Reichsgesetz hat hier sehr recht gehandelt, weil die Behauptung, durch Zusammenströmen von Menschen in einem Ort, an dem die Maul- und Klauenseuche herrscht, könne diese Seuche leicht verbreitet werden, jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt und den tatsächlichen Erfahrungen widerspricht. Während Amtsvorsteher, Landrat und Regierungspräsident eine solche Gefahr dennoch behaupten, so wäre es ihre Pflicht, jeglichen Menschenverkehr an den Seuchenorten zu verbieten und die Einwohner des Seuchenortes unter Quarantäne zu stellen. Denn auch der Veterinärmedizinalmann dieser Beamten wird ihnen bestätigen, daß ein Versammlungsbesucher keine größere Gefahr für Verbreitung der Seuche darstellen kann als ein Nichtversammlungsbesucher. Freilich hätten die Polizeibeamten das Recht zum Erlaß einer solchen Anordnung wie zum Verbot der Versammlung nur, wenn das Reichsvereinsgesetz ihnen dies einräumte. Das hat aber das Reichsgesetz unterlassen, weil weder ein Mitglied der Regierung noch ein Reichstagsmitglied die laienhafte Ansicht, die in dem Versammlungsverbot ihren Niederschlag gefunden hat, zu vertreten wagte, daß Menschen Kinder seien und daher die Kinderseuche auf Menschen und von Menschen auf Kinder übertragbar sei.

Widersprüche des Versammlungsverbotes nicht dem Gesetz, so hätte die Polizeibehörde es in der Hand, jegliche Versammlung unter offenem Himmel unter Aufstellung naturgeschichtlich und medizinisch so interessanter Behauptungen wie der angeführten zu verhindern und dadurch Wahlagitationen zu erschweren. Um dem vorzubeugen, hat das Reichsvereinsgesetz der Polizei jede Möglichkeit, die Maul- und Klauenseuche zum Vorwand eines Versammlungsverbotes zu machen, durch Reichsgesetz unterbunden. Wie sind gekannt darauf, ob der Reichsminister, der als Staatssekretär lokale, schlanke Handhabung des Reichsvereinsgesetzes verspricht, von amtswegen Remedur gegen diese Drangsalierung des Versammlungsrechts eintreten lassen wird.

### Der erste Erfolg der hessischen Wahlrechtsreform.

zeigt sich schon jetzt, ehe noch die Wähler zur Urne gehen. Die Aufstellung der Wählerlisten für die am 8. November stattfindende Landtagswahl ergab, daß im ganzen Großherzogtum die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber der nach dem alten indirekten Wahlsystem festgestellten früheren Zahl sich bedeutend vermindert hat. In Mainz waren bei der Wahl 1908 13401 Wähler eingetragen, während die zurzeit aufliegende Liste nur 11887 enthält. Und das trotz der Zunahme der Bevölkerung. Klein in der Stadt Mainz haben also die ultramontan-national-bauernbündlerischen „Wahlrechtsreformer“ weit über 2000 bisherige Wähler das Wahlrecht genommen.

### Liberales Bündnis in Hessen.

Die Landesorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen in Hessen haben einen Vertrag abgeschlossen, der die Wahrung des gegenseitigen Westfalens in Kuchellen bezweckt. Im Wahlkreis Friedlar-Homburg-Regenbalm werden die Nationalliberalen den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei, Qandelsammer-Syndikus Dr. Laporte, unterstügen.

### Das Attentat von Kiew und die russischen Sozialrevolutionäre.

Paris, 26. September. (Fig. Ver.) Die „Humanité“ veröffentlicht heute ein Communiqué der Auslandsdelegierten der russischen sozialrevolutionären Partei, das erklärt, daß das Zentralkomitee der Partei wie die angeschlossenen Organisationen an der Affäre Dagrows keinerlei Anteil haben.

### Oesterreich.

#### Aus Angst vor dem Streik.

Wien, 26. September. Die Regierung nimmt im Zusammenhang mit der von ihr verbreiteten Aktion zur Verbesserung der materiellen Lage der Staatsbeamten und Staatsdiener eine gleichartige Aktion auch zugunsten des Personals der österreichischen Staatsbahnen in Aussicht unter der Voraussetzung einer befriedigenden Lösung der Deckungsfrage und unter der weiteren Voraussetzung, daß die betreffenden Beamten sich von Schritten jeder Art fernhalten, die mit ihren Dienstpflichten unvereinbar sind.

### Türkel.

#### Neue Schwierigkeiten in Albanien.

Wien, 27. September. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Uckast: In Prishtina sind vorgestern der Polizeichef und zwei Gendarmen von einem Albanesen erschossen worden. Die Gendarmen feuerten auf den Täter, verwundeten aber zehn unbeteiligte Personen, darunter Frauen und Kinder. Der Mörder ist geflohen. Die Aufregung unter den Albanesen wächst. Von Mitrowiza ist ein Bataillon dorthin abgegangen.

### Aus der Partei.

#### Sozialistische Einigung in Großbritannien.

London, 26. September 1911. (Fig. Ver.) Die Kampftätigkeit, die seit einigen Monaten die britische Arbeiterschaft beherrscht, hat auch auf die in unzähligen Parteien und Sektionen gespaltenen sozialistischen Bewegung Großbritanniens anregend gewirkt. Die sozialistische Einigung, von der schon seit etwa fünfzehn Jahren die Rede ist, hat heute gute Aussichten, verwirklicht zu werden. Auf den 30. September und 1. Oktober ist eine Konferenz nach Manchester zusammenberufen worden, zu der alle sozialistischen Körperschaften, die dem Gedanken der Einigung geneigt sind, eingeladen worden sind. Den Anstoß zu der Konferenz gab die S. D. P., deren Sekretär, Genosse Lee, die Zusammenkunft arrangiert hat. Genosse Purcell, ein Beamter des Verbandes der Möbelarbeiter, wird den Vorsitz führen. Der Appell an die verschiedenen sozialistischen Körperschaften hat ein über alles Erwartungen günstiges Resultat erzielt. Bis heute sind schon 200 Delegierte angemeldet und täglich laufen mehr Anmeldungen ein. Von den 200 Delegierten entsenden 50 auf Mitgliedschaften der S. D. P., 40 auf die der F. D. P., 30 Delegierte sind Vertreter der Clarionclubs, die übrigen 80 vertreten die zahlreichen, unabhängigen sozialistischen Gruppen und Verbände des Landes. Außer diesen 200 Organisationen, die Delegierte schicken, kommen noch eine große Zahl kleinerer Gruppen in Betracht, die finanziell zu schlecht gestellt sind, um sich an der Konferenz beteiligen zu können, die aber erklärt haben, der Vereinigten Sozialistischen Partei beizutreten, sollte diese zustandekommen.

Von den Resolutionen, die auf der Tagesordnung der Konferenz erscheinen, sind besonders zwei zu erwähnen, die sich über die Festlegung der Grundlage der Einigung aussprechen und sich dem Inhalt nach nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Die eine ist von dem Vorstand der S. D. P. eingereicht worden und lautet:

„Diese Konferenz sozialistischer Organisationen glaubt, daß die Meinungsdivergenzen und die Anwendung einer verschiedenen Art der Politik, die bisher die verschiedenen Sektionen der britischen sozialistischen Bewegung gekennzeichnet haben, den eigentlichen Umständen der Anfangsstudien der Bewegung zuzuschreiben sind; sie ist überzeugt, daß die Zeit jetzt zur Bildung einer Vereinigten Sozialistischen Partei reif ist, und die Delegierten verpflichten ihre Organisationen, bei der Vereinigung der Kräfte auf der folgenden gemeinschaftlichen Grundlage mitzuwirken.“

Die Sozialistische Partei ist der politische Ausdruck der Arbeiterbewegung, die die Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel, das heißt die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft zu einer kollektivistischen oder kommunistischen Gesellschaft zum Ziel hat. In ihren Zielen wie in ihren Idealen und den angewandten Mitteln ist die Sozialistische Partei, obwohl sie die Verwirklichung unmittelbarer sozialer Reformen, die von der Arbeiterklasse verlangt werden, anstrebt, keine reformistische, sondern eine revolutionäre Partei, die der Ansicht ist, daß die wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit nur dadurch erobert werden kann, daß der Klassenkampf bis zu Ende ausgetragen wird, um dadurch alle Klassenunterschiede auf immer abzuschaffen.“

Die Delegierten auf dieser Konferenz ernennen deshalb ein Komitee, das ein Parteistatut im Einklang mit dieser gemeinschaftlichen Grundlage auszuarbeiten hat; ein Exemplar wird den hier vertretenen Körperschaften zu gestellt werden, die sich verpflichten, nach der Ratifikation dieses Parteistatuts ihre Existenz als separate Organisationen aufzugeben und sich mit der Vereinigten Sozialistischen Partei zu verschmelzen.“

Die andere Resolution stammt von dem Sozialistischen Vertretungskomitee Manchesters, einer der tätigsten sozialistischen Organisationen des Landes. Sie hat den Wortlaut:

„Um die sozialistische Einigung in Großbritannien herbeizuführen, beschließen die hier vertretenen Organisationen, sich zu einer Vereinigten Sozialistischen Partei zusammenzuschließen und alle Anstrengungen zu machen, um den Anstoß aller sozialistischen Körperschaften an die Partei herbeizuführen.“

Das Ziel der Vereinigten Sozialistischen Partei soll sein: die Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel unter einem kooperativen Gemeinwesen, die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Abschaffung des Kapitalismus und des Feudalismus (landlordism) und die Herstellung der sozialen und wirtschaftlichen Gleichheit zwischen den Geschlechtern.“

Alle Mitglieder der Vereinigten Sozialistischen Partei erkennen die Klassengegensätze zwischen den Kapitalisten und Grundbesitzern auf der einen Seite und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite an.“

Was die Zusammenkunft in Manchester so außerordentlich wichtig macht, ist, daß nie zuvor eine ähnliche Konferenz versucht worden ist. In Aussprachen zwischen der S. D. P. und der F. D. P. hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt; es ist bisher aber noch nie gelungen, die Vertreter der verschiedenen sozialistischen Körperschaften zu einer Konferenz zusammenzubringen. Wir werden nächste Woche einen ausführlichen Bericht über die Einigungskonferenz veröffentlichen.

Die Wertzuwachssteuer von Albert Südekum. Berlin 1911, Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin SW. 68. Preis 1 M., Vereinsausgabe 40 Pf. In der unter Leitung von Paul Pirch herausgegebenen Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen ist soeben ein neues Heft erschienen, worin Albert Südekum die Wertzuwachssteuer (Reichsgesetz vom 14. Februar 1911) behandelt. Einleitend führt der Verfasser das Wesen dieser Steuer und ihre Entstehung auseinander, um dann im Hauptteil seiner Schrift den sachlichen Inhalt des Reichsgesetzes gemeinverständlich darzulegen. Den dritten und letzten Teil bildet eine kurze übersichtliche Zusammenfassung des Inhalts der Ausführungsgesetze bzw. Vollzugsbestimmungen der einzelnen Bundesstaaten. Die politische Seite läßt der Verfasser mit Rücksicht darauf, daß sie in dem vom Parteivorstand herausgegebenen Werk über die Finanzreform und in der Broschüre von Göhre bereits gewürdigt ist, außer Betracht. Durch die übersichtliche Anordnung des Stoffes und die leichtfällige Darlegung ist das Ziel, das Genosse Südekum sich gesetzt hat, erreicht: jeder, der mit der Wertzuwachssteuer zu tun bekommt, kann sich ein klares Urteil über den Willen des Gesetzgebers bilden. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.



# Gewerkchaftliches.

## Warum streiken Sie?

Während des Streiks der englischen Eisenbahn- und Hafenarbeiter erließ eine verbreitete englische Wochenzeitung die Preisfrage: „Warum streiken Sie?“ Für die beste Beantwortung, die auf einer Postkarte erfolgen mußte, war ein Preis von 200 M. ausgesetzt. Dieser Preis wurde, wie die Redaktion der Zeitschrift in ihrer letzten Nummer mitteilt, folgender Beantwortung zuerkannt:

„Als Arbeiter befinde ich mich im Besitz einer einzigen marktfähigen Ware und das ist meine Arbeitskraft. Ich beanspruche das Recht, diese Ware zu ihrem Marktwert zu veräußern und suche, wie es ja mein kapitalistischer Arbeitgeber auch mit seinen Waren hält, den möglichst hohen Preis dafür herauszuschlagen. Ferner trete ich — wiederum in Übereinstimmung mit den Methoden meines Arbeitgebers — einer Vereinigung bei, die den Preis, zu dem meine Arbeitskraft verkauft werden kann, festsetzt; wir, die Mitglieder dieser Vereinigung, verpflichten uns, unsere Arbeitskraft unter diesem Preis nicht zu verkaufen. Das Recht, diese Methode anzuwenden, bestreitet mir mein Arbeitgeber, während er sie ungehindert befolgt und anwendet. Wenn ich meine Ware nicht mit dem von ihm festgesetzten Betrag bezahlen will, erhalte ich sie nicht, und wenn er mir den von uns festgesetzten Preis für meine Ware nicht zahlen will, erhält er diese auch nicht. Ich streike!“

Unter den vielen Einsendungen waren einzelne wiedergegeben, von denen hier einige folgen mögen.

„Nicht um Aufruf oder Blünderung herborzurufen, die von wirklichen Arbeitern geholt werden, sondern um entsprechenden Lohn und freie Zeit für die Werte zu erhalten, die von uns geschaffen werden.“

„Ich bin ein Eisenbahner und trat in den Streik, weil die Führer unserer Vereinigung diesen ankündigten. Dann bedachte ich auch, daß dies der einzige für mich offene Weg war (nachdem ich andere erfolglos versucht hatte), um zu erlangen, was ich schon lange erstrebt hatte: 1. genügenden Lohn, der mich in den Stand setzt, anständig und vernünftig zu leben, 2. weniger Arbeitsstunden, um eine gewisse Freizeit zu erhalten, 3. Anerkennung unserer Vereinsbeamten.“

„Um zeigen zu helfen, daß der Kapitalismus ohne Arbeit absolut machtlos ist.“

Ferner, um die jämmerlichen Bedingungen derer heben zu helfen, die in den untersten Graden schwerer und beständiger Arbeit leben und sterben. Endlich um für die jetzigen und kommenden Generationen einen Teil der weltlichen Zufriedenheit und Bequemlichkeit zu erringen, den die Arbeiter wohl verdienen, aber selten erhalten, während die Finanzautokraten darin schwelgen.“

## Berlin und Umgegend.

Die Rundscheifer der A. G. O., Grünhalscher Straße, beschäftigten sich in einer vollständig besuchten Versammlung mit den Richtigkeiten, welche daselbst bestehen. Die Affordpreise werden derzeit kalkuliert, daß es nicht einmal den tüchtigsten Arbeitern genügt, einen Verdienst zu erzielen, wie er in anderen Betrieben längst üblich ist. Durch diese Festsetzung der Preise ist es denn auch erklärlich, daß nicht mit genügendem Sorgfalt gearbeitet werden kann. In früherer Zeit wurden bis zu 0,03 Millimeter Toleranz gewährt, währenddem jetzt nur 0,005 Millimeter zugefunden sind. Hierdurch, aber auch durch das fortgesetzte Festhalten bei der Arbeit, besonders aber durch die Unzuverlässigkeit der Maschinen, kommt es des öfteren vor, daß ohne Schuld der Arbeiter unbrauchbare Arbeit gemacht wird. Die Firma will sich nun an den Arbeitern schadlos halten. Nicht genug, daß solche Arbeit nicht bezahlt wird, der Direktor Seidler verlangt sogar die Vergütung der bereits vorher daran geleisteten Arbeiten, welche oft das Zehnfache des Verdienstes ausmachen. Dieses Vorgehen hat denn auch den schärfsten Protest der Arbeiterschaft hervorgerufen und erklärt dieselben, unter keinen Umständen sich diese oder weitere Verschlechterungen gefallen zu lassen.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Streik bei der Firma H o h n d e l, Warschauer Straße, ist mit Erfolg für die Kollegen beendet. Die Sperre über den Betrieb hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung! Fleischergehilfen!** In der Wertschreiberei Heiber, G. m. b. H., Charlottenburg, Kanstr. 63, haben sämtliche Gehilfen wegen M a h r e g e l u n g von 10 Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Charlottenburger Innung ist der Firma bereits zu Hilfe gekommen, sie hat bereits Arbeitswillige geleistet; auch im Innungsbezirk Mulackstr. 3 werden solche gesucht. Die Gehilfen hatten es gewagt, die Vergütung der täglich 15 bis 16 Stunden betragenden Arbeitszeit zu fordern; ferner fordern sie Logis außer dem Hause. Verhandlungen, um die die Verhandlung nachwuchs, wurden abgewiesen. Wir ersuchen alle arbeitslosen Fleischergehilfen, bei der Firma Heiber keine Arbeit anzunehmen.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

**Ueber die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe** verbreitet Wolffs Telegraphenbureau folgenden offiziellen Bericht:

„Der Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker ist in Berlin am 25. September zur Beratung über die Revision des zwischen der Prinzipalität und Gewerkschaft vereinbarten Lohnvertrages zusammengetreten, dessen Gültigkeitsdauer am Schlusse dieses Jahres beendet ist. Zahlreiche und wichtige Anträge liegen von beiden Parteien vor; Anträge materieller Art, die eine wesentliche Verbesserung der Lebenslage der Gehilfen zum Ziele haben, und solche, deren Annahme einer Hebung des Gewerbes dienen sollen. Die Spannung zwischen Forderungen der einen Partei und dem Bieten der anderen Partei ist eine außerordentlich große. Eine weitere Anzahl von Anträgen bezweckt eine präzisere Feststellung der gegenseitigen Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis; eine Regulierung der Lehrlingszahl unter richtiger Einschätzung der im Gewerbe vorhandenen arbeitslosen Gehilfen; eine Regelung der für die einzelnen Druckereien festzulegenden und für andere Orte noch zu beschließenden Lokalsatzschläge, die den örtlichen Verhältnissen unter Zugrundelegung behördlichen Materials Rechnung tragen sollen; eine Durchberatung der Sonderbestimmungen für Drucker und Maschinenführer, die der technischen Entwicklung des Buchdruckgewerbes besser angepaßt werden sollen. Ferner ist dem Tarifauschuss die Aufgabe gestellt worden, den bisher gültigen Tarif nicht kommentierend zu einem einheitlichen Lohngesetz zu verschmelzen. Dieser Aufgabe hat sich der Tarifauschuss in den ersten beiden Beratungstagen unterzogen, und die Zusammenfassung dieser beiden tariflichen Gesetzbücher zu einem einzigen Gesetzbuch darf im gegenwärtigen Augenblick so gut als wie vollzogen betrachtet werden. Die Grundlagen für den neuen Tarif sind bis auf einige Paragraphen somit bereits geschaffen. Inzwischen haben die Vertreter beider Parteien materielle Teile ihrer Abänderungsanträge in längeren Referaten vorgelesen, und die gegensätzlichen Anschauungen hierüber sind natürlich stark in die Erscheinung getreten, ohne daß jedoch der Wille sich auch über grundlegende und sehr wichtige Fragen zu verständigen, bei den Vertretern beider Tarifparteien irgendwelche Einbuße erlitten hätte. Am Dienstag, den 26. September, hat sich an die Tagesordnung die Abänderung einer besonderen Kommission angehängt, der zur Aufgabe gestellt wurde, sich über Grundzüge zur Feststellung der Lokalsatzschläge zu verständigen. Diese Kommission wird in der heutigen Plenarsitzung ihre Anschauungen, Berantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.;

Die sie über die vorliegenden Anträge gewonnen, zum Vortrag bringen, und es werden mit der Beratung über diese Anträge gleichzeitig die sonstigen materiellen Anträge der beiden Parteien nochmals in den Vordergrund gestellt und dann zu einer Beschlußfassung über die Hauptanträge der beiden Tarifparteien geschritten werden. Die Verhandlungen hierüber werden sich aber bei dem Umfange und dem Inhalte der Anträge außerordentlich schwierig gestalten, doch steht zu erwarten, daß es trotzdem zu einer Einigung zwischen beiden Parteien kommen wird.“

## Die Tarifverhandlungen für die Wäscheindustrie Berlins.

Die bekanntlich auf Wunsch der Unternehmer unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, haben bis jetzt herzlich wenig ergeben. Es scheint, daß die Unternehmer sich um alle die Forderungen herumzudrücken suchen, deren Erfüllung ihnen Unkosten verursachen würden. Den Arbeitnehmern liegt natürlich daran, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, und da das nicht möglich ist, ohne daß die Unternehmer in die Tasche greifen, so scheint es vorläufig noch zweifelhaft, wie die Sache verlaufen wird. Die Verhandlungen haben am vorigen Montag begonnen und sind am letzten Montag fortgesetzt worden. Sie dauerten beide Male von morgens bis abends. Zum Freitag ist eine neue Sitzung einberufen, und dann hofft man, die Verhandlungen beenden zu können. Dabei werden jedoch die wichtigsten Punkte unerledigt bleiben, um als stützig dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Entscheidung überweisen zu werden. Die wenig Entgegenkommen der Wäscheindustrianten zeigen, geht schon daraus hervor, daß sie nicht einmal für die Verfürgung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen von 9 1/2 auf 9 Stunden zu haben sind, und ebenso wenig für die Festlegung von bestimmten Anfangslöhnen. Im alten Tarifvertrag ist über die Zeilöhne nichts festgelegt, und so soll es auch nach den Wünschen der Unternehmer im neuen Tarifvertrag bleiben. Dies sowohl wie die Frage der Arbeitszeit gehört zu den stützigsten Punkten, und das gleiche gilt von der Forderung der Zulagen durch den Arbeitgeber. Hinsichtlich der Affordlöhne wurde zwischen den Vertretern der Parteien vereinbart, daß sie innerhalb der einzelnen Betriebe aufgestellt und dann der Schlichtungskommission zur Begutachtung vorgelegt werden sollen. Die Aufstellung der Affordlöhne soll in allen Betrieben bis zum 9. Oktober erfolgt sein, später fertig werdende Tarife haben bis zu jenem Datum rückwirkende Kraft. Soweit man sich in den Betrieben über Affordlöhne nicht einigen kann, geht der Schlichtungskommission die Entscheidung zu. Inwieweit die Regelung des Lehrlingswesens eine besondere Kommission aus Vertretern beider Parteien eingesetzt werden, die ihre Arbeiten bis zum 1. April 1912 beendet haben muß. Das ist so ziemlich alles, was bei den Verhandlungen bis jetzt herausgekommen ist. Ueber die allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages, über seine Gültigkeitsdauer usw. soll noch am Freitag verhandelt werden. — Die Vertrauenspersonen der Wäschearbeiter und -arbeiterinnen hielten am Montag eine Versammlung ab, um den Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen entgegenzunehmen. Sie waren höchst unzufrieden mit dem Ergebnis und es wurden starke Zweifel daran geäußert, ob es überhaupt einen Zweck habe, lang und breit zu verhandeln, wenn nicht mehr als bisher dabei herauskommt.

## Deutsches Reich.

### Zur Unterschlagung im Bergarbeiterverband.

Wie sich jetzt herausstellt, ist die Verbandskasse durch die Untertreibungen des Hilfskassenbeamten K r e i z nicht so stark geschädigt, als zuerst angenommen wurde. Nicht um 25 000 M. wurde der Verband geschädigt, sondern insgesamt um 16 217,30 M., da ein Posten von 19 000 M. zu Lasten einer Bank einfiel, die Kreis durch äußerst raffinierte Fälschung einer Anweisung zu täuschen gewußt hat. Damit die Verbandskasse möglichst entschädigt und der Verbrecher schnell zur strafgerichtlichen Verantwortung gezogen werde, legte der Verbandsvorstand zur Aufklärung der Nachforschung für die Festnahme des Kreis eine Belohnung von 1000 M. aus. Der Erste Staatsanwalt zu P o s t u m hat bereits einen Steckbrief hinter dem Verbrecher erlassen. Die Ausführung der verbrecherischen Tat läßt auf ein lang geplantes Vorgehen schließen. Am Dienstag, den 22. September erhielt der Hauptkassierer Horn ein Telegramm aus Z w i c k a u, wonach sein Sohn schwer krank sei, was den besorgten Vater bewog, sobald als möglich nach Zwickau zu reisen. Als er dort ankam, erfuhr er, daß sein Sohn gesund ist. Durch Vermittlung der Polizei wurde festgestellt, daß das Telegramm von einer fremden Person ausgegeben worden war. Eine mit Kreis befreundete Frau hatte in seinem Auftrage das Telegramm ausgegeben. Die Frau ist schon verhaftet worden und hat die Telegrammfälschung eingestanden. — Kreis hat Horn nach Zwickau locken lassen, um in seiner Abwesenheit das Verbrechen auszuführen. In Abwesenheit Horns hat Kreis mit Hilfe gefälschter Unterschriften zwei größere Geldsummen erhoben.

### Christliche Streikbrechervermittlung.

Im Frühjahr d. J., zur gleichen Zeit, als die Schuhmachergehilfen in Stuttgart sich im Streik befanden, fanden auch die Schuhmachergehilfen in Augsburg in einer Lohnbewegung. In einer am 20. Mai in Augsburg stattgefundenen Versammlung sollte über die mit den Meistern getroffenen Vereinbarungen Bescheid gemacht werden. Zu dieser Versammlung war auch der Gauleiter des christlichen Lederarbeiterverbandes, Andreas Koppelt aus Wamburg, erschienen, da die Lohnbewegung in Augsburg von den Mitgliedern des Zentralverbandes und den Christlichen gemeinsam geführt wurde, was in Stuttgart nicht der Fall war. Vor Beginn der Versammlung stellte der Vorsitzende der Jahrestelle Augsburg des Schuhmacherverbandes, Genosse Gabriel, an Koppelt die Anfrage, ob es wahr sei, daß er (Koppelt) Streikbrecher nach Stuttgart vermittelte habe. Koppelt gab dies zu mit dem Bemerkten, daß für die Christlichen ein Streik in Stuttgart nicht bestehe, da der christliche Verband mit den Meistern einen Tarif abgeschlossen habe. Auf diese Antwort hin beantragte Gabriel die Dinausweisung des christlichen Sekretärs, da es sich mit der Tätigkeit eines Arbeitervertreters nicht vereinbaren lasse, auf der einen Seite Arbeiterinteressen zu vertreten und auf der anderen Seite den Streikbrecheragenten zu spielen. Die Versammlung beschloß auch demgemäß und setzte Koppelt vor die Tür.

Wegen des Ausbruchs „Streikbrecheragent“ stellte nun Koppelt gegen Gabriel Klage wegen Beleidigung, das Gleiche tat er gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“, Genossen Simon, weil diese das Verhalten des Koppelt einer entsprechenden Kritik unterzogen hatte. In der vor dem Schöffengericht Augsburg durchgeführten Verhandlung wurde nun die von dem christlichen Verband beliebte Streikbrechervermittlung in aller Öffentlichkeit festgestellt. Der Kläger mußte zugeben, daß der christliche Verband aus allen Teilen Deutschlands Arbeitswillige nach Stuttgart vermittelte, daß für diese aus Verbandsmitteln Fahrgehalt und Reiseunterstützung gezahlt wurden und daß durch Rundscheiben im christlichen Jahrestellen die Vermittlung von Streikbrechern systematisch betrieben wurde. Durch Zeugen wurde weiter bezeugt, daß Koppelt selbst bei seiner Anwesenheit in Augsburg einem christlichen Mitglied die Rugverbindung nach Stuttgart notierte und ihm den Rat gab, schon in Cambratt auszuweichen, damit er nicht von den Streikenden abgefangen werden könnte.

Der Vertreter des Klägers verlangte trotz des erbrachten Wahrheitsbeweises, daß die Beklagten wegen der Schwere der Beleidigung zu Gefängnisstrafe verurteilt werden sollten, ferner die Publikation des Urteils in nicht weniger als sechs Zeitungen. Das Gericht erkannte für Gabriel auf eine Geldstrafe von 60 M., für Simon auf eine solche von 30 M., Tragung der Kosten sowie Publikation des Urteils in drei Zeitungen. Das Urteil erkennt in seiner Begründung an, daß der Ausdruck „Streikbrecheragent“ nicht unbegründet gewesen sei; er sei aber formal beleidigend. Wenn auch sonst den Angeklagten der § 193 zur Seite stehen müsse, habe die Verurteilung doch erfolgen müssen.

Herr Koppelt und der christliche Lederarbeiterverband können an dem Ausgang dieses Prozesses wohl kaum besondere Freude haben.

## Ausland.

### Der irische Eisenbahnerstreik.

London, 25. September. (Fig. Per.)

Die bürgerliche Presse Großbritanniens verbreitet die widersprechendsten Nachrichten über den Eisenbahnerstreik in Irland. Wenn man ihren Versicherungen Glauben schenken will, so sieht es sehr schlecht mit den Streikenden. Nach diesen Meldungen haben die Eisenbahner den Streik schon verloren; viele Arbeiter sollen sich geweigert haben, die Arbeit einzustellen, andere sollen wieder zur Arbeit zurückgekehrt sein. Was wahres daran ist, ist schwer zu ermitteln. Im „Unity House“, dem Hauptquartier der Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten, ist nichts zu erfahren; der Vorstand ist in Irland und leitet den Streik und die sonstigen Beamten sind bei der Untersuchungskommission beschäftigt. Um das schon seit einigen Tagen angekündigte „Bischof des Eisenbahnerstreiks“ glaubwürdig erscheinen zu lassen, macht man heute viel Wesens von einer Resolution, die gestern von den Eisenbahnern in Belfast angenommen wurde, in der der Vorstand der Gewerkschaft wegen der Erklärung des Streiks getadelt wird und die Ansicht zum Ausdruck kommt, daß der Streik für ganz Großbritannien und Irland hätte erklärt werden sollen. Daß die Regierung den Meldungen der Presse keinen Glauben beimißt, erbellt aus dem Umstand, daß, wie die „Times“ heute morgen ankündigte, das Kriegsministerium die Hilfe des augenblicklich in Aldershot befindlichen Eisenbahnkorps nach der irischen Hauptstadt abkommandiert hat. Diese Truppen sollen die Militärzüge bedienen und wenn nötig auch die Postzüge. Diese Maßnahme deutet kaum auf ein „Bischof“ des Streiks hin. Wenn sich der Streik in die Länge ziehen sollte, was sehr wahrscheinlich ist, so ist es nicht unmöglich, daß er sich auf Großbritannien ausdehnt. Das geht aus den Reden der Beamten der Eisenbahnergewerkschaften hervor, die die englischen Eisenbahner ermahnen, sich auf eine baldige Erneuerung des allgemeinen Eisenbahnerstreiks vorzubereiten.

## Letzte Nachrichten.

### Die schwedischen Reichstagswahlen.

Stockholm, 27. September. Die Wahlen zur zweiten Kammer des Reichstags, die zum ersten Male nach dem Proportionalssystem auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts stattfanden, haben sich ihrem Abschluß. Von 230 Wahlen sind 204 Ergebnisse bekannt, von diesen erhielt die Rechte 61, die Linke 87, die Sozialdemokraten 56 Mandate. Im vorigen Reichstage hatte die Rechte 93, die Linke 102 und die Sozialdemokraten 35 Mandate.

In Stockholm wurden gewählt: Der Führer der Linken, der ehemalige Reichspräsident Staaff, der jetzige Reichspräsident Lindman sowie der Führer der sozialdemokratischen Partei Branting. Die gesamte Presse betrachtet einen Kabinettswechsel als bevorstehend. Zum Chef des neuen Kabinetts wird wahrscheinlich der Führer der Linken, Staaff, ernannt werden. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie nicht in das neue Kabinett eintreten wollen, sie verlangen aber, daß man ihnen Gelegenheit gibt, die Ministerliste zu billigen, damit nicht allzu ausgeprägte Mitglieder der Rechten in das Kabinett aufgenommen werden.

### „Die wirtschaftlichen Zustände.“

Dien, 27. September. Von offizieller türkischer Seite werden der „Fr. Pr.“ folgende Äußerungen gemacht: Die türkische Regierung konnte in Verhandlungen wegen wirtschaftlicher Zustände, als man sie anderen befreundeten Staaten kongediert, mit Italien eintreten. Zustände, wie sie eine Regierung einräumen kann, ohne sich ihrer souveränen Rechte zu entäußern. Es ist jedoch für die ottomanische Regierung keine Frage, daß sie politische Privilegien oder ähnliche Zustände unter keiner Bedingung erteilen kann. Die ottomanische Regierung wird ihre souveränen Rechte in aller Integrität und mit allen Mitteln, über die sie verfügt, in Tripolis aufrechterhalten. Es hat in Tripolis keine Zwischensache gegeben. Die Sicherheit ist dort vollständig. Es gibt keinen legitimen Grund, der zu irgendeiner Beschwerte Anklage geben könnte. Vorläufig wartet die ottomanische Regierung mit Ruhe die Ereignisse ab. Falls aber eine Landung von Soldaten oder irgendein Akt von Feindseligkeit in dieser türkischen Provinz sich ereignen sollte, werde die ottomanische Regierung dies selbstverständlich als casus belli ansehen.

### Der Zug nach Tripolis.

London, 27. September. Das Reutersche Bureau erfährt auf Erkundigungen in den Kreisen der Londoner ausländischen Diplomaten, daß keine Nachrichten über eine weitere Entwicklung der türkisch-italienischen Lage bis heute nachmittag hier eingetroffen seien. Es herrsche der Eindruck, daß keinerlei Regelung von Einzelfragen mit der Türkei Italien befristigen werde und der Zug nach Tripolis so gut wie gewiß sei. Zweifellos seien alle Vorbereitungen für einen dringenden Zug beendet. Man glaube, daß sowohl die Türkei wie Italien dahin benachrichtigt worden seien, daß im Falle eines Zusammenstoßes die allgemeine Haltung der Mächte eine strenge Nichtemischung sein werde. In gewissen ausländischen Kreisen ist die Ansicht geäußert worden, ein erster Kampf an der Küste von Tripolis sei unwahrscheinlich, da Italien dort große Streitkräfte zur Verfügung ständen.

### Seinen Anecht erschossen.

Erfurt, 27. September. (B. G.) Im benachbarten Uthardt erschoss heute der 73jährige Ouddecker Koeniger nach kurzem Wortwechsel seinen 30jährigen Anecht mit der Jagdflinte.

### Schwere Brandkatastrophen.

Darmstadt, 27. September. (B. G.) Ein Großfeuer ist heute nacht in der Zellulose- und Kammfabrik von Gebr. Heim in Ober-Ramstadt entstanden. Die Hälfte der Fabrik brannte total nieder. Der andere Teil sowie das große Lager konnten in der Hauptsache erhalten bleiben. Der Schaden beträgt nahezu 100 000 M.

Bremen, 27. September. (B. G.) Die Norddeutsche Wollkammerei in Delmenhorst ist nachteilig teilweise niedergebrannt. Die Wäscherei ist vollständig vernichtet, die Kammereibteilung teilweise; die Spinnerei und die Logersuppen sind unbeschädigt, jedoch ist die Arbeit des ganzen Establishments unterbrochen.

### Automobilkatastrophe in Paris.

Paris, 27. September. (B. L. B.) Ein Automobilomnibus ist heute nachmittag beim Pont de l'Archevêché in die Seine gefallen. Es sollen 20 Personen tot beziehungsweise verletzt sein.

Ein weiteres Telegramm aus Paris meldet: Gegen 7 Uhr abends stiegen Taucher nieder, die den Wagen leer fanden. Neun tote und zehn Verwundete wurden im das Krankenhaus gebracht. Man befürchtet, daß vier Personen von der Strömung fortgetrieben worden sind.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zg. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt



# Die Berliner Genossen und der Parteitag.

## Erster Wahlkreis.

Den Bericht vom Parteitag erstattete der Kandidat des Kreises, Genosse Düwelle:

Als wir Stellung nahmen zum Kongress, habe man annehmen können, daß die Tagung ruhig und geschäftsmäßig verlaufen würde. Diese Annahme habe sich nicht bestätigt. Kurz vorher sei eine Polemik ausgebrochen, die sich um den Vorwurf drehte, der Parteivorstand hätte in der Marokkofrage nicht rasch und entschlossen genug gearbeitet. Er (Redner) wolle nicht, was dort gesagt, wiederholen, sondern beschränke sich darauf, ein Stimmungsbild zu zeichnen. Redner streift zuerst die

### Frauenkonferenz

und stellt sich gegenüber dem Vorwurf, die „Gleichheit“ schreibe zu hoch, auf die Seite der Genossin Zellin, indem er erklärt, daß die „Gleichheit“ unter keinen Umständen von ihrer jetzigen Höhe herabgedrückt werden dürfe, sie sei vor allem dazu da, den intelligenten und geschulten Frauen Material zur wissenschaftlichen Durchbildung zu bieten und es wäre ein schwerer Verlust für die sozialistische Literatur, sollte man das Blatt auf Kosten seines jetzigen Ansehens populärer gestalten.

Zum Parteitag übergehend, meint Redner, daß die Marokkofrage die Hauptstelle in den Verhandlungen eingenommen habe, der übrige Teil des Vorstandesberichts sei darum zurückgetreten. Einen unangenehmen Eindruck habe es erweckt, daß der Parteivorstand eine kleine Broschüre verteilt und dadurch sofort eine persönliche Note in die Verhandlungen gebracht habe. Es müsse festgestellt werden, daß die eine Seite bemüht gewesen sei, sachlich zu bleiben, was man von der anderen Seite nicht sagen könne. Es habe auch den Anschein erweckt, als hätten Weiss und Fischer im Namen der Berliner gesprochen. Die betreffenden Genossen hätten betonen müssen, daß sie nur

### ihre subjektive Meinung

ausdrückten. Hatten Luxemburg, Lensch und Ledebour Fehler begangen, so konnte ihnen das, ohne persönlich zu werden, gesagt werden. Daß der Parteivorstand Kritik verdient hatte — nicht durch persönliches Verschulden seiner Mitglieder — habe ja selbst Bebel durchblicken lassen. Auch daß der Antrag des Berliner ersten Wahlkreises am meisten unterstützt und auch einstimmig abgelehnt wurde, spreche dafür. Was Marokko anbelange, sei der Vorstand tatsächlich etwas faunfellig gewesen, trotz der glänzenden Rede Webers, was der überwiegende Teil der Delegierten der Meinung, daß Genossin Luxemburg erst Feuer hinter die Bewegung gemacht habe. Es sei dann auch bei der Abstimmung mehr die

### Abneigung gegen Luxemburg, Lensch, Ledebour

als eine Meinungsverschiedenheit zum Ausdruck gekommen. Beim Stuttgarter Fall habe die Genossin Dunder ihren Antrag sehr sachlich und maßvoll begründet und die wirtschaftlichen Verhältnisse gebührend gewürdigt. Es habe sich auch kein Widerstand gegen den Vorschlag von Diez geltend gemacht, der von einer Debatte abriet. Nur Fischer habe es nicht unterlassen können, dagegen aufzutreten; trotzdem aber sei von einer Diskussion abgesehen worden. Das Fiskular über den „guten Ton“ habe Unwillen erregt, doch habe die Marokkofrage auch hierbei tiefgehende Wirkungen nicht aufkommen lassen. Wenn aus dem Referat Webers vielfach eine glatte Ablehnung des Massenstreikgedankens herausgesehen werde, so sei das bei ihm (Redner) nicht der Fall, obgleich er in dieser Frage noch pessimistischer als Bebel sei. Unsere konfessionellen Gegensätze in Deutschland würden sich durch die Propagierung des Massenstreiks nicht überbrücken lassen; sie würden sich eher dadurch verschärfen. Der Massenstreik ist möglich in Ländern, wo die große Masse noch indifferent ist und nur von einer großen Bewegung mitgerissen werden kann. Nur wenn solche große Kräfte sich auslösen, wäre bei uns daran zu denken, dann wäre der Massenstreik allerdings auch nicht zu verhindern. Vorläufig treffe dies aber nicht zu für Deutschland. Frappiert habe ihn Webers scharfe Stellung zum Zentrum. Bis jetzt wären wir darin sehr flau gewesen, die gemachten bitteren Erfahrungen hätten auch hier gutes bewirkt. Das Zentrum sei der reaktionäre Kern, um den die anderen sich scharen werden, weil sie im Zentrum instinktiv das beste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sahen. Die Parole: gegen „Schwarz-blau“ erschöpfe nicht alles;

fangen wir an zu sieben, dann bleiben auch nicht viel Liberale übrig.

Der Vorzug der Stichwahlparole sei darin zu sehen, daß sie es gewissen Opportunisten unmöglich mache, schon vor der Hauptwahl mit den Gegnern zu teufelmachteln. Wer es dennoch tue, verstoße — wenn auch bei den besten Absichten — gegen den Parteitagbeschluss. Zweitens hätten nun wir zu bestimmen, wer „liberal“ ist. Er könne sich nicht denken, daß Fischer, Kopsch und Weiser für liberal angesehen werden könnten. Man könne sich mit der Parole abfinden, wenn sie auch ihm (Redner) nicht sympathisch sei. — Bei Abstimmung in der Frage des Kaiserbeitrages seien die Motive für die Abstimmung verschieden gewesen. Ein Antrag zur Parteischule konnte die Befürchtung auslösen, daß eine größere Debatte folgen würde. Dies traf jedoch nicht zu. Immerhin sei es unwirtschaftlich und nicht zweckentsprechend, wenn Plätze leer blieben. Gödres Vorgehen in der Konsumfrage habe allgemein überrascht. Redner war der Meinung, man habe nur vergesen, ihn vorher zu informieren; es ging den allermeisten aber genau so. Von ihm das veranlaßt wurde, wisse er heute noch nicht.

Die Erklärung der Genossen Weiss und Ernst in Sachen der Landmannschaften, erst müßte die Landmannschaft beschließen, so könnten sie einer zu wählenden Kommission nicht beitreten, habe ihn (Redner) überrascht. Die Landmannschaften seien noch nicht einer Meinung. Im übrigen hoffe er, daß die Stellungnahme des Parteitages für die kommenden Wahlen von großer Bedeutung sein werde.

### Publik als erster

### Diskussionsredner

meint, wer tiefer blicke, habe sowohl auf dem Parteitag wie auch auf der Frauenkonferenz tiefgehende Gegensätze wahrnehmen können. Die „Gleichheit“ solle, wenn es nach gewissen Kreisen gehe, zum Hausfrauenblatt herabgedrückt werden. Festgestellt müsse werden, daß weder Weiss noch Fischer berechtigt gewesen seien, im Namen der Berliner Genossen zu sprechen; am treffendsten habe ja Genossin Zellin geantwortet. Er (Redner) sei mit der Luxemburggruppe einverstanden.

Ueber die Form brauche man sich nicht zu streiten,

damit wolle man die Aufmerksamkeit gewöhnlich nur ablenken von der Sache. Interessant sei es auch, eine Parallele zu ziehen zwischen dem „Vorwärts“-Konflikt und dem jetzigen „Tagewacht“-Streit. Dieselben Blätter, die damals den Mund nicht vollgenug nehmen konnten und einen Entrüstungsturm inszenierten, schwiegen sich jetzt häßlich aus.

Philipp Bernstein: Er hätte gewünscht, daß Düwelle seine eigene Meinung schärfer zum Ausdruck gebracht hätte. Der Parteivorstand gelte als Rat der Götter und halte sich für unfehlbar. Man fürchte sich vor ihm und diese Furcht habe er (Redner) noch aus der heutigen Nummer des „Vorwärts“ herausgesehen. Es wäre besser gewesen, der Parteivorstand hätte eingeschrien, daß Fehler von ihm gemacht worden seien. Er habe den Spieß umgedreht und Genossin Luxemburg zum Sünder gemacht. Wohin solle es führen,

wenn, wie Müller sagte, es Genossen gebe, die aus Furcht ihre Meinung zurückhalten. Wir seien doch keine Kinder. Dem Eingreifen der Genossin Luxemburg hätten wir die machtvolle Demonstration zu verdanken. — Genosse Weiss werde selten kritisiert, weil man allgemein Furcht vor ihm habe, doch scheint die Furcht allmählich zu schwinden. U. a. habe ihm Laufenberg gut gebient. Weiss führe seit langem

### ein persönliches Regiment.

Die Bevormundung müsse beseitigt und Weiss in die Schranken gewiesen werden. Der Aktionsauschuß müsse verbessert und gleichmäßiger verteilt werden. Auf den 5. Kreis z. B. kämen prozentual 1 1/2 Aktionsauschußmitglieder, heute aber seien 5 Genossen aus dem 5. Kreis im Aktionsauschuß. Der Kultus und Servilismus nach obenhin müsse aufhören. Auch gingen bestimmte Genossen alljährlich nach dem Parteitag, angeblich, weil sie dort unentbehrlich sind. Mandate hätten für die Partei eigentlich nur dann Wert, wenn sie von uns selbständig errungen würden. Beim Massenstreik werde abgewinkt, man solle aber nicht bloß Phrasen gebrauchen, sondern an die Zeiten des Sozialistengesetzes denken, dann werden wir auch siegen.

Läterow: Er hoffe, daß durch die Annahme des Antrages des 1. Kreises die Arbeiten jetzt besser klappen werden. Zu bedauern sei die Nichtunterstützung des Antrages für Einführung einer „Vorwärts“-Abendausgabe.

Parzif: Praktische Arbeit sei auf dem Kongress vor lauter Streitigkeit nicht geleistet worden, abgesehen von Rollensbüchs Referat, das bedauerlicherweise wenig debattiert worden sei. Genossin Luxemburg hätte sich

### auch etwas zurückhalten

können. Dieß hätte keine größere Dummheit sagen können als es seine Bemerkung über fremdsprachliche Nationen war. Er protestierte dagegen.

Alex Bloch: Es sei ganz richtig, wenn Streitigkeiten beseitigt würden, wenn es gut gemacht werde. Es habe sich aber wiederum gezeigt, daß die Revisionisten die Radikalen vergerallt haben. Die Broschüre des Parteivorstandes stelle ein Schulbeispiel dar. Redner kritisiert des weitern den Parteivorstand und sucht in Webers Referaten logische Widersprüche nachzuweisen. Der Parteivorstand werde Mugdan und Genossen zweifellos für „liberal“ erklären. Düwelle irre sich: alle Konservativen können die Stichwahlbedingungen unterschreiben. Der Parteitag war oberflächlich, er trägt das Signum: keine Diskussion. Das sei kein sozialdemokratischer Parteitag, sondern ein Katholikentag. Die genannten Klubs waren keine Sonderorganisationen; alle Genossen hätten das Recht, zusammenzukommen und zu diskutieren. Er bitte, nur den Teil der eingegangenen Resolution anzunehmen, soweit sie die Haltung der Delegierten betrifft, den anderen Teil jedoch abzulehnen.

Waldersly: Er sei lange im Aktionsauschuß und auch oft auf Parteitagen gewesen. Es sei ein Einbildung, wenn man glaube, der Parteivorstand wolle keine Kritik. Alljährlich werden die Genossen ja geradezu herausgefordert, Kritik zu üben, dazu erscheine ja der Vorstandsbericht schon zeitig im Druck. Nur die Art der Veröffentlichung von Rollensbüchs Brief sei als illegal empfunden worden. Wenn der Parteivorstand in letzter Zeit nicht mehr so flott arbeiten konnte, so liege das wohl am Zusammenreffen mehrerer unglücklicher Zufälle. Singer ist verstorben, Bebel hat seine Frau nach langer Krankheit verloren und war selbst schonungsbedürftig. Gerlach war krank, somit lag die ganze Arbeit auf den Schultern weniger Personen. Man frage:

Wer hat Weiss und Fischer legitimiert, im Auftrage der Berliner zu sprechen?

Ja, Fischer ist Abgeordneter und hat sachlich für Stuttgart gesprochen. Auch Weiss hat sich nicht selbst zum Vorführer gemacht, sondern er ist immer aus den vordersten Reihen gestiegen. Hierdurch und überhaupt aus seiner ganzen Haltung und Tätigkeit heraus, war er wohl berechtigt, für die Berliner zu sprechen. Man kann zu Weiss stehen wie man will, er ist rechtslos, aber er vertritt immer mit Energie die Interessen seiner Mandatgeber. Die eigenartige Situation des 5. Kreises bringe es mit sich, daß nun gerade aus ihm 5 Genossen Mitglieder des Aktionsauschusses sind. Sucht wird seit circa 15 Jahren immer wieder gewählt, mit den anderen ist es ebenso, was anderes steht nicht dahinter. Man soll auch nicht ungerade sein. Die Leute stehen alle Jahre zur Wahl; tun sie ihre Schuldigkeit nicht, so werden sie nicht wiedergewählt. Der Parteitag hat gesprochen, nun heißt es: arbeiten!

Publik: Waldersly mache sich ein Phanton zurecht, um es nachher mit der Reule totzuschlagen zu können. Es habe niemand die Mitglieder des Parteivorstandes für Schlafmühen erklärt. Auch sei nur gesagt worden, daß Weiss und Fischer nicht recht hatten, im Namen der Berliner zu sprechen.

Dr. Heinemann: Er müsse Waldersly beipflichten. Es sei wirklich nicht angängig, gegen alle möglichen Personen und Körperschaften, ohne den Schatten eines Beweises, Vorwürfe zu schleudern. Auf A. Bloch treffe der Vorwurf der Unschärfe viel eher zu. Nach der Art seines Auftretens müßte man ihn auf den Stuhl Petri setzen. Nachdem die Berliner Delegierten den Beschlüssen des Parteitages zugestimmt hätten, habe niemand das Recht, zu sagen, sie hätten aus Freigiebigkeit gegen ihre Ueberzeugung gestimmt. Er protestiere dagegen.

Düwelle: Der Aktionsauschuß sei zu Unrecht in die Debatte gezogen worden, daher verzichte er, darauf einzugehen. Wenn man durch Amt oder gewohnheitsmäßig als Führer der Landmannschaft gelte, wie Weiss, dann sollte man sich zurückhalten und alles Persönliche weglassen. Sicherlich sei auch die persönliche Note durch den Parteivorstand in die Verhandlungen gezogen worden, während die andere Seite bemüht war, sachlich zu bleiben. Bloch habe unrecht, wenn er Bebel Widersprüche vorwerfe. Machen wir künftig mit den Liberalen schlechte Erfahrungen, dann ergreifen wir dieselben Maßnahmen wie dem Zentrum gegenüber. Er habe seine eigene Meinung absichtlich nicht schärfer herausgesprochen, um der Diskussion Spielraum zu lassen. Die Delegierten haben eine große politische Reife gezeigt, indem sie sich nicht gegenseitig zerfleischt. Der Massenstreik ist nicht abgewinkt worden; nur solle man nicht bei jeder Gelegenheit darüber reden.

### Aufklärung sei die beste Vorbedingung.

Die Partei wird nicht verjüngt, dafür sorgen schon die Klassen-gesensätze, die nach den Wahlen noch viel frischer hervortreten werden. Wir können mit dem Parteitag zufrieden sein, er hat kompakt gestimmt und kann mit seinen Beschlüssen hinausziehen in den Kampf. (Großer Beifall.)

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung ihrer Delegierten einverstanden.“

Darauf erstattete Genosse Labbert den

Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz,

der trotz der vorgerückten Zeit mit großem Interesse entgegen-genommen wurde.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und einem anseuernden Schlusswort Läterows war die Versammlung beendet.

### Zweiter Wahlkreis.

In der Generalversammlung, die den großen Saal der Voderbrauerei am Tempelhofer Berg füllte, teilten sich die Genossen Häuser und Schröder in der

### Berichterstattung vom Parteitag.

Der erste Referent behandelte die vier ersten Punkte der Tagesordnung, wies beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes namentlich auf die starken Fortschritte der Parteiorganisation hin und forderte zu weiterer unermüdlicher Tätigkeit für die Partei auf. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Mitgliederzahl beim nächsten Parteitag die Million überschritten habe. Zur Kritik an der Haltung des Parteivorstandes in der Marokkofrage bemerkte der Redner, daß es

### einige etwas reklamebedürftige Genossen

wären, von denen die Angriffe ausgingen. Die Behauptung, Webers Rede hätte nur bei den Revisionisten so großen Beifall hervorgerufen, sei durchaus verkehrt. Es wären wohl nur 5 Genossen gewesen, die nicht in den allgemeinen Beifall einstimmten. Ausführlich berichtete der Redner über Rollensbüchs Referat zur Reichsversicherungsordnung und betonte zum Schluss, daß, wenn die Partei und die Arbeiterschaft in dieser Sache auch eine Niederlage erlitten hätten, die Sieger ihres Sieges nicht froh werden würden.

Genosse Schröder berichtet zunächst über die Stellung des Parteitages zur Marokkofrage. Wenn ein kleiner Teil der Delegierten dem Parteivorstande Vorwürfe wegen zu großer Saumseligkeit in der Marokkofrage machte, so sei diese Kritik von den Berliner Delegierten insofern als berechtigt anerkannt, als sie

### fämtlich für die Verstärkung des Parteivorstandes

stimmten. — Der Redner verließ die zu diesem Punkt angenommene Resolution, skizzierte die Rede Webers und bemerkte dazu, daß Bebel den Genossen mehr denn je aus dem Herzen gesprochen habe. Das habe auch der einstimmige Beifall bewiesen. Die Delegierten, die nicht darin einstimmten, wären so gering an Zahl gewesen, daß sie in einziger Drohschle hätten Platz finden können. Bei dem Punkte Die Kaiserfeier, sei es zu bedauern, daß der Antrag aus Lübeck, die Kaiserfeierfrage auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses zu setzen, angenommen wurde, wenn auch nur mit knapper Majorität. Die Kaiserfeierfrage liege so klar, daß es überflüssig sei, den internationalen Kongress damit zu befassen. Wegen den Antrag 30 von Hamburg III hätten die Delegierten des zweiten Kreises deswegen gestimmt, weil sie der Meinung wären, daß

### ein solcher Beschluss überflüssig

sei, da ja das beharrliche Zuwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse schon durch das Organisationsstatut der Partei mit Ausschluß bedroht werde. Sie, die Delegierten des Kreises, seien wohl der Meinung, daß der Beschluss des Nürnberger Parteitages, um den es sich hier handelte, bindend sei für alle Genossen in derartigen Stellungen, daß es aber verfehlt wäre, noch durch einen besonderen Beschluss und durch Strafandrohung einen besonderen Zwang ausüben zu wollen. Höchst erstaunt seien die Delegierten gewesen, als die Resolution Groß-Berlins zum Konsumvereinswesen nach der Begründung durch den Genossen Gödres plötzlich zurückgezogen wurde.

Die Berliner Delegierten hätten dem Vorstand Vorwürfe darüber gemacht,

aber es sei ihnen nicht mehr möglich gewesen, etwas an der Sache zu ändern. Die Kritik, die jedenfalls an diesen Vorgängen geübt werde, könne sich also nicht gegen die Delegierten Berlins richten. Nachdem der Redner noch über die Wahlen zum Parteivorstand und die damit zusammenhängenden Beschlüsse berichtet hatte, verlas er die Resolution zu den Reichstagswahlen, schilderte den Hauptinhalt der Rede Webers und führte zum Schluss dessen zu unermüdlichem Wahlkampf anseuernde Worte an.

### Von der

### Frauenkonferenz

berichtet die Genossin Döring. Sie schildert eingehend das Wichtigste aus den Verhandlungen und macht auf die Bedeutung der gefassten Beschlüsse aufmerksam. Die Rednerin betont namentlich die Pflicht der Genossinnen, Hand in Hand mit den Genossen auf eifrigste den Wahlkampf zu führen, sowie überhaupt ihre ganze Kraft in den Dienst der Bewegung und der weiteren Aufklärungsarbeit zu stellen.

### In der

### Diskussion

sprach zunächst der Genosse Ewald. Er wendet sich scharf gegen die Verhöhnung Häusers von einem gewissen Reklamebedürfnis der Genossen, die die Haltung des Parteivorstandes zur Marokkofrage angegriffen haben. Man sollte sich in solchen Fällen doch etwas gelinder ausdrücken. Hinsichtlich der Stellung der Delegierten des zweiten Kreises zum Antrag 30 erklärt der Redner, daß sie offenbar keineswegs im Sinne ihrer Mandatgeber gehandelt hätten. Es gäbe eine ganze Reihe Leute in derartigen Stellungen, die dem Nürnberger Beschluss nicht nachkommen, und da sei es wohl angebracht gewesen, sie auf ihre Verpflichtungen aufmerksam zu machen. Ein Vorgang wie die plötzliche Zurückziehung der Resolution zum Konsumvereinswesen sei wohl noch nie vorgekommen. Man habe gleich darauf mit Weiss und anderen Genossen Rücksprache genommen, und sie hätten auch erklärt, daß sie nicht wüßten, wie die Sache zusammenhänge.

Im allgemeinen könne man durchaus mit den Verhandlungen des Parteitages und mit der Haltung der Delegierten einverstanden sein, jedoch nicht mit ihrer Stellung zu dem die Kaiserfeierfrage betreffenden Antrag aus Hamburg III.

Genosse Weil hält ebenfalls die Stellungnahme der Delegierten des Kreises zu jenem Antrag für verkehrt. Sie hätten hierin auf keinen Fall im Einverständnis mit den Parteigenossen des zweiten Kreises gehandelt. Die Resolution 30 aber hätten die Berliner Delegierten nach der Zurückziehung einfach nochmal einbringen sollen. Verkehrt sei es, zu behaupten, daß die Genossin Luxemburg sowie die Genossen Lieblucht, Lensch, Ledebour in ihrer Stellungnahme gegen die Laßheit des Parteivorstandes in der Marokkofrage nur eine kleine Zahl von Parteigenossen hinter sich hätten.

Es sei vielmehr eine große Anzahl Berliner Parteigenossen, die mit ihnen einer Meinung sei.

Die Stichwahlparole zu den Reichstagswahlen sei außerordentlich lausl, und die Anforderungen, die danach an die bürgerlichen Kandidaten gestellt werden sollen, seien eigentlich nicht weitgehend genug.

Genosse Trellin führt unter lebhaftem Protest der Versammlung aus, daß er die Kaiserfeier nicht mehr für bestandfähig halte. Er wisse auch nicht, warum man immer wieder die Buchdrucker angreife. Es seien doch gerade die Buchdrucker die bei großen Kämpfen auf gewerkchaftlichem Gebiet immer mit tatkräftiger Unterstützung bei der Hand seien. Der Nürnberger Beschluss zur Kaiserfeier sei nicht mehr haltbar; so lange er bestehe, müsse er natürlich durchaus aufrecht erhalten werden, im übrigen aber müsse man dafür sorgen, daß er endlich einmal verschwinde. Daß die Resolution zum Konsumvereinswesen zurückgezogen wurde, sei jedenfalls aus wohlwolligen tatsächlichen Gründen geschehen, denn innerhalb der Konsumvereine müsse in politischer Hinsicht Neutralität waltet.

Genosse Jacobeb hatte erwartet, daß Häuser das persönliche Moment aus dem Parteitage nicht auf die Versammlung über



fragen würde; das wäre jedenfalls besser gewesen. Die Art, wie die Parteifrage behandelt wurde, habe dem Parteitag nach außen hin ein ungeschönes Gepräge gegeben.

Als Angehöriger eines Parteigeschäfts müsse er, Redner, sich gegen den Antrag 30 wenden.

Der Beschluss werde sich praktisch nicht durchführen lassen und nur zu Bank und Streit Veranlassung geben.

Genosse Schimmler führt aus, man könne über die Parteifrage wohl zweierlei Meinung sein, aber so lange sie besteht, müsse sie vor allem von denen gehalten werden, die in erster Linie dafür in Betracht kommen und ohne persönliche Opfer leisten können. Darum sei es aufs schärfste zu verurteilen, wenn sie ihrer Pflicht nicht nachkommen, und es sei deswegen gerade gut, daß ihnen dies durch den Antrag 30 ins Gedächtnis zurückgerufen wurde. An der Zurückziehung der Resolution zum Konsumvereinswesen trügen vor allem die Genossen Schuld, die noch nicht Mitglieder der Konsumvereine sind.

Genosse Gajus wundert sich, daß die Delegierten des Kreises gegen den Antrag 30 gestimmt haben und mißbilligt es auch, daß Genosse Häuser in seinem Referat in so ungeschöner Weise Stellung nahm gegen die Genossin Luxemburg. Jeder habe das Recht der Kritik. Tatsächlich liege die Sache so, daß der Parteivorstand Glück gehabt habe, indem sich die Marokkofrage so lange hinzog, daß die Demonstrationen noch immer rechtzeitig kamen. Es würde gar nichts schaden, wenn wir noch ein paar Dutzend Leute vom Schlage der Genossin Luxemburg in der Partei hätten. Daß alle Delegierten den Ausführungen Bebel's über die Schrecken und das Elend eines Krieges zustimmen, sei nicht zu verwundern. Für einen Fehler aber müsse man es halten, daß keine Diskussion über die Marokkofrage stattfand. Die Stichwahlparole hält Redner für ganz angebracht. Es müsse aber betont werden, daß wir keine Ursache haben, allzu siegesicher in den Wahlkampf zu ziehen, sondern uns vielmehr der unabweislichen Pflicht bewußt sein müßten, alle Kräfte im Wahlkampf zusammenzufassen.

Genossin Ziehl führt aus, daß sich unter den Delegierten, die für den Antrag 30 stimmten, zwei Richtungen zusammengefounden hätten, die aus ganz verschiedenen Motiven den Beschluss herbeiführten. Der eine Teil dieser Delegierten habe dafür gestimmt, in der Meinung, der Beschluss werde so die Ausschlußverfahren zur Folge haben, daß es zur Aufhebung der Nürnberger Resolution führen müsse. Tatsächlich aber habe der Jenaer Beschluss schon die Wirkung gehabt, daß eine ganze Anzahl Angehöriger das Geld nachträglich abführte. Es sei zu hoffen, daß der Beschluss noch weiterhin eine gewissenhaftende Wirkung ausübt. Rednerin glaubt, daß die Delegierten des zweiten Kreises, als sie gegen jenen Antrag stimmten, aus besten Gründen gehandelt haben. Wenn aber einmal ein solcher Antrag vorlag, so müßte allerdings durch eine solche Haltung der Ansicht erweckt werden, als wolle man nichts unternehmen gegen die Leute, die ihrer Pflicht nicht nachkommen. Zur Stichwahlparole bemerkt die Rednerin, daß sie gewiß zu denen gehöre, die über die Verärgerungen der Liberalen am meisten empört sind. Gleichwohl dürfe man unter solchen Umständen der Empörung nicht die Zügel lockern lassen, sondern müsse vielmehr mit ruhiger Heberlegung handeln. Wenn nicht weitergehende Forderungen gestellt wurden, so beweise das eben nur, wie unsere Partei die Liberalen einschätze und einschätzen müsse. Bei der Hauptwahl werde man selbstverständlich aufs schärfste gegen die Gegner Stellung nehmen, aber in der Stichwahl komme es eben unter Umständen darauf an, sich für das kleinere Übel zu entscheiden. Was die Angriffe der Genossin Luxemburg betreffe, so sei es durchaus notwendig gewesen, sie aufs schärfste zurückzuweisen. Das Recht der Kritik werde natürlich in keiner Weise angegriffen, aber wer kritisiere, müsse sich auch überlegen, ob die Kritik und die Art der Kritik auch zum Nutzen der Partei gereiche.

Es sei durchaus nicht richtig, daß der Parteivorstand erst durch die Genossin Luxemburg zur Stellungnahme veranlaßt wurde. Rednerin hätte als Parteivorstandsmitglied selbst gewünscht, daß die Aktion etwas früher kommen sollte, aber schließlich hätte sie doch noch zu einem sehr günstigen Moment eingegriffen. Daß die Genossin Luxemburg mitten in der Aktion das Flugblatt herunterließ, müsse als

#### sehr schädliche Handlungsweise

bezeichnet werden. Hätte jene Genossin statt dessen eine Reihe auflärender Artikel über den Imperialismus und seine Folgen geschrieben, so wäre das gewiß viel nützlicher gewesen. Jene Art der Kritik müsse unter allen Umständen als ungehörig bezeichnet werden. Hinsichtlich des Berichtes der Delegierten sei es zu bedenken, daß sie nicht mehr auf die Frauenbewegung eingegangen wären. Die Frauen hätten sich mehr gerührt als die Männer, und wenn die Frauen für die Partei gewonnen worden, seien sie auch meist die radikalsten Parteigenossen.

Genossin Andresen ist in der Sache mit der Genossin Luxemburg durchaus einverstanden, wie man auch über die Art ihrer Kritik denken möge. Es sei zu bebauern, daß Bebel ausfuhrte, im Falle eines Krieges würden die Klassen am ehesten nach Brot streifen. Durch diese Äußerung könne der Eindruck erweckt werden, als habe die Partei ihren

#### Standpunkt zur Massenstreikfrage

aufgegeben. Auch die moralische Entrüstung, die der „Vorwärts“ über das christlich-soziale Flugblatt an den Tag gelegt habe, sei nicht recht am Platze. Das Zentralorgan hätte sagen sollen, daß die Partei den Massenstreik unter gewissen Umständen durchaus für berechtigt halte. Leider mache sich in der Partei nur zu oft eine Ueberschätzung des Parlamentarismus bemerkbar. Zur Stichwahlparole hätte der Redner gewünscht, daß die in Frage kommenden Kandidaten auch auf ihre Stellung zur Heeres- und Flottenvorlage geprüft werden sollten.

Genosse Alfred Bernhein legt dar, daß der Krieg aus den schon von Bebel angeführten Gründen unter europäischen Völkern eine Unmöglichkeit ist. Der Hauptfaktor hierbei sei jedoch, daß die Klassen keinen Krieg wollen. Der Parteivorstand aber hätte mit aller Kraft dafür sorgen müssen, die Klassen in diesem Sinne aus ihrer Letzbarkeit aufzurütteln.

Dieses Aufwühlen und Aufreißeln der Massen sei vernachlässigt worden.

Was im Falle eines Krieges unternommen werden soll, brauche nicht gesagt zu werden; darüber könnten sich die Herren da oben vorläufig die Köpfe zerbrechen. Versteht sei es, zu behaupten, daß es sich in Marokko nur um wirtschaftliche Interessen handelt, die Sache liege vielmehr so, daß die wirtschaftlichen von den politischen nicht zu trennen sind. Ebenso müsse man sich klar darüber werden, daß die innere Politik nur ein Abbild der äußeren sei. Vorläufig hätten wir den gewaltigsten Kampf gegen den Militarismus zu führen. Gegenüber der Äußerung Bebel's von Unerschämtheit müsse betont werden, daß Bebel sich hier denn doch gegen die parlamentarische Ordnung veräußerte.

Genosse Stadthagen bemerkt zur Stichwahlparole, daß sie die Mindestforderungen enthält, die an die betreffenden Kandidaten gestellt werden sollen, und daß, wenn wir nicht mehr verlangen, der Niedergang der bürgerlichen Parteien daran schuld sei. Bei persönlichen Reibereien auf dem Parteitag sollten die Genossen doch klar darüber sein, daß es immer die Sache ist die dahinter steht, um die es sich handelt, und daß solche Debatten deswegen nicht als persönlich aufgefaßt werden dürften. Diejenigen, die da meinten, man müßte der Genossin Luxemburg ihrer Stellungnahme wegen etwas anhängen, seien im Irrtum. Es wäre überflüssig, über diese Dinge noch weiter zu reden; die Hauptsache sei die Reorganisation des Parteivorstandes. Es müsse in dieser Hinsicht vor allem dafür gesorgt werden, daß

die leitenden Genossen in enger Fühlung mit der Masse

stehen. Die Zurückziehung der Konsumvereinsresolution habe allgemeines Erstaunen hervorgerufen. Der Genosse Gajus könne falsch unterrichtet gewesen sein. Den Antrag nach der Zurückziehung wieder aufzunehmen, wäre verkehrt gewesen. Zu bebauern sei der Ausgang der Sache im Interesse der Konsumvereins-

bewegung. Ganz selbstverständlich müsse dafür gesorgt werden, die Konsumvereine mit sozialistischem Geiste zu durchdringen, was ja nun leider auf dem Parteitag nicht zum Ausdruck kommen konnte. Die persönlichen Reibereien auf dem Parteitag wären vermieden worden, wenn die radikalen Genossen, wie in Magdeburg, vorher zusammengekommen wären. Es mache sich in der Partei ein gewisser Bürokratismus geltend, eine Art Verbormundung der Genossen durch die Vertreter ihrer Organisation, und das müsse bekämpft werden. Zu den Reichstagswahlen bemerkte der Redner, daß man durchaus nicht zu siegesicher sein solle, sondern vielmehr alle Kräfte anspannen müsse im Dienste der Partei.

Nachdem die Genossen Häuser und Schröder noch in kurzen Schlussworten ihren Standpunkt vertreten hatten, wurde auf Antrag der Genossen Ewald und Labius folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten bis auf den die Parteifrage betreffenden Antrag Hamburg III einverstanden.“

Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde wegen der vorge-schrittenen Zeit abgelehnt.

#### Dritter Wahlkreis.

Die Versammlung tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Ueber den

#### Parteitag

berichteten die Delegierten Genossen Böhl und Budde.

Genosse Böhl führte unter anderem aus: Nach der Stimmung unter den Genossen einige Wochen vor dem Parteitag sei die Meinung gewesen, daß der Jenaer Parteitag einer der ruhigsten werden würde. Es sei ja — zeitweilig wenigstens — etwas anders gekommen, indem die Geister aufeinander prallten. So beim Vorstandsbereich, der im übrigen sehr erfreuliche Fortschritte feststellen konnte. Nun könne man ja verschiedener Meinung sein über die Frage, ob der Vorstand den rechten Zeitpunkt wähle. Für einzelne Personen sei es leicht, zu sagen: Ihr hättet hier und da früher eingreifen und andere Mittel anwenden können. Der Parteivorstand als solcher habe aber eine Verantwortung zu tragen, und wenn er das nötige Verantwortlichkeitsgefühl habe, dann könne es ihm nicht gleichgültig sein, ob eine Aktion zu verlaufe oder fehlschlage. Es sei etwas Vorsicht notwendig. Ob der

#### Parteivorstand vielleicht etwas zu vorsichtig

gewesen sei, wolle er nicht entscheiden, da er nicht das große politische Wissen habe, wie die Genossin Luxemburg. Immerhin aber sei er der Meinung, daß es auf keinen Fall nötig gewesen wäre, die Angriffe so scharf zu gestalten, wie es von einzelnen Personen gegen den Vorstand geschehen sei. — Den Wünschen nach Verhängung des Parteivorstandes habe ja dann der Parteitag entsprochen und Anträge, die ein Tadelvotum enthielten, seien von den Antragstellern mit der Erklärung zurückgezogen worden, daß sie durch die Aussprache befriedigt seien. So habe Müller mit Recht im Schlusswort sagen können, daß wir alle einig seien. In der Tat sei es so gewesen. Der Parteitag sei in vollständiger Einigkeit auseinander gegangen. — Genosse Böhl gab ferner noch eine Uebersicht über verschiedene andere Punkte der Verhandlung und ihre Ergebnisse. Zu Bebel's Referat über die Marokkofrage bemerkt er, daß die Zuhörer, welche in Massen die Tribünen füllten, voll auf ihre Kosten gekommen seien. Man müsse es erlebt haben, mit welchem Feuer und welcher Frische Genosse Bebel seine Aufgabe gelöst habe. Den Ausführungen Bebel's in seiner späteren Rede zu den Reichstagswahlen, die sich auf die taktischen Vor schläge für die Stichwahlen bezogen, sei im großen und ganzen zugestimmt, namentlich wenn man die Angelegenheit, wie erforderlich,

#### nicht bloß unter dem Gesichtswinkel der Großstadt

ansieht. „Auf zum Kampf!“ Mit diesen Worten habe Genosse Bebel sein Referat geschlossen. Diesen Mahnruf erhebe auch er zum Schlusse seines Berichtes. Wenn die Genossen des dritten Kreises ihn beherzigten, dann werde die nächste Wahl uns im dritten Kreise wieder den Sieg bringen. (Beifall.)

Genosse Budde verbollständigte den Bericht vom Parteitag. Besonders ließ er sich u. a. über die Verhandlung zur Frage der Parteifrage aus. Er ist der Meinung mit der Mehrheit, daß der Nürnberger Beschluss durchgeführt werden müsse und daß es notwendig gewesen sei, den von Hamburg gestellten, aber zurückgezogenen Antrag 30 wieder aufzunehmen und danach zu beschließen, daß das Ausschlußverfahren einzuleiten sei gegen die Angestellten im Sinne des Nürnberger Beschlusses, welche ihren Tageslohn vom 1. Mai nicht ablieferten.

#### Genosse Alfred Fröhlich als erster

#### Distussionsredner

vertritt die Auffassung, daß in der Marokkofrage der Parteivorstand zu spät gehandelt habe und daß die Einleitung der Aktion der Genossin Rosa Luxemburg zu danken sei, die allerdings in der Form gescheit habe. Von der Annahme des Antrages 30 zur Parteifrage vertritt Redner sich nichts, weil das Ausschlußverfahren sich zwar gegen einzelne, aber nicht gegen hundert durchführen ließe. Man schaffe sich nur Begier im eigenen Lager. In der Parteifrage werde es nicht eher Frieden geben, bevor sie nicht auf den Abend des 1. Mai verlegt werde.

Genosse Wobus meint ebenfalls, daß Genossin Luxemburg nicht Unrecht gehabt habe damit, daß der Parteivorstand für die Protestversammlungen gegen die Kriegshebe (Marokkofrage) die Anregungen früher hätte geben müssen, als es geschehen sei. Nicht gefallen hätten ihm

#### die persönlichen Auseinandersetzungen,

auch die zwischen Wels und Ledebour. Besonders erfreut ist Redner über die Art, wie die Marokkofrage selber auf dem Parteitag behandelt worden ist. Das sei ganz vorzüglich gewesen und habe das Interesse der Partei aufs Beste geweckt. Was die Parteifrage angehe, so wünsche er, daß jeder für ihre erfolgreiche Durchführung eintrete. Jeder müsse sich den Beschlüssen fügen. Wenn es einzig zu Zweifeln kommen sollte wegen der Parteifrage, dann wäre es allerdings besser, sie zu begraben.

Auch Genosse Gennet vertritt den Standpunkt, daß durch das Drängen der Genossin Luxemburg und Ledebour die Marokkofrage der Partei gefördert worden sei. Des längeren äußert er sich zum Streit in Württemberg und er fordert, daß die Süddeutschen den Parteitagbeschlüssen gegenüber zur Disziplin angehalten werden sollen. Eine Disziplinwidrigkeit sieht er darin, daß der württembergische Landesvorstand die von der Landeskonferenz beschlossene Kündigung der Redakteure (Westmeyer) durchführt trotz des Beschlusses des Parteitages von Jena. Hinsichtlich der Parteifrage erwartet Redner von jedem Idealismus genug, sie recht würdig zu gestalten und auch die von der Partei durch ihre Beschlüsse geforderten Opfer zu bringen. Auch die Angestellten müßten sich dem fügen, was in Nürnberg beschlossen sei.

Genosse Ahjge: Die Kritik am Parteivorstand sei nicht so ganz gerecht

gewesen, wie man es sonst z. B. bei der Genossin Luxemburg von früher her gewohnt gewesen sei. Diesmal sei nicht der Partei gedient worden dadurch; es sei ein unnützer Streit heraufbeschworen worden, der beinahe eine Wiederholung der Dresden'schen Vorgänge befürchten ließ. Natürlich müsse im Parteinteresse das Recht der Kritik gewahrt werden. Deshalb solle man auch mit der Genossin Luxemburg nicht so scharf ins Gericht gehen.

Genosse Wuschel betrachtet es auch als selbstverständlich, daß der Kritik unterliegt, wer im öffentlichen Leben steht, also auch unser Parteivorstand. Genossin Luxemburg sei aber viel zu weit gegangen.

Der Parteivorstand habe in all den Jahren bewiesen, daß er zur rechten Zeit eingegriffen verstand.

Genossin Luxemburg brauchte nicht erst kommen, um ihn zu rüffeln. Nachdem Redner die Auseinandersetzung zwischen Bebel und Ledebour besprochen und dabei Bebel recht gegeben hatte, erklärte er für das Schlimmste, was in der augenblicklichen Situation geschehen

konnte, die Kritik des württembergischen Flugblattes durch Rosa Luxemburg. Dadurch hätten die Gegner Waffen erhalten, die sie ausnützen würden. Gegenüber den Ausführungen Gentner's bemerkte Redner, daß der Landesvorstand von Württemberg nur seine Pflicht tue, wenn er die ihm durch Beschluss der Landesversammlung übertragenen Aufträge ausführe. Das verfolge auch durchaus nicht gegen den Beschluss des Jenaer Parteitages, der den Ausschluß der Streitigkeiten in Württemberg betrifft. — Vor allem gelte es jetzt, allen unnützen Streit, auch den, bei welchem mit den Worten Radikalismus und Revisionismus so gern operiert werde, beiseite zu lassen. Wir seien alle einfach Parteigenossen, händeln alle ein und dasselbe, und dieser Streit sei redt. Man wolle wir bekämpfen und dabei mühten wir zeigen, daß wir eine geschlossene Macht seien.

Genosse Alfred Fröhlich stellt gegenüber einer mißverständlichen Auffassung seiner Worte fest: Er habe ausdrücken wollen, daß die Angestellten in Parteigeschäften usw. sehr wohl den Pflichten aus dem Nürnberger Beschluss nachkommen könnten, daß aber, wenn sie es in größerer Zahl nicht täten, der Beschluss von Jena auf Einleitung des Ausschlußverfahrens undurchführbar wäre.

Genosse Adolf Harndt: Den Streit mit den Redakteuren mühten allerdings die Württemberger unter sich auszufechten. Auf der anderen Seite würden aber die Norddeutschen es uns niemals nehmen lassen, darauf zu dringen, daß in Süddeutschland die Parteitagbeschlüsse beachtet werden. — Auch er bedaure, daß Genossin Luxemburg diesmal

#### nicht den richtigen Ton

gefunden habe. Er stehe aber ganz hinter ihr darin, daß erst sie den Parteivorstand vorwärts getrieben habe. Ihre Art und Weise habe ihm dagegen nicht behagt. Was die Kritik des Flugblattes angehe, welches Genosse Kautsky im Auftrage des Parteivorstandes geschrieben habe, so sei diese Kritik als unangebracht zu bezeichnen. Denn eine Aktion, die bereits im Laufen sei, dürfe man nicht hören. — Die Anregung, die Parteifrage auf den Abend zu verlegen, müsse verworfen werden. In solchem Falle könnte von einer Parteifrage überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Nach einer kurzen Ausführung Gentner's trat Schluss der Debatte ein.

Der Vorsitzende Genosse Böhl stellte dann unter Zustimmung der Versammlung fest, daß diese mit dem Ergebnis des Parteitages einverstanden sei.

Darauf berichtete noch Genosse Braun über die Verhandlungen der Brandenburger Provinzialkonferenz. Damit war die Tagesordnung der Versammlung erledigt.

#### Vierter Wahlkreis.

Die in Kellers Festsaal abgehaltene Generalversammlung des 4. Reichstagswahlkreises war sehr gut besucht. Ueber den

#### Jenaer Parteitag

berichtete Genosse Saffner. In längeren Ausführungen rekapituliert Redner die in Jena gepflogenen Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse. Der vom vierten Kreis gestellte Antrag, die Wahlrechtsreform auf die Tagesordnung des Parteitages zu stellen, sei abgelehnt worden, doch habe Genosse Bebel in Aussicht gestellt, auf diese Materie in seinem Referat über die Reichstagswahlen Bezug zu nehmen. Aus den Berichten der Parteileitung seien große organisatorische Fortschritte der Partei hervorgegangen. Die Zahlen über Wachstum der Organisation und Parteifinanzen habe die Gegner in Erstaunen versetzt.

Ausführlicher behandelt Redner dann die Generaldiskussion über den Vorstandsbereich, sich auch hier auf eine rein sachliche Wiedergabe der wesentlichen Gesichtspunkte beschränkend. Bebel sei den Kritikern des Parteitages scharf entgegengetreten, aber mit Recht habe Genossin Ziehl in daran erinnert, daß gerade er es stets gewesen sei, der das Recht auf Kritik betonte, das man aber in diesem Falle dem Parteivorstand gegenüber wohl nicht zur Anwendung bringen dürfe. Aber trotzdem habe der Vorstand eine Kritik über sich ergehen lassen müssen, die er von keinem der früheren Parteitage her kannte.

#### Ein Antrag des vierten Kreises

#### die Landagitation betreffend

sei dem Parteivorstand zur Verächtlichmachung überwiegen worden. Bei allen wichtigen Abstimmungen — erklärt Redner — haben die Berliner Delegierten einhellig gestimmt, nur bei der Parteifrage, als namentlich über den Parteiausschluß bei Nichtbefolgung des Nürnberger Beschlusses abgestimmt wurde, votierten einige Berliner Genossen anders.

Angenommen wurde ein weiterer Antrag des vierten Kreises, der bezweckt,

#### den Schnapsboykott in Erinnerung zu bringen.

Das Gesamtbild des Parteitages — schließt Redner — sei ein erfreuliches gewesen; wenn es auch anfänglich teils heftige Debatten gab, so wurde schließlich doch die Einheit und Geschlossenheit der Partei dokumentiert. Die Versammlung möge sich dies zum Vorbild dienen lassen und in der Debatte nicht etwa ins Kleinliche verfallen. Jetzt gelte es, die Bohlarbeit nicht auszuweichen, welche ebenfalls den vierten Kreis vor große Aufgaben stelle. Wir müssen alle unsere Kräfte daran setzen, den Sieg vorzubereiten. (Beifall.)

#### Einsehend erstattete Genossin Wien den

#### Bericht von der Frauenkonferenz.

Auch sie beschränkt sich auf eine sachliche Wiedergabe des Verlaufs derselben. In ihren Ausführungen bemüht sich Rednerin, ein Gesamtbild von der Konferenz zu entwerfen, geht aber auch näher auf die einzelnen Beschlüsse ein, worin sie später in der Diskussion wirkungsvoll von der Genossin Fahrenwald unterstützt wird. Beide Genossinnen gaben besonders der Erwartung Ausdruck, daß der Parteivorstand dem ihm überwiegenen Antrage auf Anstellung von Parteileitenden, wie dies zur Förderung der Agitation und Aufklärung unter den Frauen der Arbeiterklasse notwendig sei, tatsächlich näher trete. Mit einem beifällig aufgenommenen Appell an die Genossen, die Genossinnen in ihrer schweren Arbeit zu unterstützen, beendeten beide Rednerinnen ihre Ausführungen; die Frauenkonferenz habe gute Arbeit geleistet, die nun fortgesetzt werden müsse.

#### In der Diskussion

erhält als erster Redner das Wort Genosse Eugen Wächter, der ausführt, daß der Berichterstatter zwar bemüht gewesen sei, in kurzen Umrissen ein Bild von den Parteitagverhandlungen zu geben, es aber sich nun notwendig mache, auf eine Resolution hinzuweisen, die uns besonders interessiert. Der Parteitag nahm zu der die gesamte Bevölkerung aufregende Teuerung Stellung. In einer Resolution wurde die Aufhebung der Lebensmittel- und Futtermittel- und die Grenzsperrung gefordert und ferner werden die Arbeiter hingewiesen, selbst Hand anzulegen, der Teuerung durch Stärkung der Organisationen entgegenzutreten. Besonders weist Redner auf den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften hin, deren Mitgliederzahl in Berlin in keinem Verhältnis zur Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse stehe; konsumgenossenschaftlich organisiert, könne die Berliner Arbeiterklasse zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Macht werden, es sollte daher dem letzten Satz der Jenaer Resolution mehr Beachtung geschenkt werden.

Die Marokkofrage habe durch die Veröffentlichung des „Volkens“ buhrigen Briefes seitens der Genossin Luxemburg viel Staub aufgewirbelt. In der Versammlung, welche vor dem Parteitag im vierten Kreis stattfand, habe man sich — nach dem Empfinden des Redners — ohne Abstimmung mit den Ausführungen des Genossen Ströbel einverstanden erklärt, der zu einer Verurteilung der Handlung der Genossin Luxemburg gekommen sei. Wir verwenden an unnützen Diskussionen überhaupt viel zu viel Zeit, die sich besser im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind verwenden ließe. Aber auch der Parteitag habe dem Vorstand schließlich recht gegeben und die letzten Sonntagabend stattgefundenen Sitzung des Internationalen Bureau's billigte das Verhalten der deutschen Partei in der Marokkofrage ebenfalls, womit dem Verhalten der Genossin Luxemburg das Urteil gesprochen ist.



Nicht richtig sei, wenn gesagt werde, der Standpunkt, den die Genossin Luxemburg und Ledebour vertreten, sei auch von vielen anderen Genossen eingenommen, aber nur nicht zum Ausdruck gebracht worden; eine Abstimmung hätte jedenfalls dafür nur eine kleine Minderheit ergeben, denn die Genossen haben eben erkannt, daß wir einig sein müssen, den gemeinsamen Feind zu schlagen. (Beifall.)

Nächste Rednerin ist Genossin Fahrenwald, deren Ausführungen sich ausschließlich, wie oben bereits skizziert, auf die Frauenkonferenz bezogen.

Dann erhält Genosse Adam das Wort, um auf den Buchdruckerkonflikt bei Scherl zurückzukommen.

Redner macht unter Protestrufen seitens der Versammlung der Parteipresse den Vorwurf einer unanständigen Stellungnahme hierzu. Genosse Müller vom Parteivorstand habe auf die Schreibweise des „Korrespondent“ hingewiesen, aber der von ihm — Müller — zitierte Passus sei keine redaktionelle Verweigerung, sondern komme in einem Versammlungsbericht vor, dies dem Parteitag zu sagen, sei aber vom Genossen Müller veräumt worden. Redner nimmt seine Organisation vor den Angriffen aus Parteireisen in Schutz und hält den am „Korrespondent“ gemachten Auslegungen Verweigerungen aus der „Vergifteten Arbeiterstimme“ entgegen. Zur Kaiserin meint Adam, daß der Würdiger Befehl kein glücklicher sei, was sich aus den wegen Nichtbefolgung desselben eventuell notwendig gewordenen Ausschüssen ergebe. Zur Lebensmittelpreiserhöhung empfiehlt Redner, es wie in Oesterreich mit dem Fleischhock zu versuchen, da die Proteste in den Versammlungen wirkungslos verpuffen.

Reinhardt knüpft an Webels Magdeburger Rede an. Dort habe dieser für die Kritik den freiesten Spielraum gefordert, in Jena jedoch seien die Kritiker von ihm gehörig abgegründet worden. Daß der Parteivorstand in der Tat nicht allen Anforderungen entspreche, sondern mit Arbeit überlastet war, führte ja zu der Anstellung der zwei Sekretäre. Redner bedauert, daß Webel seine Resolution zur Genossenschaftsfrage zurückzog;

weshalb dies geschehen, bedürfe der Aufklärung.

Reinhardt beantwortet den folgenden Antrag:

Die Generalversammlung des vierten Kreises ersucht den Parteivorstand um möglichst Beschleunigung des Antrages des vierten Kreises betreffend Landagitation, damit vor den Reichstagswahlen noch auf dieser Basis agitiert werden kann.

Gegen Genossen Adam gerichtet, weist Redner den der Versammlung gemachten Vorwurf, die Genossen orientierten sich nicht genug über die Gewerkschaften, zurück; die Genossen seien im Gegenteil so unterrichtet, daß sie sogar wissen, was bei den Buchdruckern vorgehe. (Weiterer Beifall.)

Adolf Hoffmann: Auf dem Parteitag hat man sich nicht mit den Buchdruckern, sondern mit dem sogenannten „Geheimzirkel“ des Parteivorstandes beschäftigt, in welchem seiner Ansicht nach Licht und Schatten nicht hinreichend verteilt waren. Was den von Adam empfohlenen Fleischhock anbelangt, so bestreite ein solcher unfreiwillig für die Arbeiter schon seit langer Zeit. (Weiterer Beifall und Zustimmung.) In längeren Ausführungen beschäftigt sich Redner mit der von der Stadt Berlin in Aussicht genommenen Aktion gegen die Tenierung, die jedoch mangels eines existenz Willens der bürgerlichen Parteien der Bevölkerung nichts bringen werde. — Auf Brückners Ausführungen Bezug nehmend, spricht Hoffmann der Genossin Luxemburg, dem Genossen Ledebour und der „Leipziger Volkszeitung“ das Verdienst an, in der Marokkofrage den Parteivorstand vorwärts getrieben zu haben.

Was die Kritik des Flugblattes anbelangt, mag die Genossin Luxemburg taktisch nicht richtig gehandelt haben, aber andererseits war es Pflicht, zu sagen, daß der Vorstand in dieser Sache seine Schuldigkeit nicht tat. Auf Worte, die in der Hitze des Gefechts fallen, sollte man kein zu großes Gewicht legen, sonst mühte man dies auch bei den Verurteilungen Webels dem Genossen Ledebour gegenüber tun. Aber nicht auf Worte, sondern, daß wir uns trotzdem vor dem Feinde wieder zusammenschließen, darauf kommt es an. Es mühte in der Marokkofrage rechtzeitig mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden, zumal Aussicht bestand, diese zur Wahlparole zu machen. Eine

Stellungnahme zur Parteikritik

mache sich wahrscheinlich notwendig, dazu sei aber erst Zeit nach den Wahlen, jetzt geht es zunächst gegen den Feind. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Börsch macht einige Ausführungen zum Scherl'schen Konflikt und wahrt der Parteipresse das Recht, jederzeit auch zu Vorkommnissen auf gewerkschaftlichem Gebiet Stellung zu nehmen. Die Ausführungen Adams seien deplaciert gewesen; dieser habe sich jedenfalls im voraus schon auf eine Rede präpariert, die nun hier aber gar nicht gehalten wurde.

In seinem

Schlusswort

gibt Genosse Sassen Aufklärung über die Zurückziehung der Webel'schen Resolution. Zur Kritik Brückners betreffend Veröffentlichung des Mollenbuh'schen Briefes und zur Marokkofrage überhaupt vertritt Redner die Ansicht, daß zwar die Entwicklung der Verhältnisse dem Parteivorstand recht gebe, es aber doch bei dem in Deutschland herrschenden Bildzirkel leicht anders kommen konnte. (Beifall.)

Nachdem hierauf die

Resolution Reinhardt angenommen

und Genosse Reinhardt seinen

Bericht über die Provinzialkonferenz

gegeben, den zu verlesen die Versammlung abgelehnt hatte, war die Tagesordnung erledigt und erfolgte Schluß der Versammlung gegen 12 Uhr.

Den

Fünftern Wahlkreis.

Bericht vom Parteitage

erstattete Genosse Friedländer. Mit dem Verlauf des Parteitages — sagte er — kann die Gesamtheit der Partei zufrieden sein. Man kann auf den Parteitag das Wort anwenden: Es gab weder Sieger noch Besiegte. Weder sind die Revisionisten durch die Radikalen, noch die Radikalen durch die Revisionisten besiegt worden. Es hand auch nicht Norddeutschland gegen Süddeutschland. Die Mainlinie war nicht gezogen.

Das Verdienst dieses Erfolges fällt der Groß-Berlin-

Brandenburger Delegation zu,

die sich nicht durch das Zusammengehen des radikalen Flügels bestimmen ließ, die Interessen der Gesamtpartei aus den Augen zu verlieren. Wenn wenige Genossen mit dem Parteitag unzufrieden sind, so haben sie das ihrem Mangel an politischem Takt und politischem Weitblick zuzuschreiben. — Der Bericht des Parteivorstandes zeigt ein hartes Anwachsen der Partei. Es ist selbstverständlich, daß in einer so großen Partei nicht volle Übereinstimmung herrschen kann. Die Kritik ist notwendig. Würden die Handlungen der Führer nicht kritisiert, dann mühte die Partei in ihrem Fortschritt. Aber daran müssen wir festhalten, daß die Kritik frei sein muß von jeder persönlichen Animosität. Nicht giftig und ungerichtet darf die Kritik sein, sondern sie muß erfolgen unter dem Gesichtspunkt der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhaltens der gesamten Partei. Wenn sich die Kritik nicht von diesem Gesichtspunkt leiten läßt, dann wirkt sie nicht aufbauend, sondern zerstückelnd. Auf dem Parteitage zeigte die Kritik ein beim Parteivorstand bei manchen Angelegenheiten nicht die nötige Aktivität gehabt hat. Es ist ja möglich, daß der Vorstand einer sehr großen Partei sich schwerer an Aktionen entschließt als der Vorstand der Partei, die noch klein war. Aber wir müssen doch fragen, ob die Erregung eines großen Teils der Parteigenossen berechtigt war oder nicht. — Der Redner erörtert eingehend die Entwicklung des Marokkokonflikts, das Verhalten des Parteivorstandes und des

Internationalen Bureaus, sowie die Kritik, welche mit dem Artikel der Genossin Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ einsetzte und führt dann weiter aus: Die Diskussion über diese Angelegenheit wurde auf dem Parteitage mit außerordentlicher Heftigkeit geführt. Der Parteivorstand nannte die Veröffentlichung des Briefes des Genossen Mollenbuh durch Rosa Luxemburg eine Indiskretion, dazu war er berechtigt. Parteigenossen, die sonst ihre Worte nie scharf genug wählen können, erhoben Klagen über scharfe Worte des Parteivorstandes. Ich will nicht bestreiten, daß scharfe Worte in den Ausführungen des Parteivorstandes enthalten sind. Aber man muß wissen, welche Dinge vorausgegangen sind und Veranlassung zu scharfen Worten gegeben haben. Die Berliner Genossen hatten ihre Wahlrechtsverhandlungen am 4. Juli schon mit einer Demonstration gegen die Marokkofrage verbunden. Später erschien der Artikel von Rosa Luxemburg, der den Parteivorstand der mangelnden Aktivität beschuldigte, weil er nicht eingegriffen hat zu einer Zeit, wo man die Marokkogelegenheit noch nicht für brennend halten konnte. Als die Affäre dann durch die Haltung Englands zu einer Verheerung zwischen Deutschland und England ausgeartet wurde, was viel gefährlicher ist wie die ganze Marokkofrage, da wandte sich der Parteivorstand an das Internationale Bureau und erließ den Aufruf zur Demonstration. Im Interesse derselben verbreitete der Parteivorstand ein Flugblatt und Rosa Luxemburg kritisierte dasselbe in der „Leipziger Volkszeitung“ als ein elendes Machwerk. Als sich dann herausstellte, daß Kautsky der Verfasser des Flugblattes ist, sagte Rosa Luxemburg, wenn sie das gewußt hätte, würde sie das Flugblatt nicht kritisiert haben, weil sie wisse, wie leicht erregbar Kautsky sei. — Wer Rosa Luxemburg kennt, der weiß, daß sie sich nicht durch Erregung fortziehen läßt, sondern sorgsam ihre Pfeile spitzt und wohlüberlegt ihre Wosheiten — ich will nicht sagen Niederträchtigkeiten — von sich gibt. Wer das weiß, der wird annehmen, daß Rosa Luxemburg genau gewußt hat, daß Kautsky der Verfasser des Flugblattes ist und daß sie ihn hat treffen wollen.

Die Kritik dieses Flugblattes im Augenblick der Aktion hat Entrüstung unter den Parteigenossen hervorgerufen.

Kurz darauf brachte die „Leipziger Volkszeitung“ einen wahrscheinlich von Dr. Lentz verfaßten Leitartikel, worin Kautsky und Mehring einfach zum alten Eisen geworfen werden. Dieser Artikel, namentlich die Art, wie der Verfasser seine Ansicht vertritt, hat Erregung unter den Genossen hervorgerufen. Auch die Frage der Reorganisation des Parteivorstandes gehört hierher. Wenn es sich um weiter nichts gehandelt hätte, als um eine Vermehrung der Vorstandsmitglieder, dann wäre kein Grund zur Erregung dagewesen. Aber es ist ganz laut und öffentlich gesagt worden, man muß die Zusammensetzung des Vorstandes ändern.

Als Radikale, hieß es, seien die Vorstandsmitglieder eingeseht worden und dann hätten sie sich zu Revisionisten entwickelt. — Wenn man das alles weiß, dann ist es verständlich, daß der Vorstand in der Abwehr scharf zugehauen hat und das war nötig. Man sah aus der Diskussion, wie unangenehm es den Rednern der Opposition war, daß Webel die Sache des Vorstandes führte. Die Diskussion war sehr scharf. Am schlechtesten hat Ledebour abgeschnitten. Webel hat ihn meiner Meinung nach zu scharf vorgekommen; aber die Schärfe hat er verdient. Ledebour hatte seine Veranlassung, dem Genossen Webel den Vorwurf zu machen, er werde geschoben und diesen Vorwurf in einem Zwischenruf nochmals zu bekräftigen. Darauf belam Ledebour die scharfe Ausführung durch Webel. — In der Diskussion ergab sich, daß die Berliner und Brandenburger Delegierten die Auffassung des Vorstandes über die Reorganisation zu der ihren machten. Daß eine Vermehrung und eine Reorganisation des Vorstandes notwendig ist, darüber war kein Streit. Wenn jetzt von der sogenannten radikalen Richtung

— man weiß ja gar nicht mehr, wen man zu den Radikalen zählen soll und wen nicht —

also, wenn jetzt von dem Röhlein der sieben Aufrechten behauptet wird, sie hätten mit der Verstärkung des Vorstandes um zwei Mitglieder einen Sieg erfochten, denn der Vorstand habe ja nur einen Sekretär mehr verlangt, so irren sie sich. Schon vor dem Parteitage war bekannt, daß der Vorstand zwei neue Sekretäre wünschte. Wenn das der ganze Zweck der Hebung war, dann waren die Debatten am Montag und Dienstag überflüssig.

In der Generalversammlung von Niederbarnim sagte Genosse Bühler, viele Genossen wären der Ansicht Ledebours, sie hätten aber nicht den Mut gehabt, das zu sagen. Ueber diese Äußerung habe ich mich gewundert. Die Berliner und Brandenburger Delegierten hielten geschlossene Sitzungen ab, an denen auch Bühler teilnahm. Nach dem Verlauf dieser Sitzungen zu urteilen, kann Bühler sich und die anderen Teilnehmer nicht gemeint haben, wenn er sagte, viele stimmten mit Ledebour überein, hatten aber nicht den Mut, es zu sagen. Ich kann nur annehmen, daß Bühler

den Abgeordneten seines Kreises, den Genossen

Artur Stadthagen,

gemeint hat, denn merkwürdigerweise schwieg Stadthagen, als alle Oppositionsredner: Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Ledebour, Lentz, den Kopf gewaschen belamen, obwohl doch Stadthagen, wie ich annehme, über den Parteivorstand dieselbe Anschauung hat wie Ledebour. — Als Rosa Luxemburg das Todesurteil gegen den Parteivorstand zurückzog, ging ein Lachen durch den Parteitag. Es war den Antragstellern klar, daß ihr Antrag abgelehnt werden würde.

Es ist die Frage, ob diese Debatten auf dem Parteitage noch notwendig waren, nachdem wir unsere Demonstrationen gegen den Krieg bereits veranstaltet hatten. In dieser Hinsicht kann ich mich den Ausführungen des Genossen Karl Liebknecht anschließen, welcher sagte, wenn auch Fehler gemacht worden seien, so sei doch die Partei und die Gewerkschaften noch nie so einig gewesen wie gegenwärtig in der Marokkofrage. Das sollten sich unsere Gegner gesagt sein lassen.

Der Redner besprach nun die Behandlung der Reichstagswahlen auf dem Parteitage. Sehr wichtig war hierbei die Frage, wie wir uns zu internationalen Konflikten stellen. Die Gegner rechnen damit, daß wir für den Fall einer Mobilmachung den Waffenstreik erklären würden.

Darauf wollten sie ihre Wahlaktion aufbauen.

Der Landeserrat der Sozialdemokratie sollte zur Wahlparole unserer Gegner gemacht werden. Das ist ihnen durch die große Rede Webels verdrorben worden. Er stellte fest, daß die deutsche Sozialdemokratie nie den Gedanken gehabt hat, im Falle einer Mobilmachung und eines Krieges den Waffenstreik zu proklamieren. Den Ausbruch des Krieges wollen wir verhindern. Das kann die internationale Sozialdemokratie sein. Viele Genossen werden gegen die aufgestellte Stichwahlparole sein. Aber sie haben sich dem Willen des Parteitages anzuschließen. Es gilt, den schwarz-blauen Bloß zu besiegeln. — So hat der Parteitag allen Erwartungen entsprochen. Er hat den Wahlkampf eingeleitet. Die Partei ist nicht gespalten, sie zieht einig und geschlossen in den Wahlkampf.

Die

Diskussion

wird eröffnet. Weis: Der Parteitag hat gezeigt, daß die Einheit der Partei unerschütterlich dastehen kann. Er hat aber auch Vorgänge gezeigt, auf die das Augenmerk der Genossen gelenkt werden muß. Die Kämpfe zwischen Radikalen und Revisionisten haben Formen angenommen, die eine Verständigung zwischen beiden Richtungen ausschließen muß, wenn es so weiter geht. Wir können dem Genossen Kautsky darin zustimmen, daß der radikale Flügel nicht mehr die Mehrheit der Partei vertritt. Ich siehe grundsätzlich auf dem Boden des Erfurter Programms. Die Wähler, welche mit der „Leipziger Volkszeitung“ übereinstimmen, haben nicht das Recht, zu sagen, daß nur sie den Marxismus vertreten und deshalb alle auf den rechten Flügel werfen, die nicht in allen Punkten mit ihnen übereinstimmen. Das Auftreten dieser Blätter hat dazu geführt, daß

die Gruppe, die den linken Flügel der Partei bildet, immer kleiner geworden ist

und die Masse der Parteigenossen den breiten Raum gefunden hat, auf dem es möglich ist, die Interessen der Gesamtpartei zu vertreten. — Auf dem Magdeburger Parteitag führte der Gegensatz zwischen rechts und links dazu, daß jede der beiden Richtungen besondere Sitzungen abhielt, in denen sie Stellung nahmen zu den Fragen, die den Parteitag beschäftigten, und dann im Plenum durch die Abstimmung ihre Recht zum Ausdruck brachten. Es tagte also die rechte Seite besonders und die linke Seite ebenfalls und im Plenum wurde dann die eine Seite durch die andere niedergestimmt. Ich kann mir Situationen denken, wo es notwendig ist, daß eine Gruppe besonders zusammenkommt, um Schädigungen der Gesamtpartei zu verhindern.

Das darf aber nur geschehen, wenn Lebensinteressen der Partei auf dem Spiele stehen.

Auf dem Magdeburger Parteitage ist ein Ausschuss der Linken — der sogenannte Wohlfahrtsausschuss — eingesetzt worden, der die Aufgabe hat, Zusammenkünfte der Linken, wenn sie ihm nach der Sachlage notwendig erscheinen, zu veranlassen. — Am ersten Sonntag in Jena trat der in Magdeburg eingesetzte Wohlfahrtsausschuss, der sozusagen

eine Nebenregierung in der Partei bildete,

wieder zusammen; er zog uns als Vertreter Berlins hinzu und bestimmte, daß die Linke wieder besondere Zusammenkünfte abhalten solle. Eine solche Zusammenkunft fand denn auch statt. Dort gab ich im Einverständnis mit den Genossen Ernst und Liepmann, die mit mir zusammen als Vertreter der Berliner und Brandenburger Delegierten bestimmt waren, die Erklärung ab, daß wir uns nicht an der Neubildung des „Wohlfahrtsausschusses“ beteiligen wollten,

ehe wir die Berlin-Brandenburger Delegation befragt hätten, ob sie besondere Zusammenkünfte der Linken noch für notwendig hält. Ledebour machte mir den Vorwurf, daß das Fernbleiben der Berliner von der Sitzung die Stoßkraft des linken Flügels schwächen solle. Wir, die Vertreter der Berlin-Brandenburger Delegation, verwehrten uns dagegen und sagten, wir mühten erst die Entscheidung der Delegation herbeiführen. Trotzdem wurde die Sitzung fortgesetzt. Es handelte sich aber nicht um Lebensinteressen der Partei, sondern in der Hauptsache

um die Absicht, fast den ganzen Parteivorstand zu kürzen.

Für solche hinterlistige Abmurrung konnte ich mich nicht erwärmen. Wir haben dann in der Berlin-Brandenburger Delegation dagegen Protest erhoben. Die Delegation hat den Genossen Ernst und mich als Vertreter zu den Sitzungen der Linken entsandt. Wir haben der Sitzung der Linken die Ansicht unserer Delegation unterbreitet. Sie hat sich aber an den geschlossenen Sitzungen der Linken nicht mehr beteiligt. Ohne die Berlin-Brandenburger Delegation hätte die Linke nicht die Mehrheit. Wir bildeten also das ausschlaggebende Pünzlein der Waage. Hätten wir nicht diese Haltung eingenommen, dann wäre es zu ganz anderen Debatten und Beschlüssen auf dem Parteitage gekommen, als sie jetzt vorliegen. — Ich billige es nicht, daß die rechte Seite besonders zusammentritt, um die linke Seite zu überstimmen und kann es deshalb auch nicht billigen, wenn die Linke dasselbe tut.

Durch das Nebeneinanderliegen von zwei geforderten Parlamenten muß doch der Zwist in der Partei verläßt werden. Dadurch wird der Konfliktstoff derart angehäuft, daß, wenn diese Taktik noch auf drei bis vier Parteitage fortgesetzt wird, die Spaltung der Partei die notwendige Folge ist. Die Vorwürfe, die gegen uns erhoben worden sind, können mich nicht alterieren, weil wir uns auf die Delegierten von Berlin und der Provinz Brandenburg stützen mit Ausnahme der Vertreter von Niederbarnim. Ich mühte auf diese Dinge eingehen, weil Stadthagen in der Generalversammlung von Niederbarnim — es steht zwar nicht im Bericht des „Vorwärts“, es ist mir aber gesagt worden — gesagt hat, die Zusammenkünfte der Linken seien durchaus notwendig. — Die hinterhältige Art der Diskussion, wo jeder, der nicht mit Stadthagen, Rosa Luxemburg und Ledebour einverstanden ist, zu den Revisionisten gezwungen wird, muß aufs Schärfste getadelt werden.

Wer ist denn heute nach Ansicht dieser Genossen noch radikal?

Nicht einmal das Zentralorgan, der „Vorwärts“, das Organ der Berliner Genossen, zu dessen Redakteuren Düwvel und Stadthagen gehören. Wäre es nicht so, dann bräuhete ja Rosa Luxemburg ihre Artikel nicht in der „Leipziger Volkszeitung“ ablagern und Ledebour, der Abgeordnete des sechsten Berliner Kreises und parlamentarischer Mitarbeiter des „Vorwärts“ hätte nicht nötig gehabt, unmittelbar vor dem Parteitage seine geschäftigen, giftigen Angriffe auf den Parteivorstand im „Volksblatt für Halle“ zu veröffentlichen. Man hat mir vorgeworfen, daß ich den Brief des Genossen Ledebour in der Debatte benutzt habe. Würde ich den Brief ganz verlesen haben, dann hätte ich gezeigt, daß noch Ledebours Ansicht selbst ein auf dem linken Flügel stehender Redakteur des „Vorwärts“ nicht mehr zu den tubenreinen Radikalen zählt. Das alles muß doch vergistelt und für die Partei kränzend wirken. — Dem Röhlein der sieben Aufrechten fehlt der Mut der Konsequenz, sonst mühten sie den Parlamentarismus verurteilen und zu anderen Mitteln greifen. — Wenn Genosse Laufenberg sagte, er wundere sich, mich Arm in Arm mit Robert Schmidt und Wegien zu sehen, so betone ich, die Einigkeit von Partei und Gewerkschaft ist für unseren Kampf gegen den Kapitalismus so notwendig, daß wir sie nicht von einzelnen Personen aufs Spiel setzen dürfen. Der Parteitag soll der Ausdruck des Willens des gesamten Proletariats sein, aber nicht der Ausdruck einer Meinung, die von einzelnen Claqueurs und Personen in demagogischer Weise gemacht wird.

Dr. Weinberg verteidigt Rosa Luxemburg, die, wie er sagt, von Friedländer abgeschlachtet worden sei. Als Rosa Luxemburg die Marokkofrage anschnitt, war die Frage aktuell. Man dürfe die Frage nicht in ihrem jetzigen Standpunkt aus beurteilen. Die in dem Briefe Mollenbuh's vertretene Meinung hat nicht die Mehrheit der Partei hinter sich. Rosa Luxemburg hatte das Recht, diese Ansicht zu kritisieren. Wenn ihr Indiskretion vorgeworfen wird, so erinnert das an die Sprache der Diplomaten. Hier sind keine Geheimnisse bedenklich. Der Artikel von Rosa Luxemburg hatte den gewünschten Erfolg, der Parteivorstand trat in die Aktion ein. Wenn einer in der Partei rücksichtslos Wahrheit liebt und Bekenntnis hat, so ist es Rosa Luxemburg. Es ist deshalb ungerade, ihr vorzuwerfen, sie habe sich nur so gestellt, als wisse sie nicht, daß Kautsky das Flugblatt verfaßt hatte. — Ueber den Ton der Debatte hat sich keiner der Radikalen beklagt. Keiner von ihnen hat die Kritik unterbinden wollen. Den von Friedländer erwähnten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Kautsky und Mehring billige ich nicht; aber als Beispiel des schlichten Tones kann er nicht gelten. Es ist im Gegenteil ein Musterbeispiel sozialer Auseinandersetzung. Man darf dem Genossen Ledebour nicht zum Vorwurf machen, daß er sagte, Webel sei geschoben worden. Das war doch nicht anders gemeint als wie die bekannte Redensart: Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben. Weis sagte, der Parteivorstand sollte abgemurrst werden. Ich habe mich auf dem Parteitage mit vielen Personen über diese Angelegenheiten unterhalten, aber nichts gehört, was die Ansicht von Weis begründen könnte. Wenn die Absicht, den Parteivorstand abzumurrhen, bestanden hat, dann muß Weis sagen, wer diese Absicht gehabt hat. — Wenn die einzelnen Gruppen besonders tagen, so macht das einen deprimierenden Eindruck. Genosse Weis hat hier nur gegen die Tagung des linken Flügels gesprochen. Auf dem Parteitage hat man sehen können, wie gut organisiert der linke Flügel für sich war. Mein persönlicher Eindruck von Parteitage ist der: Er stand nicht auf der Höhe des ersten Jener Parteitages. Dort wurden Fragen von weitgesichtlicher Bedeutung behandelt, während hier nur Wahlen vorbereitet wurden.

Volmerhaus meint, der Parteitag habe jede prinzipielle Frage zurückgestellt und nur für den Wahlkampf gewirkt. Köhlig sei ein Parteitag so flau gewesen wie dieser. Alles sei auf die



**Bekämpfung des Schwarz-Blauen Mobs** gerichtet gewesen. Das würde es denn helfen, wenn der Schwarz-blaue Mob zertrümmert wird. Die Regierung werde schon Maßnahmen treffen, um einer Mehrheit der Linken das Genick zu brechen. Wir müssen das Prinzip hochhalten.

**S u n s c h e d e** wendet sich gegen die Ansicht, als ob durch den Artikel von Rosa Luxemburg der Parteivorstand erst zur Aktion veranlaßt worden sei. Schon vor dem Erscheinen des Artikels habe ja die große Demonstration in der Neuen Welt stattgefunden, an der auch der Parteivorstand beteiligt war. Die Beurteilung der Marokkoaffäre durch Rollensbuhr sei zur Zeit seines Briefes durchaus begründet gewesen. — Zur Reisezeit meint der Redner, der Nürnberger Beschluß sei unhaltbar und es wäre besser, wenn er aufgehoben würde.

**G u r l a n d** ist der Meinung, es könne nicht bestritten werden, daß der Parteivorstand in der Marokkofrage verfaßt habe. Der Vorstand habe sich zu sehr von Rücksichten auf die Wahlen, vielleicht auch von Rücksicht auf die Gewerkschaften leiten lassen, die für große politische Aktionen nicht leicht zu haben seien. Der früher so radikale Genosse Wels habe sich gemauert. Auch er stehe unter dem Einfluß der Wahlrücksichten. Ob Ledebour Entlassungen und Fehler begangen habe, müge dahingestellt bleiben. Sein Vorgehen sei an sich berechtigt gewesen. Das Recht der Kritik habe er auch gegenüber dem Genossen Bebel. — Der Parteitag habe es leider unterlassen, ausdrücklich zu betonen, daß wir grundsätzliche Gegner der Kolonialpolitik sind. Auch das sei auf Rücksichten auf die heutige Situation zurückzuführen. Man dürfe nicht zu große Hoffnungen auf den Parlamentarismus setzen. Wir wollen die alte revolutionäre Sozialdemokratie bleiben. Dieser Parteitag aber hat uns einem Abwege von diesem Ziel genähert.

**R o b e r t S c h m i d t**: Ich bin von dem Parteitage auch nicht sehr begeistert, weil dort ähnliche Debatten wie hier gepflogen worden sind. Daß verlangt wurde, man solle keine Kritik üben, habe ich nicht gehört. Aber das muß ich sagen: Juviel Kritik schadet nach beiden Seiten. Wenn gesagt wird, die Kritik ist das Leben der Partei, so sage ich, die Kritik kann auch der Partei das Genick brechen. Wenn solche Debatten auf jedem Parteitage wiederkehren, so trägt das nicht zur Stärkung der Partei bei. Es ist auch hier wieder gesagt worden, es kommt uns nicht auf die Mandate, sondern nur auf die Vermehrung der Stimmen an. Erinnern Sie sich doch der Wahl von 1907. War denn einer von uns begeistert über die große Stimmenzahl, während wir gleichzeitig die Hälfte unserer Mandate verloren hatten? Reiner Witz das sagen. Wir wollen doch auch einen Erfolg unserer Arbeit sehen. — Eine kleine Gruppe auf dem Parteitage wollte weiter gehen als die Partei bisher gegangen ist.

**Diese Gruppe drängt fortgesetzt weiter nach links auf einen Weg, der ein Stück Antiparlamentarismus und ein Stück Syndikalismus zeigt.**

Von einer solchen Taktik kann die Partei keinen Vorteil haben. — Seinerzeit hat sich Rosa Luxemburg für den Generalstreik zur Erreichung des freien Landtagswahlrechts ausgesprochen. Das war ein Symptom. Dann kam die Marokkoaffäre. Da tauchte die Frage auf, ob wir durch aktive Handlungen oder durch passive Resistenz den Krieg verhindern sollten. Man weiß doch, was im Ernstfalle einer kriegerischen Aktion den trifft, der zu solchen Maßnahmen auffordert. Die Genossen, die an der Spitze der Partei stehen, haben die Verantwortung für das, was die Massen tun. Sie haben deshalb die Pflicht, die Massen von Unbesonnenheiten zurückzuhalten. Die Regierung war sich doch von vornherein klar darüber, welche Auffassung die Sozialdemokratie über den Krieg hat. Sagte doch der Reichskanzler, ein Krieg kann heute nicht mehr von den Kabinetten gemacht werden. Das heißt also, ein Krieg ist nicht mehr möglich, wenn nicht die Volksmassen dafür begeistert werden können. Das ist es, worauf es ankommt: Eine gefestigte Auffassung, die nicht töndend nach außen auftritt und doch nicht die Macht hat, etwas zu tun, sondern die sich auf das beschränkt, was auszuführen möglich ist. Wir dürfen nicht mit unserer Macht Raub- ausüben, sondern müssen überlegen, was wir zu tun haben. — Das Lamento darüber, daß der Parteivorstand nicht schon früher eingegriffen hat, ist recht überflüssig. Alle die, welche jetzt verlangen, der Parteivorstand hätte früher eingreifen sollen, hätten doch schon dordem das Recht, zu verlangen, daß das gemacht werde, was sie für notwendig hielten. Warum hat sich denn Genosse Weinberg nicht an den Vorstand des Wahlvereins gewandt? Niemand hätte uns doch hindern können, im fünften Wahlkreise eine Marokko- demonstration zu machen, wenn uns jemand von der Notwendigkeit derselben überzeugt hätte. Wer jetzt erst mit seiner Kritik kommt, der plappert nur nach, was andere schon gesagt haben. Jetzt, wo der Parteivorstand etwas tut, da kommt Rosa Luxemburg und sagt, das Flugblatt ist ja scheußlich. Ich glaube, sie hat den Verfasser des Flugblattes nicht gefasst, sondern angenommen, der Parteivorstand sei schon so weit gesunken, daß er es von einem Revisions- nisten schreiben ließ. Es gelingt ja nicht jede literarische Arbeit. Muß man aber deshalb in der Parteipresse über das Flugblatt herfallen und dadurch die Aktion lähmen? Die Kritik am Parteivorstand ist doch recht planlos. Diese Dinge hätten auf dem Parteitage nicht die Rolle spielen dürfen, die sie gespielt haben. Die Veröffentlichung des Briefes Rollensbuhrs ist eine Inubikretion.

Es gab doch noch einen anderen Weg, um den Vorstand zum Eingreifen zu veranlassen. Man konnte ihn fragen, warum er nichts tue, um der Kriegsgefahr vorzubeugen. Das wäre ein lokales Mittel gewesen. So weit sind wir noch nicht, daß jeder das Recht hat, Briefe, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, zu veröffentlichen aus rein persönlichem Interesse und nicht im Interesse der Partei.

**Sind wir denn so weit gekommen, daß Genossen, die nicht auf dem radikalen Flügel stehen, aber doch das Beste der Partei wollen, als minderwertig angesehen werden?**

In einer so großen Partei werden immer verschiedene Strömungen vorhanden sein. Muß denn jede Meinungsverschiedenheit immer auf die beiden Richtungen zugespielt werden? Ich gehe nicht so weit, zu sagen, daß die besonderen Zusammenkünfte der Linken zum Auseinanderreißen der Partei führen. Aber ich sage, diese Konventikel sind

**eine Gefahr für die Demokratie in der Partei.**

Es gehört doch zur Demokratie, daß niemand im voraus auf einen Beschluß gebunden wird, sondern sich durch die Verhandlung sein eigenes Urteil bilden kann. Den Berliner und Brandenburger Delegierten bin ich sehr dankbar, daß sie zu einer demokratischen Auffassung zurückgekehrt sind. — Wir lassen uns durch alle die Kleinlichen Dinge, die vorgekommen sind, nicht die Liebe und den Eifer für die Partei verderben. Es ist doch eigentümlich, daß einige Redner unzufrieden darüber sind, daß der Parteitag ganz unter dem Einbruch der Wahlen gestanden hat. Ich sage, das ist doch sehr wichtig; denn uns drohen schwere Gefahren auf politischem Gebiet. Eine Erstarrung der Linken im Reichstage ist für uns immer günstiger wie eine Erstarrung der Rechten. Wenn ein so alter Parlamentarier und erfahrener Taktiker wie Genosse Bebel für unsere Stichwahlunterstützung der Linken eintritt, dann können wir wohl annehmen, daß das die richtige Taktik ist. Das ist ja auch die Ansicht des Parteitages. Daß diese Taktik für alle Zeit gelten soll, glaube ich nicht. Was der Parteitag beschlossen hat, wird zum Nutzen der Arbeiterbewegung sein.

**F r i e d l a n d e r** sagte in seinem

**Schlusssatz**

unter anderem: Ich habe nicht von Genossen Weinberg erwartet, daß er beim Vorstand des Wahlvereins oder beim Aktionsausschuß die Veranstaltung einer Marokko- demonstration beantragen würde. Aber vom Genossen Ledebour hätte ich verlangt, daß, wenn er eine Aktion für so notwendig hielt, er sich an den Vorstand des 6. Wahlkreises gewandt hätte, was er doch sonst immer tut, wenn er den Drang fühlt, etwas zu veranlassen.

**Weinberg** sagte hierauf in einer persönlichen Bemerkung:

**Genosse Wels** hat mir mitgeteilt, woraus er seine Ansicht, daß

**Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den**

ein Abmarsch des Parteivorstandes beabsichtigt war, herleitete. Ich gebe zu, daß Wels glauben konnte, es seien gewisse Anhaltspunkte für seine Ansicht vorhanden. Ich selbst halte diese Anhaltspunkte aber nicht für ausreichend, um von einer beabsichtigten Abmarschung zu reden.

**Wels (persönlich)**: Die Ausführungen, auf die sich meine Ansicht stützt, sind gemacht worden in einer Sitzung von 120 Angehörigen des linken Flügels, als es sich um Stellungnahme zu der Besetzung des Vorstandes handelte.

Auf einen Zwischenruf aus der Versammlung: **Wer hat solche Ausführungen gemacht?** antwortete Wels: **L e d e b o u r.**

**Schüler Wahlkreis.**

Die Generalversammlung tagte in den Germania-Festsälen in der Chausseestraße. Wie alljährlich, so brachten auch diesmal die Genossen den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages großes Interesse entgegen. Das zeigte insbesondere der Besuch der Versammlung. War doch der geräumige Saal mit seiner Galerie dicht besetzt. Selbst die Bühne mußte einen Teil der Versammlungsbesucher aufnehmen.

In die

**Berichterstattung vom Parteitage**

teilten sich die Genossen **Hinze** und **Müller**. Wie **Hinze** berichtete, zeigte sich der Auffassung, den die Partei im Laufe des letzten Jahres genommen hat, schon in dem Besuch des Parteitages. Waren doch außer dem Parteivorstand, der Reichstagsfraktion und den zahlreichen Gästen 405 Delegierte erschienen. Es ist das die höchste Zahl, die bisher ein Parteitag aufzuweisen hatte. Erst habe man geglaubt, daß der bisherige Parteitag ein solcher zur Vorbereitung der Reichstagswahlen sein werde, aber durch seine Stellungnahme zum Imperialismus sei er zu einem der bedeutendsten Parteitage geworden. Die Einmütigkeit bei den Entscheidungen in der Marokkofrage, der herrschenden Lebensmittelsteuerung und der Stellungnahme zu den bevorstehenden Reichstagswahlen lasse die Meinungsverschiedenheiten, wie sie in der Debatte zum Vorstandsbericht zutage traten, verschwinden. Daß

**die Berliner Delegation nicht mit der Tätigkeit des Parteivorstandes zufrieden**

war, habe sie dadurch zu erkennen gegeben, daß sie gemeinsam mit **Quark** und **Ku** einen Antrag auf Anstellung zweier weiterer Sekretäre einbrachte und für eine Reorganisation der Parteileitung eingetreten ist. Es sei nur erfreulich, daß familiäre gegen den Parteivorstand gerichtete Anträge zurückgezogen wurden. Auch sonst war man in der Beurteilung des Parteivorstandes nicht allzu hart; das zeigte insbesondere das Stimmenverhältnis bei der Neuwahl des Parteivorstandes; sind doch die alten Vorstandsmitglieder mit erheblichen Stimmenmehrheiten wiedergewählt worden. Mit der in der Resolution festgelegten Stichwahlparole (Zuruf: Sehr bescheiden!) sei die Berliner Delegation, insbesondere die vom 6. Kreise, eigentlich nicht so recht zufrieden gewesen, weil gerade die Berliner Genossen

**mit den Liberalen zu schlechte Erfahrungen**

gemacht haben, so daß es ihnen schwer fällt, dafür einzutreten, in der Stichwahl einen Liberalen noch herauszubauen. Strikte Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen den Kandidaten bürgerlicher Parteien wäre ihnen lieber gewesen.

**Müller** geht zunächst auf die Verhandlungen über den Bericht der Reichstagsfraktion des näheren ein, bei denen auch der von einigen Genossen aus dem 6. Kreise gestellte Antrag betreffend die Impffrage, der nicht die nötige Unterstützung auf dem Parteitage fand, doch mit berührt wurde. Eigentlich sei die Impffrage keine Parteisache. Streiten sich doch noch die Gelehrten über die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit des Impfens. Nur gegen den Impfwang, nicht aber gegen das Impfen an sich würde der Parteitag Stellung nehmen können. Dies sei aber auch schon durch unsere Reichstagsfraktion geschehen. Mit dem Mandatsstreit in Stuttgart hatte sich der Parteitag ebenfalls zu beschäftigen. Die vom Kreisvorstande angeordnete Wahl müßte für ungültig erklärt und am Ergebnis der ersten Wahl festgehalten werden, weil auch in diesem Falle ein alter grundsätzlicher Standpunkt nicht verlassen werden konnte. Der Parteitag beauftragte dann noch den Parteivorstand, schlichtend in dem Stuttgarter Streit zu wirken. In- dessen dürfte die Hoffnung auf Beilegung des Konflikts durch die neuerlichen Maßnahmen des württembergischen Landesvorstandes, der damit tödend in die Verhandlungen eingriff, in absehbarer Zeit wohl Äußerlich erfüllt werden. Bei der Reisefrage ist insbesondere der durch einen Beschluß behandelte Willensausbruch des Parteitages gegenüber den Genossen zu begrüßen, die sich weigern, den entsprechenden Tagesverdienst an den Reisenden abzuführen. Wenn Genossen sich nicht trauen, auf den Verdienst für einen Tag nur zu verzichten, dann können wir auch auf solche Mitglieder verzichten. (Beifallsrufe: Sehr richtig!) Zu erwähnen sei dann noch

**der Berliner Antrag betreffend die Neberneutralität der Genossenschaften,**

der vom Genossen **Göhre** sehr gut begründet, dann aber zurückgezogen wurde, weil ein Teil der Berliner Delegierten mit der Form des Antrages nicht einverstanden gewesen sein soll. — Die Beratung gegen die Entscheidungen der Organisationsinstanzen in dem vom 6. Kreise betriebenen Ausschlussverfahren gegen den **Genossen Hoppe** hatte insofern nicht den gewünschten Erfolg, als der Parteitag den Vorständen beirrat und dem Genossen Hoppe eine allerschärfste Rüge erteilte, anstatt ihn auszuschließen. Die Ab- standnahme vom Ausschluß wurde mit dem hohen Alter Hoppes gerechtfertigt. Im ganzen genommen habe der Parteitag aber ein wertvolles Stück Arbeit geleistet und die Hoffnungen, die die Gesamt- partei auf ihn gesetzt hat, auch erfüllt.

Zm Anschließ hieran erstattet den

**Bericht von der Frauenkonferenz**

die **Genossin Matschke**. Es sei die erste Frauenkonferenz nach dem Anschluß an die Gesamt- partei gewesen. Wenn auch die Genossinnen ein Stück Bewegungsfreiheit aufgegeben haben, so haben sie doch andererseits wieder viel gewonnen, denn ihre Beschlüsse und ihre Anregungen werden nunmehr von dem Willen der Gesamt- partei getragen und gewinnen somit an Bedeutung und Wirkung. Auch die Werbestraft habe sich gesteigert. Mit 29 000 Mitgliedern sei die Frauenorganisation zur Gesamt- partei gekommen, und jetzt nach einem Jahre haben wir 108 000 weibliche Mitglieder mehrern können. Wäre der Nürnberger Beschluß, wonach die Genossen verpflichtet seien, ihre Frauen und Töchter für die Partei zu gewinnen, besser beachtet worden, so würde ein noch größerer Zuwachs zu verzeichnen gewesen sein. Die guten Erfolge, die mit dem ersten Frauentage gemacht worden sind, zeitigten den Entschluß, im nächsten Jahre einen zweiten Frauentag zu veranstalten. Beachtenswerte Anregungen haben die Genossinnen bekommen durch den Austausch der Meinungen und Erfahrungen über die Tätigkeit der Kinderschuttkommissionen und das erfolgreiche Wirken der Lesabendere. Ein Antrag der Frauenkonferenz, bei dem Wieder- zusammentritt des Reichstages Protestversammlungen gegen die herrschende Lebensmittelsteuerung zu veranstalten, wurde vom Par- teitage angenommen, und wie der „Vorwärts“ bereits mitteilte, werden dieselben am 17. Oktober stattfinden. So habe die Frauen- konferenz vorzügliches geleistet. Sie habe nicht nur neue An- regungen gegeben, sondern den Frauen auch gezeigt, daß sie zu uns kommen müssen, wenn sie das volle Bürgerrecht in Staat und Gemeinde erringen wollen. Die Frau muß sich den Platz erobern, der ihr gebührt!

In der

**Diskussion**

über die Berichte nahm zunächst das Wort der **Genosse Leid**. Sein Eindruck, den er von der Jenaer Tagung erhalten hat, ist, daß sie erfreuliche und leider auch unerfreuliche Momente zeitigt hat. Erfreulich ist vor allem, daß es unsern August Bebel ver- gönnt war, zwei so große und einflussvolle Referate zu halten, in denen so recht zum Ausdruck kam, was die große Masse der Bevölkerung denkt. Bei der Stellungnahme zu den Reichstags- Inseratenteil veranw.; Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Wahlen wäre eine ausführlichere Behandlung dieser oder jener Frage wünschenswert gewesen, und manches Wort hätte schärfer ausgesprochen werden können, als es der Fall war. Auch über die Mittel, die unsrerseits zur Anwendung kommen sollen, wenn es gilt, den Frieden zu erhalten, hätte sich Bebel etwas anders ausdrücken können. Er verheißt es wohl, wenn des gewaltigen Eindrucks wegen, der erzielt werden sollte, von einer Diskussion und Aenderung der Resolution zur Marokkofrage Abstand genommen worden ist, doch hätte er gewünscht, daß das Amendement Luxemburg, welches sich gegen die Kolonialpolitik richtete, an- genommen worden wäre. Auch habe er nicht recht verstanden, wie es zugegangen ist, daß Genosse Göhre die Resolution gegen die sozialistischerische Tendenz der Hamburger Zeitung der So- zialistenbewegung zurückziehen konnte.

**Man werde später solche Resolutionen vom Kreise selbst stellen**

und den Delegierten des Kreises die Entscheidung darüber über- fragen müssen, wann und ob solche Resolutionen zurückzuziehen ist. Von der Debatte über den Geschäftsbericht habe er die Empfin- dung, daß dieselbe in einer Art und Form geführt wurde, wie sie unter Parteigenossen nicht als wünschenswert zu bezeichnen ist. Man kann verschiedener Meinung sein, ob der Vorstand seine Schuldigkeit getan hat. Aber man kann verlangen, daß nicht Parteigenossen in der unerhörtesten Weise beleidigt und herab- gesetzt werden. Sehr verschiedener Meinung kann man auch sein, ob die Veröffentlichung des Briefes des Genossen Rollensbuhr geboten war. Er ist der Ansicht, daß selbst, wenn man der Mei- nung ist, daß der Parteivorstand etwas nachlässig gewesen ist, man nicht immer und zu jeder Zeit solche Sachen an die große Glocke hängen und damit den Gegnern unsere Schwächen zeigen soll. Andererseits ist auch er der Meinung, daß die Kritik nicht unterbunden werden dürfe. Die Debatte auf dem Parteitage habe ihm aber die Meinung aufgeblüht, daß der Parteivorstand in geradezu ungläublicher Weise auf die Kritiker eingegangen hat. Man müsse aber verlangen, daß das in einer Form geschieht, die wirklich der Sache dient. Darüber werde die Versammlung reden müssen. Es handelt sich um unsern Genossen Ledebour, der auf dem Parteitag heftig angegriffen worden ist. Vorwürfe wie „Unverschämtheit“ und er, L., übertrifft an Taktlosigkeit alle Parteigenossen“ sind doch keine sachlichen Argumente mehr. Auch Genosse Bebel hätte solche beleidigenden Äußerungen nicht aus- sprechen sollen. (Zurufe: Bebel ist auch beleidigt worden! Ist denn „Geföhren werden“ keine Beleidigung?) Es handelt sich nicht nur um den Genossen Ledebour, es handelt sich auch um den Abgeordneten unseres Kreises.

**Die gegen ihn gerichteten Angriffe waren persönlich gehässig.**

Und das Sonderbare? Solche Äußerungen sind nur gefallen gegen die Genossen auf der Linken in der Partei, während wir vergebens danach suchen können, daß scharfe Worte nach der rechten Seite hin gefallen wären.

**Man muß schon Revisionist sein, um sich in der Partei alles erlauben zu können.**

Auch die Art und Weise, wie **Wels** auf dem Parteitag mit Ledebour verfahren ist, ist nicht richtig. Er nehme es Wels nicht übel, wenn er seine Ansicht ausdrückt. Aber aus seinen Worten spricht eine maßlose Ueberhebung. Lokaler als Ledebour anlässlich des ihm angetragenen Referats über die Marokkofrage in der Verbandsgeneralversammlung verfahren ist, könne gar nicht verfahren werden. Er glaubt, daß der Wahlkreis die dringende Pflicht hat, gegen diese Art der Kritik entschiedenen Einspruch einzu- legen und öffentlich auszusprechen, daß dies, was vorgekommen, nicht zu billigen ist. Redner empfiehlt die Annahme folgender Resolution:

„Die Generalversammlung des Wahlvereins für den 6. Ber- liner Reichstagswahlkreis hat von den Verhandlungen des Par- teitages in Jena Kenntnis genommen.“

Die Versammlung beauftragt die auf dem Parteitage gegen den Genossen Ledebour, ihren Abgeordneten, gerichteten per- sönlich-gehässigen Angriffe, weil unsachgemäß und die Agitation erschwerend; insbesondere weist sie die von maßloser Ueber- hebung zeugenden Angriffe des Genossen Wels gegen Ledebour auf das entschiedenste zurück.“

**Genosse Mahler** hat in den Berichten ein Stimmungsbild vermittelt. Nach seiner Meinung gibt die jüngste Tagung der Partei zu denken Anlaß. Der Kernpunkt der Verhandlungen waren nicht mehr die kommenden Reichstagswahlen, sondern die Stellung zum Imperialismus. Die Debatten erreichten ihre Höhe beim Vorstandsbericht. Die Stimmung der Delegierten ist durch die Rech- fertigungsschrift des Parteivorstandes beeinflusst worden, und die revisionistische Minderheit habe die Situation geschickt auszunutzen verstanden. Ledebour sei von Bebel am allerheftigsten angegriffen worden. Bebel hätte sich sagen sollen, daß er durch seine Bemerkungen die Genossen und die Partei diskreditiert. Redner be- grüßt den Antrag in der Reisefrage und hofft, daß die An- stellung der Jugendsekretäre recht bald geschieht. Der Antrag zur Genossenschaftsfrage hätte nur mit Einwilligung der Berliner De- legierten zurückgezogen werden dürfen. Im Gegensatz zur Ge- nossen Reichsliste ist er der Meinung, daß die Lesabendere so stark wie möglich besucht werden müssen.

Genosse **Obst** findet es erfreulich, daß der Parteitag in den grundlegenden Fragen Einigkeit geschaffen habe. Es sei dies ein gutes Omen für die Reichstagswahl. Es war vorauszu sehen, daß beim Vorstandsbericht einige Genossen wieder eine Prinzipien- debatte zu entfesseln suchen würden. Die Süddeutschen waren aber nicht dumm genug, darauf hineinzufallen.

**Die Genossin Luxemburg hatte keine Veranlassung, das Marokko- flugblatt in der Weise zu kritisieren, wie sie es gemacht hat.**

Ihre Erklärung im „Vorwärts“ war eine, wie er sie hilfloser noch nicht gesehen hat. Redner ist nicht der Meinung, daß hier Ledebour herausgerissen werden müsse. Es war eine Taktlosigkeit von ihm, Bebel vorzuwerfen, er habe sich schiefen lassen. Die Ent- scheidung des Parteitages in der Angelegenheit Hoppe gefällt Redner nicht; er kann nicht verstehen, daß der Genosse noch in der Orga- nisation gebildet wird.

(Schluß in der 2. Beilage.)

**Gerichts- Zeitung.**

**Gefängnis- Einsätze.**

Von der sogenannten **Gefängnis- Einsätze** ist der Kaufmann **Friedrich Wegener** befallen worden, der gestern unter der Anklage des fortgeführten Betruges sich vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I verantworten sollte. Wegener soll als Darlehns- vermittler zahlreiche Personen in der satifam bekannten Weise geschädigt haben. Er bot sich seit mehreren Jahren in den ver- schiedensten Zeitungen als Darlehnsvermittler an und hat zahl- reiche Kunden aus den ärmeren Bevölkerungsklassen gefunden. Das Geschäftsprinzip des Angeklagten bestand im wesentlichen darin, daß er den Darlehnsuchern Geld für angebliche Auskünfte abnahm und ihnen dann Geld nicht verschaffte. Er wurde am 17. Dezember v. J. in Untersuchungshaft genommen und sitzt mit- hin über neun Monate in Haft. Diese lange Dauer erklärt sich dadurch, daß umfangreiche Vernehmungen der geschädigten Per- sonen stattfinden mußten. Vorübergehend hat der Angeklagte auch Aufenthalt in der Charité nehmen müssen, wo er auf die Dauer von sechs Wochen auf seinen Geisteszustand untersucht wurde.

Zum gestrigen Termin waren zirka 90 Zeugen geladen worden, zu deren Vernehmung es jedoch nicht kam. Der als Gutachter vor- geladene Professor **Dr. Koepfen** befandete, daß der Angeklagte zur- zeit verhandlungsunfähig sei und an der Gefängnis- Einsätze leide, die bei längerer Haftdauer die Gefahr in sich birgt, daß sich daraus eine schwere Geisteskrankheit entwickeln könne. Unter diesen Um- ständen sei der Aufenthalt im Gefängnis mit Lebensgefahr für den Angeklagten verbunden. Das Gericht beschloß auf Antrag der Verteidigung, die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen und den Angeklagten ohne Kaution aus der Haft zu entlassen.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



# Die Berliner Genossen und der Parteitag.

Schüler Wahlkreis. (Schluß aus der 1. Beilage.)

Genosse John findet im Gegensatz zu Obi in der Erklärung der Genossin Luxemburg im „Vorwärts“ keine Blamage für sie. Man kann sehr wohl persönliche Gründe haben, zu schweigen in einer Sache, in der man sonst sprechen würde. Auch er hätte gewünscht, daß die Genossen, die unsere Meinung zu vertreten haben, sich nicht so gegenseitig herunterziehen. Man hätte gut getan, die Kampfhähne vorher in vertraulicher Aussprache gegenüberzustellen, damit sich die Meinungen klären und sie sich auf dem Parteitage auf die Abgabe kurzer Erklärungen beschränken konnten. Damit wäre der Richtung in der Partei, die wir hier in Berlin vertreten, viel mehr gebient worden. Zu dem Beschluß über den Parteitag bemerkt er, daß auf die Genossen, die es nicht mal über sich bringen, einen Tagesverdienst zu opfern, keine Rücksicht genommen werden dürfte, denn was können wir mit denen im Kampfe anfangen, wo es weit bedeutendere Opfer zu bringen gilt. Solche unsicheren Kantonsisten entfernt man lieber aus der Partei. Zu dem Referat von Bebel über die Marokkofrage hätte er nur den einen Wunsch, daß Bebel die Frage des Waffenstreiks nicht so erbärmlich totgeschlagen hätte. Es habe keine äußere Veranlassung dazu vorgelegen, unseren Gegnern zu sagen, an den Massenstreik denken wir nicht. Vom gegenwärtigen Delegiertenkongress müssen wir abgehen, damit solche Wirrnisse, wie sie diesmal unter den linksstehenden Genossen auf dem Parteitag zutage traten, in Zukunft vermieden werden. Unter den Berliner Delegierten befand sich nur ein einziger, der auch auf dem vorigen Parteitag war. Es war bisher üblich, daß Genossen, die sich im Dienste der Partei außerordentlich bewährt haben, zum Dank, zur Belohnung für ihre Dienste nach dem Parteitag entsandt wurden. Infolge der großen Zahl der verdienten Genossen wechselte alljährlich die Delegation. Dadurch kommt es, daß immer neue Genossen nach dem Parteitag gehen, die mit den Dingen weniger vertraut sind und nicht hinter die Kulissen sehen können. Es sollte aber nicht die Parteitagdelegation als eine Art Belohnung gebraucht, sondern zur Vertretung unserer Interessen benutzt werden. Deshalb sollte man alle, bewährte, mit den Dingen vertraute Genossen, die alle Finessen der Geschäftsordnung zu handhaben wissen, nicht immer abfügen, sondern sie immer wiederauswählen, wie es in Süddeutschland geschieht. Es ist deshalb auch kein Wunder, wenn unsere Delegierten uns sagen müssen, sie wissen nicht, wie es gekommen ist, daß Göhre den Berliner Antrag zurückgezogen hat.

## Das zeugt von einer mangelhaften Organisation und dem fehlenden Zusammenhang in der Berliner Delegation.

Das hat auch dazu geführt, daß Konflikte ausgetragen wurden von der Linken zum Centrum der Rechten. Betrachten wir in Zukunft die Delegation nicht als eine Art Belohnung für Parteitätigkeit, sondern als Interessensvertretung, dann wird die Linke der Partei besser fahren als es diesmal der Fall war.

Genosse Schulze ist erfreut über die Haltung Bebel's. Er habe Gegenstände festgestellt. Redner wendet sich gegen die Resolution Leid, die nach seiner Ansicht nur unnütze Schärpen, die wir vermeiden müßten, schaffe. Ledebour habe unnütze Schärpen in die Debatte hineingetragen. Bebel habe er den ärgsten Vorwurf gemacht, und er, Redner, freue sich, daß ihn Bebel so scharf zurückgewiesen hat. Hinsichtlich der Kaiserfeier sei er der entgegengesetzten Ansicht als die große Mehrheit der Parteigenossen. Der Parteitag hätte mit der Kaiserfeier aufzuräumen sollen.

Genosse Krause hat gefunden, daß in der Partei ein Personalstaus getrieben wird. Der Respekt vor Bebel's Alter habe zur Ablehnung aller Amendements der Marokkoresolution geführt. Es wäre aber an der Zeit, daß wir nun nicht mehr die herrschenden Klassen mit Papierresolutionen bekämpfen. Die Parteileitung müsse bestimmte Direktiven geben, was wir im Falle einer Mobilisierung zu tun haben.

Genosse Chalinski billigt nicht die abfällige Kritik Hinkel's über die Stichwahlstatistik. Die Resolution Leid sei unstatistisch. Mit ihrer Annahme wird nach seiner Meinung unnötigerweise gegen den Parteivorstand protestiert.

Genosse Rosenfeld weist die Vorwürfe, daß auf eine Prinzipienfrage hingearbeitet worden sei, zurück. Der Vorstand habe sich eines Unterlassungsdelikts schuldig gemacht.

Die Besonntgabe des Briefes Mollenhuth's war durchaus notwendig.

Wahrscheinlich würden wir die große Protestaktion überhaupt nicht bekommen haben, wenn nicht die Genossin Luxemburg den

Brief veröffentlicht hätte. Sie hat sich damit ein Verdienst um die Partei erworben. Kurz darauf habe der Parteivorstand erst den Mund aufgemacht. Es ist ungerecht, der Genossin Luxemburg deshalb Vorwürfe zu machen;

man sollte ihr den Dank der Partei aussprechen.

Die Sache ist auf dem Parteitag nicht in der Weise zur Diskussion gekommen, wie gewünscht wurde. Der Parteivorstand habe sich nicht erst angegriffen lassen, sondern hat gleich selber angegriffen. Seine Broschüre wimmelte von Beleidigungen. Mit ihr hat der Vorstand die Diskussion in Jena eingeleitet, und sie auf ein ganz anderes Gleis geschoben, indem er einen Fall Luxemburg schuf. Dem Genossen Ledebour ist nicht zu verübeln, daß er sich zur Wehr gesetzt hat. Die Resolution Leid muß angenommen werden.

Das ist das mindeste, was unser Abgeordneter von uns verlangen kann.

Auch nach dem Parteitage werden die Kritiker des Vorstandes noch angegriffen. So überschreibt die „Frankfurter Volksstimme“ einen ihrer Artikel über den Parteitag: „Die Anarchosyndikalisten an der Arbeit.“ Der Vorwurf des Anarchosyndikalismus entbehrt jeder Begründung. Jetzt habe man für diese Genossen noch eine neue Bezeichnung gefunden. Man nennt sie die Neuradikalen. Wenn aber auch Ledebour als Neuradikaler angesprochen wird, so hoffe er doch, daß die Resolution Leid angenommen wird. Mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Parteitages können wir durchaus zufrieden sein. Der Angriff des Genossen Logien gegen Saale, war die beste Gewähr dafür, daß wir den richtigen Mann für den Parteivorstand vorgeschlagen haben. Er habe nun die Überzeugung, daß solche Fehler, wie sie bei der Marokkoresolution und dem Geheimrat gemacht worden sind, nicht mehr vorkommen werden, und wir freuen uns, daß wir in den Wahlkampf ziehen mit einem Parteivorstand, zu dem wir das größte Vertrauen haben können.

Genosse Ledebour hätte sich am liebsten an der Debatte nicht beteiligt. Da aber von zwei Rednern hier gegen ihn Vorwürfe erhoben worden sind, so will er doch einiges sagen. Gegen die auf dem Parteitag gegen ihn gerichteten verunglimpfenden Ausdrücke hält er kein Wort der Abwehr für nötig. Wer sich aber ausdrücklich darüber freut, zeigt, daß er mit Entgehnungen nicht zu überzeugen ist. Er wolle mit jener Äußerung nur zum Ausdruck bringen, daß sich die wirklich schuldigen Vorstandsmitglieder, die nicht das Wort ergriffen haben, hinter Bebel versteckt haben. Ihm, Redner selbst, passiere es, daß er vorgeschoben wird und alle Leute mit Temperament lassen sich sehr leicht vordrängen. Ja, es gibt sogar Umstände, wo man sich vordrängen lassen muß und es die Pflicht der anderen Genossen ist, jemanden vorzuschieben. Bebel war an der Sache gar nicht beteiligt. Der Vorstand hätte ihn deshalb auch nicht zu der Sache, von der Bebel auch gar nicht genau informiert war, reden lassen sollen. Er (Ledebour) sei aber in verschiedenen Punkten besser informiert gewesen, weil er im Auftrage des Parteivorstandes an der Friedensdemonstration in Paris teilgenommen und die deutsche Partei vertreten hat. Er sagte sich deshalb,

er müsse reden, um nicht den berechtigten Vorwurf der Feigheit zu erhalten.

Auch der Rückbrief der Generalkommission war eins der unglücklichsten Ereignisse. Er enthielt nicht nur eine Kugel des schlechten Tons, sondern er vertrat sich auch die an sich jauchende Kritik der „Eigener Arbeiterzeitung“, weil sie eine abfällige war. Das war ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Presse. Da muß man wieder von den damals in dieser Angelegenheit amtierenden Parteivorstandsmitgliedern sagen, daß sie nicht genug Parteigeist hatten, um die Zumutung der Generalkommission zurückzuweisen. Die Vorstandsmitglieder gaben sich zu Handlangern der Generalkommission her. Sie hatten kein Gefühl für die Ehre der Partei. Das sind doch Beweise genug.

daß der Parteivorstand in zwei großen außerordentlich wichtigen Fragen versagt hat.

Jetzt erst hat endlich in Zürich die Konferenz des Internationalen Bureau's stattgefunden. Bebel habe ihn nur nicht verstanden. Er, Redner, ist der Überzeugung, daß er mit seiner Kritik der Partei gedient habe und daß ihm jeder prüfende Genosse Recht geben wird, wenn nicht jetzt, so doch später.

Auf Antrag Weimann wurde Vertagung beschlossen.

## Nixdorf.

Der Bericht über den Parteitag in Jena beschäftigte am Dienstagabend die sehr gut besuchte Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Genosse Schulz referierte

und v. Wilow, bezw. des Grafen Brichowetz genannt. Die „Erfolge“ der Wünschelrutennäher sind entweder in Gegenden erzielt, in denen, wie im norddeutschen Flachlande, von einer gewissen Tiefe ab immer Wasser zu finden ist; oder sie bestehen nur in der Einbildung der Herren. So hat Herr v. Wilow, der von der Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes nach Deutsch-Südwestafrika geschickt wurde, dort etwa 800 Bohrpunkte bestimmt; davon sind 200, die am ehesten Erfolg versprachen, abgebohrt worden. Von diesen 200 liegen erst die Ergebnisse von 55 Bohrtungen vor, von denen angeblich noch den „Windhuler Rodrchten“ nur 28 Proz. erfolglos geblieben sind. Eine genaue Prüfung aber ergab in nur etwa der Hälfte der Fälle eine tatsächliche Entdeckung, jedoch fast ausschließlich in Gebieten, in denen schon Wasser vorhanden war; nur eine einzige Wilow'sche Bohrung hat eine wirklich neue Wasserstelle in einer bis dahin wasserlosen Gegend erbracht — bei Schalkstuppe — und auch diese war vor der „Entdeckung“ durch Wilow von dem Gouvernementsgeologen bereits als aussichtslos für Bohrversuche bezeichnet worden. Zudem stimmten Wilow's Tiefenangaben niemals, selbst nicht bei den erfolgreichsten Bohrtungen. Diese Wünschelrutengänger nebst den Bohrtungen aber kostet den Reichsfiskus wieder einige Hunderttausende. Leider kann man Quellen nicht zu Experimenten verstellen, sonst würden sie von den Rutengängern ebenso schwer aufgefunden wie versteinerte Goldstücke, Edelsteine usw., die auf sie ja auch eine möglich anziehende Kraft ausüben sollen. In solchen Fällen wenigstens hat man die Herren schon auf Glattes geführt; zum Beispiel konnte Landrat v. Wilow in dem Lüderichbäcker Rasino ein versteinertes Goldstück, noch Herr v. Wilow in der Berliner Bergakademie den Platz eines Transvaaler Goldklumpens richtig angeben. Am ekelhaftesten würden sich die Rutengänger selbst schlagen, wenn man sie einfach mit verbundenen Augen ihre Kunst ausüben lassen würde; wo man das probierte, zeigten sich sowohl Widersprüche zwischen verschiedenen Gängern als auch zwischen den Angaben des einzelnen. Trotzdem finden sich leider noch zu viele Leichgläubige, die auf den alten Aberglauben hereinfallen, so daß die „Quellenfinder“, die bezeichnenderweise nie Naturwissenschaftler, sondern vielfach Juristen sind, immer hochtrabend und überhebend gegenüber den Fachleuten werden. So behauptet Enders in seinem überallhin verstandenen Prospekt, er wäre in der Lage, mit positiver Gewissheit unterirdische Wasseradern zu bestimmen, und zwar in welcher Tiefe und von welcher Seite sie kommen oder wohin sie gehen. Und in einem Brief an die Geologische Landesanstalt schreibt Prinz Carolath: „Im übrigen dürfte sich die hohe Bergakademie doch endlich überzeugen, daß wir Leute mit der Wünschelrute doch mehr Erfolge im Quellensuchen erzielen haben als die Herren Geologen.“ Es ist charakteristisch, daß besonders in dem bigotten Preußen, daneben auch in Bayern und Württemberg sich der Unflug der Rutengänger am meisten bemerkbar macht, während sonst, z. B. in Hessen und Sachsen, weniger davon zu spüren ist. og.

und führte etwa folgendes aus: Der Parteitag fand bei seinem Zusammentritt eine gespannte Situation in der Partei vor. Der Marokkorummel, das Kautskische Flugblatt und das Zirkular an die Parteipresse in Sachen des Berliner Buchdruckmaschinenmeisterstreiks hatten in der Parteipresse, insbesondere der „Leipziger Volkszeitung“, heftige Vorwürfe gegen den Parteivorstand geleistet. Der geschäftliche Teil des Berichts des letzteren zeigte ausgezeichnete Fortschritte der Partei; er führte zu keinen Ausstellungen. Aber die erwähnten Streitpunkte führten zu heftigen Debatten.

## Die Angriffe bezüglich der Marokkofrage und des Flugblatts waren jedoch unbedeutend.

Ob im ersteren Punkte zu spät gehandelt wurde, ist strittig; jedenfalls kam die Aktion der Partei noch zurecht und ist deshalb auch nichts veräußert worden. Die Angriffe gegen das Kautsky-Flugblatt, die dessen Verfasser in persönlich verletzender Weise geradezu als Hochverräter hinstellten, verpufften mit Recht vollständig. Anders lag die Sache bei dem Pressezirkular über den Buchdruckerstreik. Gewiß war das Eingreifen des Vorstandes berechtigt; denn obwohl der Parteipresse ein Eingreifen in solchen Fällen nicht bestritten werden kann, so liegen doch einige Organe dabei das notwendige Verantwortlichkeitsgefühl vermissen. Andererseits muß aber auch verlangt werden, daß der Parteivorstand gegen die ungebührlichen Angriffe etlicher Gewerkschaftszeitungen das nötige unternehme. Bedauerlich war, daß die Differenzen über diese Punkte wieder einmal zu einem Kampf zwischen Revisionisten und Rabikten geseimpelt wurden, wobei man den Parteivorstand kurzerhand zu den ersten warf. Diesen Unflug kennzeichnete ein Berliner Delegierter in der Landmannschaft-Sitzung treffend dadurch, daß er erklärte:

80-90 Proz. der Genossen sind einfach Sozialdemokraten und fragen nicht nach der Richtung.

Wenn den Berlinern, welche in Jena die „Mitte“ bildeten, das Schimpfwort vom „Berliner Sumpf“ zugeworfen wurde, so werden wir das zu tragen wissen und uns nicht darin beirren lassen, stets objektiv die Gründe zu prüfen, gleichviel, ob sie von rechts oder links kommen. Das „Fähnlein der sieben Aufrechten“ wählte in Jena schließlich den besseren Teil der Topferzeit und zog die Rühfalkens-Resolution gegen den Parteivorstand zurück. Die Anträge zur Jugendbewegung wurden der Zentralstelle zugewiesen und es ist zu wünschen, daß in diesem Punkte endlich intensiver gearbeitet wird, auch in Nixdorf. Die angenommene Resolution Süd-e u m über die Lebensmittelerzeugung wird im Reichstag vertreten werden, aber sicher nicht die Hauptsache, die Aufhebung der Jölle, zeitigten. Wenn die Junkerregierung wirklich Konzeptionen machen sollte, so nur zum Zwecke des Stimmensangs bei den bevorstehenden Wahlen. Eine unliebsame Sache sind die Differenzen in Stuttgart. Die Mehrheit der dortigen Genossen hat sich mit Recht dagegen gewehrt, daß Stuttgart auf der Landesversammlung die Mehrheit der Delegierten stellt, obwohl es die Mehrheit der württembergischen Genossen repräsentiert. Nichtsdestoweniger war die zweite Delegiertenwahl, welche der Stuttgarter Kreisvorstand ausschrieb, zu lasten, da ein solches Recht nur dem Parteitag zugeht. Glanzpunkte des Parteitages waren die Referate Bebel's. Seine Marokkorede war ausgezeichnet und ist den Genossen deren Vektüre nur dringend zu empfehlen. Die Ablehnung aller Änderungen der Resolution war durchaus richtig und mit Rücksicht auf eine geschlossene Frontstellung der Partei eine Selbstverständlichkeit. Viel Kritik gefunden hat die Reichstagswahlresolution Bebel's wegen der Empfehlung liberaler Kandidaten bei Stichwahlen. Gewiß ist die Unzuverlässigkeit der Liberalen ein berechtigter Einwand; aber die Resolution zwingt sie, Farbe zu bekennen, ob sie an der Sprengung des Blocks der Mitte und der Linken ernstlich mitarbeiten wollen. Anderenfalls sie ihnen die Verantwortung zu, wenn die blau-schwarzen Kulturfeinde liegen. Als Ganzes genommen, hat der Parteitag in Jena wie selten einer die Selbstzerfleischung der Partei zurückgewiesen und die unerklärliche Geschlossenheit derselben demonstriert. Der Unermarsch der Sozialdemokratie zum Wahlkampf ist glänzend gerechtfertigt worden. Mit einem temperamentvollen Appell an die Genossen im Lande, den Jenaer Beschlüssen nachzueifern, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall.

## In der

## Diskussion

sprach zuerst Klüh: Die Haltung des Parteivorstandes war außerordentlich lahm. Rosa Luxemburg und Ledebour ist es zu danken, wenn überhaupt zum Marokkorummel noch etwas geschah. Das hat der Parteitag auch anerkannt, indem er sicher mit Absicht energische Mobilisierungen in den Parteivorstand wählte. Der Angriff von Bel's gegen Ledebour, der einer unserer bestbegabtesten Politiker ist, war beschämend. Eine Bevorzugung der

## Humor und Satire.

### Guter Rat.

Wo der Jar haust und in Spanien, überall geht's wieder los; selbst der Aetna in Catania rebelliert durch manchen Stoß.

Englands Bahnen bleiben stehen, der Verkehr kommt nicht in Schwung; Frankreichs Volk will nicht mehr sehen Lebensmittelerzeugung.

Und in Oesterreichs Hauptstadt Gassen wie im frommen Belgierland demonstriert in großen Massen der bedrückte vierte Stand.

Portugal, das kleine Ländchen, ach, es ist ein wahrer Graus, nahm gar Manuel sein Stand—hen, warf ihn ohnedreien hinaus.

Ah, wie mag das Bloß noch werden? senft darob manch Potentat, schon ist's nicht mehr hier auf Erden, das Regieren ist 'ne Plage.

Diesen Leuten ist zu raten: Pacht euch auf nach Afrika, wo euch Kamibelen braten kundig hart mit Paprika.

## Gänse!

## Notizen.

— Der beschnäffelte Schlafrod. In Wades Schauspiel „Josephine“, das gegenwärtig im „Neuen Schauspielhaus“ gegeben wird, trägt Fräulein Wäst einen modischen, aber sehr dezent wirkenden Morgenrod. Wer die Künstlerin kennt, weiß ihre vornehme Art zu wertschätzen. Nicht so der Herr v. Adinghausen gen. Wolf, Polizeipräsident von Schönberg. Er hat, wie uns berichtet wird, gestern an die Künstlerin ein Brieflein gerichtet: des Inhalts, sie möge doch den Schlafrod ändern lassen, weil er ihm, dem Herrn Präsidenten, doch zu „indezent“ erschiene. Da steht man's wieder: Herr von Jagow macht Schule. Und was für eine!

— Feliz von Weingartner hat nunmehr den König von Preußen auf Auffassung von 9000 R. Konventionaltrole wegen Kontraktbruchs, die ihn seinerzeit abgezogen wurden, verklagt. Nun wird man ja wohl sehen, wo er verurteilt wird: ob die Kron- als Eigentümerin der Hoftheater auf Herausgabe, oder — ob, was geblecht wurde, geblecht bleiben soll.

# Der Wünschelruten-Anflug in Preußen

scheint immer noch nicht nachzulassen, eher sogar zuzunehmen, so daß die Direktoren der deutschen Geologischen Landesanstalten erneut genötigt waren, offiziell dagegen Front zu machen — zumal, dem Beispiel sehr hoher Gesellschaften folgend, die preussischen Behörden ganz offen diese Charlatanerie protegierten. Wir leben ja anstehend wieder in einer Periode der Kurzsichtigkeit, Gesundheits- und Spiritisten. In dieser Klasse von Leuten gehören auch die Herren v. Wilow, v. Wilow und Konsorten, die es geschickt verstehen, sich mit einem geheimnisvollen, schamanenhaften Nimbus zu umgeben. Es gibt, wie der Landesgeologe Dr. Wolff in einer Verammlung näher ausführte, in Preußen Gegenden, in denen man kaum noch einen Brunnen ohne dieses Orakel bohrt. Nicht bloß Private, sondern auch städtische Behörden, Gemeindevorstände und leider sogar städtische Behörden suchen ganz allgemein statt bei Hydrologen und Geologen bei den Rutengängern Rat. Ja, es haben sich sogar Bestrebungen gezeigt, am Hamburgischen Kolonialinstitut Herrn v. Wilow mit seiner Kunst zur Geltung zu bringen! Im Sommer 1910 sind die Hörer dieses Institutes zu einer Exkursion eingeladen worden, auf der ihnen der Schlackhofdirektor Neumann und der Landrat v. Wilow das Wasserzeichen mit der Wünschelrute vorgeführt haben. In Schleswig-Holstein ist Wilow von der Igl. Eisenbahndirektion ebenso zu Rate gezogen worden wie der verstorbenen Wilow-Dothkamp von den dortigen Forst- und Wasserbehörden. Auch andere Rutengänger, zum Beispiel der mit seinen Uidesloer Ritterfolgen durch Professor Friedrich so gründlich abgefertigte Herr Kubber aus Schleswig, erhielten amtliche Aufträge. Das ist in einer Provinz, in der die Wilow, Wilow und Franzus Bewunderung gestiftet haben, freilich nicht zu verwundern. Die Eisenbahnbehörden konsultieren überhaupt recht viel die Wünschelrute, z. B. berief die Direktion Berlin Herrn Enders für Aemtern. Am weitesten hat es die Eisenbahnbetriebsinspektion Anstergub gebracht, die sich von — Fräulein Elisabeth Paulat, Klemmermeisterstochter aus Chätuhnen, Bohrpunkte auf den Bahnhöfen Rottlitz und Wehlau angeben ließ und dafür je 75 Mark entrichtete. Für die Fortbewahrung wünscht sie in Ostpreußen der Förster Klein aus Litz. Der Schaden, den die Rutengänger anrichten, besteht nicht allein in einer Diskreditierung der Wissenschaft, sondern auch in außerordentlich schweren pekuniären Einbußen, die die Kommunen durch die von ihnen veranlaßte, fehlerhafte Bohrungen erleiden; z. B. seien hier die erfolglosen Bohrungen der Stadt Strehlen im harten Grant und die der Provinzialirrenanstalten zu Kietzleben und W. Scherdt nach den Angaben der Rutengänger Enders



Liberale bei Stichwahlen ist völlig unberechtigt; diese haben schon beim Sozialistengesetz im Reichstage Verrat geübt und halten Stichwahlenversprechen so wenig wie die Konservativen.

Nach Baumgarten, der die Beitragsverhöhung als eine Heberzeugung bezeichnet, spricht Böcke. Er bezeichnet das Vorgehen der kleinen Gruppe Kritiker gegen den Parteivorstand als ein

**Literatengeganz der bekannten Art,**

das mal von rechts und mal von links kommt und womit nur die Geschäfte des Reichsverbandes besorgt würden; denn dieser treibt schließlich mit den Reden der Angreifer. Gegen solche Schädigungen müssen sich die die Kleinarbeit verrichtenden Genossen entschließen verweigern. Der Krieg war gar nicht so nahe und das Geschrei der Kriegsheer nicht als ein Bluff, um eine gute Wahlparole zu bekommen. Das Verbot vom Rassenstreik konnte unterbleiben; ein solcher wäre im Kriegsfall ausgeschlossen. Die Resolution gegen die Heberneutralität der Genossenschaften hätte nicht zurückgezogen werden sollen; das beste Mittel, hier den sozialistischen Geist zu fördern, wird aber der allgemeine Eintritt in die Genossenschaften bleiben.

Wer muth bestreitet, daß der Krieg um Marokko so fern gelegen hat. Böcke hat unrecht, wenn er glaubt, ein solcher würde durch die schlechte Finanzlage der beteiligten Staaten hintangehalten. Die Zusammenhänge mit Rosa Luxemburg, Ledebour und anderen waren durch die diesen gegenüber beliebte verdächtigende Art der Polemik veranlaßt. Ledebour hat sicher aus reinen Partisanen gehandelt; ihn, der bei Aktionen im Reichstag immer seinen Mann gestanden, als „politische Kull“ zu bezeichnen, ist ungerecht. Der Parteivorstand ist doch schließlich keine Majestät, die außerhalb der Kritik steht. Kritik ist die treibende Kraft der Demokratie. Der Kampf zwischen Radikalismus und Revisionismus entbrannte infolge der Haltung Ed. Bernstein's; er datiert seit Stuttgart und ist kein Vorzeichen, wie es der Referent hinstellte, sondern liegt im Wesen der Partei begründet. Das Erstreckliche von Jena ist die zum Ausdruck gekommene Geschlossenheit der Partei, die sich trotz aller traurigen Zwischenfälle nicht im Kampf um ihre Ziele wird beirren lassen.

Preuß hat tiefes Mißtrauen gegen die Liberalen. Die Kaiserfeier hält er jetzt, in der Zeit der Hochflut des patriotischen Altimismus, unbedingt für nötig und meint, man solle nicht ewig daran herumrörgeln.

Gegen die Behauptung, daß die Erweiterung des Parteivorstandes eine Niederlage desselben und ein Sieg Ledebours gewesen sei, wendet sich Liepmann. Die Ergänzung durch einen weiteren Beisitzer war bereits vor Jena vom Parteivorstand in Aussicht genommen, wie auch dieser gerade die Vorschläge für die neuen Männer vorbereitet hat. Gegen Ledebour und die anderen mußte einmal Stellung genommen werden, und

**Wels hat ausgesprochen, was vier Fünftel der Berliner Genossen denken.**

Die Parteivorstands-Mitglieder hat man wie Schwachköpfe und Idioten hingestellt und keinen anderen Beweis dafür gesucht, als daß angeblich die Marokkoaktion ein paar Tage zu spät erfolgt ist. Die Einrichtung der Parteiführer, des Pressebureaus, der Parteikorrespondenz durch den Vorstand zählt offenbar nicht. Wenn Wermuth hier eine schöne Rede für Ledebour hält, so muß einmal auch die andere Seite beleuchtet werden. Wir waren so weit gekommen, daß ungeachtet der landmannschaftlichen Versprechungen radikale und revisionistische Nebenparteiabgehaltungen wurden. Derartigen Spaltungsgelüsten mußte entschieden ein Ende gemacht werden; denn an der Einigkeit der Partei und der Genossenschaften durften wir nicht mehr rütteln lassen. Die Wahlresolution trifft das Richtige; wollen die Liberalen nicht derselben entsprechen, so graben sie ihr Grab selbst. Und so kommt es auch mit der demokratischen Vereinigung, wenn sie die Düsseldorf Methode fortführt und gar im Letzow-Beeslow, nach Art der seinerzeitigen Stammtisch-Kandidatur im 5. Berliner Wahlkreis, einen eigenen Kandidaten aufstellt. Sie zeigt dadurch nur, daß sie unser Gegner ist, wie andere auch. In Jena ist mit Recht

die Einmütigkeit und Schlagfertigkeit der Partei Hauptleitmotiv gewesen, und die Berliner haben sich durch ihre Haltung darum verdient gemacht.

Der mann führt aus, daß nicht Ledebour die Partei geschädigt hat, sondern daß die Süddeutschen mit ihren Affären dies reichlich tun.

In seinem

**Schlusswort**

Stelle Scholz fest, daß er nicht daran denkt, die Kritik gegen den Parteivorstand zu unterbinden. Das Recht darauf ist selbstverständlich. Aber anständig und einwandfrei muß die Kritik sein, was nicht immer der Fall war. Ledebour hat sicher aus ehrlicher Heberzeugung geredet. In der Sache hatte Wels diesem gegenüber aber recht, wenn er es verhindert, daß in der Groß-Berliner Verbandversammlung statt eines einmütigen Protestes gegen Erörterungspolitik und Kriegsheerei der Öffentlichkeit kritische Ausfälle gegen den Parteivorstand vom Stapel gelassen worden wären. Das war da so unangebracht wie im gegebenen Augenblick in Jena, und man darf zutrudeln sein, daß dort lediglich vom Standpunkte der Kampffähigkeit des Proletariats aus gehandelt wurde.

Nachstehende Resolution fand darauf einstimmige Annahme: „Die Generalversammlung des Wahlvereins Rixdorf ist mit den Arbeiten des Jenaer Parteitages, insbesondere mit der Faltung der Delegierten des Reiches Letzow-Beeslow einverstanden. Die Generalversammlung hat die Hoffnung, daß die Beschlüsse des Parteitages bei der kommenden Reichstagswahl der Sozialdemokratie neue Siege zuführen werden.“

**Der sozialdemokratische Wahlverein Charlottenburgs**

beramtelte sich im „Volkshaus“, Rosinenstraße. Den Bericht vom Jenaer Parteitag erläuterte Genossin Rosa Luxemburg in einem Vortrage, der 1 1/2 Stunden dauerte. Ausführlich erörterte die Vortragende den „scharfen Kampf zwischen einem Teil der Delegierten und dem Parteivorstand“. Dieser Kampf sei zuerst in eine verkehrte Form gebracht worden durch einen lakonisch verfaßten Griff des Parteivorstandes, der eine Rechtfertigungs- oder Anklageschrift verbreitete zu der

**Frage der Indiskretion**

bei der Publikation von Wollensbüch's Brief. Diese Frage sei von ganz untergeordneter Bedeutung und sie, die Rednerin, beantwortete die Frage nach wie vor mit einem Nein. Der Gegenstand, der hier in Frage gestellt werde, sei derart, daß er jede diskrete Behandlung ausschließt. Es handle sich hier um

**die Frage der Aktionsfähigkeit des Proletariats**

und nicht um ein indiskretes Vorgehen einer Person; es handle sich um die Frage des Verhaltens des Vorstandes der Partei gegenüber dem Marokkolonflikt und dem Auftreten des Imperialismus. Dieser Parteitag in Jena werde der erste einer ganzen Reihe von Parteitagen sein, die sich mit diesen bedeutungsvollen Fragen zu beschäftigen haben. Die Vortragende geht dann auf die Entstehung des Marokkolonfliktes in kurzen Zügen ein und verweist bei den Aufgaben der Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse gegenüber den drohenden Kriegsgefahren in Bewegung zu setzen. Sie wiederholt ihre Behauptungen und Anklagen gegen den Parteivorstand, wie sie in Jena von ihr vorgebracht wurden und weist hier mit Nachdruck darauf hin, daß der Parteivorstand die Unterstützung der Opportunisten in der Partei in auffälliger Weise gefunden habe. Wenn die Radikalen gegen den Vorstand auftraten, so taten sie es gerade darum,

**die Autorität, die Kraft und Macht des Parteivorstandes zu stärken;**

es habe die Aktionsfähigkeit der Massen dabei als Leitmotiv vorgelegen. — Die Frage der Reichstagswahlen habe nicht im Mittelpunkt des Parteitages gestanden und das sei gut so. Die Wahlen sollten und dürften nicht alle anderen Interessen verdrängen. Wels' Rede über die Reichstagswahlen ermangelte der großen Gesichtspunkte; die Rede bot mehr eine parlamentarische Ausein-

andernehmung. Weniger eifrig großen Schlachtruf zum Kampf gegen die Bestrebungen der Reaktion. Der Parteitag hätte sich gegen die Kolonialpolitik der Herrschenden mit Schärfe wenden müssen und zwar nicht nur für den Fall, daß ein Krieg droht, sondern gegen jede Kolonialpolitik, auch im Frieden, wie sie heute von den herrschenden Klassen geübt wird. Die Rednerin bedauert, daß ihre Amendements zu der Resolution in der Marokkofrage abgelehnt wurden und konstatiert mit Genugtuung, daß das Internationale Sozialistische Bureau in seiner Sitzung am Sonnabend in Zürich dieselben Amendements einstimmig angenommen habe. (Allgemeine Bewegung in der Versammlung.) Die Vortragende geht dann auf die Kaiserfeierfrage ein, der sie große Wichtigkeit beimeißt. Führende Elemente in der Gewerkschaftsbewegung betrachteten die Kaiserfeier schon als alten, lahmen Gaul, der auf den Schindanger gehört, aber die Kaiserfeier werde von Jahr zu Jahr immer bedeutsamer werden. Der Nürnberger Beschluß, für den die Revisionisten sich mit Macht ins Zeug legten, sei unhaltbar geworden und müsse fallen, über kurz oder lang werde man ihn fallen lassen müssen. Die Unterstützungsfrage müsse überhaupt zurücktreten; es gelte die Massen zu erziehen, daß sie die Bedeutung der Arbeitsruhe am 1. Mai erkennen. — Als

**„Keines interessanten Zwischenspiels“**

beleuchtete die Rednerin die württembergische Streiffrage auf dem Parteitag und meinte, die Kasierung der Mandate der betreffenden Genossen sei unrecht gewesen; der „Tagewort“-Streit wurde näher von ihr besprochen. — Sie verweilte dann bei der schon viel besprochenen Bemerkung Wels' über den Rassenstreik, die geeignet sei, Vermirung über diese Frage hervorzuheben. Es handle sich doch um den Rassenstreik zur Verhinderung des Krieges und nicht nach Ausbruch des Krieges. Falsche Auffassungen machten sich auf Grund von Wels' Bemerkungen breit. Der Ruf des Volkes nach Arbeit und Brot werde eine andere Bedeutung haben. Nicht in das alte kapitalistische Joch werde die Arbeiterklasse zurückwerfen wollen, sondern nach Arbeit in einer andern, in einer neuen sozialen Ordnung verlangen. Man solle sich erinnern an die französischen Rationalwerkstätten, die man nach 1848 dem Volke als ein, freilich ganz unzulängliches Surrogat angeboten habe. Heute würden sich die Dinge anders entwickeln, aber die alte Ordnung werde sich jedenfalls in großen Krisen nicht aufrechterhalten lassen. — Zum Schluß sprach die Referent

**ihre volle Befriedigung mit dem Resultat des diesjährigen Parteitages**

aus. Wollte man den richtigen Begriff von der Tagung erhalten, so müsse man sich freimachen von den äußerlichen Geschehnissen, die zuerst in den Vordergrund gehoben wurden, aber von untergeordneter Bedeutung sind. Das Bleibende und das Vorübergehende werde sich sondern. Wir könnten mit Befriedigung begrüßen, daß die Frage der Rassenaktion gegenüber dem Imperialismus von jetzt ab im Vordergrund steht. — Wenn es jetzt in der Presse heißt, daß der linke Flügel der Partei gespalten sei, so ist diese Auffassung irrig. Nur der Parteivorstand sei durch eine ungünstige Konstellation — vorübergehend — nach rechts verschoben worden. Die Taktik unserer Partei werde nicht künstlich geschaffen, sondern sei durch die Entwicklung vorgezeichnet und gegeben. (Beifall.)

Der Vortrag wurde von der stark besuchten Versammlung mit der größten Aufmerksamkeit angehört, nur selten unterbrochen von einzelnen Ausrufungen des Widerspruches oder des Beifalls. Die

**Diskussion**

setzte langsam ein, aber bald weiteten sich immer mehr Redner, die mit den Ausführungen der Genossin Luxemburg unzufrieden waren. Ein Redner erklärte sich befriedigt von der scharfen Kritik; der Parteivorstand und seine Maßnahmen wurden verteidigt. Immer wieder wiesen die Redner auf die kommenden Reichstagswahlen hin, auf die Aufgaben, die uns daraus erwachsen, auf die viele praktische Kleinarbeit der Genossen, zu der der Mut gestärkt werden müsse. Nur in bezug auf einzelne Punkte, besonders die Kaiserfeier betreffend, fand die Rednerin die ungeteilte Zustimmung einiger Genossen, die aber in der Minderheit blieben. Kaiserfeier und Rassenstreik, das waren die Hauptpunkte der Diskussion, bei denen jeder Redner mehr oder weniger lange verweilte. Daß die Referentin für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses in der Kaiserfeierfrage eintrete, gefiel den meisten Rednern durchaus nicht. Mancher äußerte sich auch recht pessimistisch über die weitere Entwicklung der Kaiserfeier, andere wieder waren hoffnungsvoll. Die Diskussion über den Rassenstreik knüpfte vielfach an Wels' Worte an, daß die Massen nach Arbeit und Brot schreien würden, wenn die Schrecken des Krieges hereinbrechen. Es sei wohl möglich, daß auch Wels sich den allgemeinen Ruf nach Arbeit in dem Sinne der Darstellung der Referentin gedacht habe, aber man könne die Entwicklung der Dinge da nicht voraussehen.

Genosse Orthmann meinte, er sei nicht geschult genug, um sich mit der Referentin in einen Streit einzulassen; er stütze sich auf die Beschlüsse der Majorität auf dem Parteitag, denn die meisten werden da nicht die dümmsten gewesen sein. Wels' große Reden seien ein guter Leitfaden für die Massen der Arbeiter. Die Referentin habe wohl vieles zu schwarz gemalt.

Genosse Dose vermißt die Objektivität in dem ersten Teil des Berichtes; er warf der Referentin große Zeitverschwendung vor, indem sie über unbedeutende Dinge, ihren Streit mit dem Parteivorstand betreffend, außerordentlich viele Worte gemacht habe. Wo soll denn eigentlich der Vorteil liegen, wenn Revisionisten und Radikale sich schlagen, fragte der Redner. Zu seiner Verwunderung habe die Referentin zuletzt selbst gesagt, daß sie ganz zufrieden sei mit dem Parteitag.

Genosse Thoma's erinnert daran, daß die Genossen in erster Linie der Aufgabe gedenken müßten, den schwarzblassen Blod zu kürzen. Genosse Brusat lenkt die Aufmerksamkeit auf die Konjunktionsgenossenschaftsbewegung und bedauert, daß diese den Antrag der Berliner zurückgezogen habe. Genossen Wollenstein, Schaffner und andere beteiligten sich ebenfalls an der Diskussion in der bereits gekennzeichneten Weise. Ein Vertragsantrag, um die Diskussion später fortzusetzen, wird abgelehnt, dagegen ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Rosa Luxemburg wendet sich in ihrem

**Schlusswort**

besonders gegen die Revisionisten und erklärt, daß die Radikalen den Wert der fruchtbareren „praktischen Arbeit“ mindestens ebenso zu schätzen wüßten wie die Revisionisten. Es komme aber darauf an, wie die praktische Arbeit geleistet werde, die Prinzipien seien dabei hochzuhalten. Nachdem sie noch einmal Kaiserfeier und Rassenstreik besprochen, erklärte sie, daß unsere Wahlparole nicht die Niederbringung des schwarzblassen Blodes sein könne, denn diese Forderung werde auch von den Freiwildigen erhoben, sondern daß es auf den Sturz der gesamten Reaktion in Deutschland ankomme. Der Parteitag habe uns zur Gesamtkaktion aufgerufen, und diesem Aufruf werden wir folgen. (Beifall.)

**Genosse Göhre sendet uns folgende Zuschrift:**

**Nachmals die Jenaer Genossenschaftsresolution.**

Soeben von einer Agitationstour zurückkehrend, ersehe ich aus dem „Vorwärts“, daß ein Teil der Berliner Parteitagsdelegierten in Jena von der Absicht, die Genossenschaftsresolution zurückzugeben, vorher nicht unterrichtet gewesen ist. Angesichts dessen möchte ich doch noch kurz erklären, daß ich bis zu diesem Augenblick der Meinung war, daß der Auftrag der Zurückziehung, den ich im letzten Augenblick erhielt, ein solcher der Groß-Berliner Gesamtdelegation war. Ich hätte ihn sonst natürlich nicht übernommen, am allerwenigsten gerade in dieser Angelegenheit, in der ich seit Jahr und Tag für den Inhalt der Resolution eingetreten bin.

Zehlendorf, 27. September.

Paul Göhre.

**Soziales.**

**Vertrag gegen die guten Sitten.**

Vor nicht allzu langer Zeit hatte das hiesige Gewerbegericht sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Vertragsbestimmung einer Berliner Nachwachsgesellschaft ausgesprochen, nach der dem Angestellten ein Lohnanspruch für die ersten drei Tage ihrer Tätigkeit nicht zugesprochen werden sollte. Das Gewerbegericht bezeichnete diese Bestimmung als gegen die guten Sitten verstoßend und deshalb nichtig. Am Dienstag hatte sich das Gewerbegericht mit einer ähnlichen Bestimmung zu befassen. Der Richter L. machte neben mehreren anderen Ansprüchen einen Lohnanspruch für die letzten drei Tage gegen die Wachsgesellschaft u. s. v. geltend. Die Beklagte berief sich auf den mit dem Kläger schriftlich abgeschlossenen Vertrag, in dem dieser ausdrücklich auf den Lohn für die letzten drei Tage bezw. Nächte seines Engagements verzichtet hatte.

Das Gericht bezeichnete auch diese Bestimmung als gegen die guten Sitten verstoßend. Sie stelle eine unzulässige Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Angestellten dar und sei daher nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig. Dem Kläger wurde der Lohn für die drei Tage zugesprochen.

**Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung.**

Wie dem in Frankfurt a. M. erscheinenden „Zentralblatt der Reichsversicherung“ (Herausgeber Stier-Somlo, Bonn) von bestinformierter Seite mitgeteilt wird, ist infolge der Schwierigkeiten, die sich bei dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen für den Vollzug der Reichsversicherungsordnung teils bei den Reichsbehörden, teils bei den Landesbehörden ergeben haben, der Termin für das Inkrafttreten des neuen Gesetzes vom 1. Juli 1913, wie anfangs beabsichtigt, zum 1. Januar 1913 verschoben worden; die Ueberleitung der bevorstehenden Vorschriften in die neu erforderlichen beanspruchten so viel Zeit, daß ein früherer Zeitpunkt ausgeschlossen erscheint. Das hätten auch die Arbeiten ergeben, die im Anschluß an die Neuregelung der unständigen Arbeiter (Hausgewerbetreibende) notwendig geworden sind. Den jüngst im Reichsversicherungsamt in Anwesenheit hervorragender Praktiker des Krankenversicherungswesens zur Ausarbeitung gelangten Musterstatuten für Krankenkassen sei der 1. Januar 1913 als Termin zugrunde gelegt worden.

**Rüchters Lexikon des deutschen Rechts,**

das 1900 in 2 starken Bänden zum Preise von 20 M. erschien, wird in Annoncen für 5 M. angeboten. Das ist in Rücksicht auf den Umfang des Werkes, die Fülle des Materials, das gute Papier, den schönen Druck und Einband außerordentlich billig, und dieser Preis deckt wohl nicht die Herstellungskosten. Anders stellt sich die Sache dar, wenn man den Gebrauchswert dieses gebotenen Materials berücksichtigt. Vielfach besteht dieses nur in Nachweisungen, aber auch wenn gesetzliche Bestimmungen, Erlasse und Bekanntmachungen selbst angeführt werden, so sind es nicht die jetzt geltenden. Das gilt von den rechtlichen Bestimmungen über Arbeiterrecht, Strafrecht, sozialpolitische Gesetzgebung, die Gerichtsverfassung, das Vereins-, Versammlungs-, Versicherungs- und Gewerberecht, ebenso von den Zoll- und Steuerbestimmungen, von fast allen Schutzbestimmungen für Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Kinder, von den Bundesratsbekanntmachungen zum Schutz der Arbeiter mannigfacher Berufe, wie der Kleinarbeiter, der Arbeiter in Kleinfabrikwerken, der Maler, der Schriftsetzer, der Zigarrenarbeiter, der Arbeiter in Walz- und Hammerwerken, Sechsträumen, Spinnereien, Steinöfen- und Erzbergwerken, Zinkhütten, Zuderfabriken und Raffinerien, Zündholzfabriken, Malichromatfabriken, Thomaschlackenmühlen, Glashütten, Gummiwarenfabriken, Gerbereien, Koffhaarpfennereien, Porzellan-, und Pinselabriken, Zichorienfabriken, Sprengstoff- und Anilinfarbwerkefabriken usw. usw. Sie alle sind seit dem Jahre 1900 mehr oder weniger, zum Teil wiederholt ergänzt und verändert oder neu geschaffen worden, und von all diesen Veränderungen, Ergänzungen und neuer Bestimmungen erfährt natürlich der Nichts, der darüber das Rechtsbuch vom Jahre 1900 einsehend und der daher durch die Einsicht in dieses Buch ganz irreführend werden kann. Ähnlich verhält es sich mit der Gesetzgebung über das Wohnungswesen, die Anzeigepflicht, den Nachweis, die Schutzmaßnahmen gegen die Menschen- und Viehseuchen usw. Daher sollte es sich jeder zweimal überlegen, ob er die 5 M. für diese zwei Bücher ausgeben soll, die zwar sehr umfangreich und schön ausgestattet sind, die er aber nur selten mit Erfolg nachschlagen wird.

**Aus Industrie und Handel.**

**Ausnahmetarife — Ausnahmeliessgaben.**

Von der einzigen Reichstagsaktion der deutschen Regierung, der Ermäßigung verschiedener Frachttarife, freut jetzt die ganze rechtsstehende Presse. Die agrarischen Männer an der Spitze und Verordnungsmaßschinerie erklären kategorisch: Nun ist's genug; an die Aufhebung der Getreideeinfuhrzölle ist nicht zu denken; schon die Einführung des Identitätsnachweises würde uns ruinieren; wir gestatten aber, daß die Regierung „in Erwägungen“ eintritt! Die Bethmann-Hollmänner „erwägen“ also, sicher bis die Wahlen vorbei sind!

Die Arbeiterschaft hat die brennende Pflicht, gegen solche Gaunerei, wie sie mit den Frachtermäßigungen getrieben wird, schärfsten Protest einzulegen. Wie steht es mit den „weitreichenden“ Frachtermäßigungen? Die „Norddeutsche Allgemeine“ versucht, an Spaltenlangen rechnerischen Beispielen nachzuweisen, was für imponierende Maßnahmen die Frachtermäßigungen eigentlich seien.

Für Futtergerste werden nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ pro Zehntonnenladung von Thorn nach Berlin 62 M. weniger Fracht gezahlt als nach dem normalen Tarif. Zehn Tonnen sind 10 000 Kilogramm, die Frachtermäßigung macht pro 100 Kilogramm 0,62 M. und pro Kilogramm etwas mehr als einen halben Pfennig aus! Dies sind, hoch gerechnet — am 26. d. M. notierte gute Futtergerste 100 Kilogramm 186 bis 196 M. —, 0,3 vom Hundert des jetzigen Preises, der gegenüber normalen Zeiten um rund 20 bis 25 Proz. gestiegen ist!

Bei Reis rühmt die „Norddeutsche Allgemeine“, daß die Fracht für die Zehntonnenladung ermäßigt wurde von Hamburg nach Berlin um 64, von Hamburg nach Erfurt um 90 M. Der Reispreis ist gegenüber normalen Zeiten um rund 30 vom Hundert gestiegen; er notierte gestern an der Berliner Börse, beste Qualität — amerikanischer —, 176 bis 180 M. pro Tonne. Nehmen wir einen Frachtermäßigungsdurchschnitt von 80 M. an, so stellt sich die imponierende Frachtermäßigung auf 80 Pf. pro 100 Kilogramm gleich rund 4,5 vom Hundert des Preises!

Wohlgemerkt, des Preises, der in der letzten Zeit um rund 30 Proz. gestiegen ist!!

Bei Hülsenfrüchten beträgt die Ersparnis 1/10 bis 1/20 Pf. für das Pfund, und bei Kartoffeln, die im Preise um 100 bis 150 Proz. gestiegen sind, machen die berühmten Frachtermäßigungen ebenfalls nur einen winzigen Teil der Preisermäßigungen aus.

Mit solchen Maßnahmen meint die Regierung das Volk beruhigen zu können. Bei der Betrachtung der Herabsetzung der Frachttarife darf zudem nicht übersehen werden, daß erst vor gar nicht allzu langer Zeit eine ganze Reihe Erhöhungen dadurch erfolgten, daß bestimmte Produkte aus dem Spezialtarif III in den Tarif I übernommen wurden! Auch diese Erhöhungen sind durch die jetzigen Ermäßigungen noch lange nicht wieder ausgeschaltet worden.

Bis jetzt ist die ganze Regierungspolitik in erster Linie ein Betäubungsmittel, weiter aber nichts.

Alle Preisermäßigungen tragen übrigens einen ausgesprochen agrarischen Charakter. Warum ist bis jetzt der Ausnahmetarif



furchtbare Hungersnot in Sibirien.

Die Hungersnot in Sibirien ist von ungeheurer Ausdehnung... Die Hungersnot in Sibirien ist von ungeheurer Ausdehnung...

Zur Katastrophe von Toulon.

Die Bergungsarbeiten im Toulonener Hafen wurden im Laufe des letzten Tages fortgesetzt... Die Bergungsarbeiten im Toulonener Hafen wurden im Laufe des letzten Tages fortgesetzt...

Schwere Blutschlagunfälle.

Bei einem schweren Gewitter, das am Dienstag über das ungarische Komitat Eisenburg niederging... Bei einem schweren Gewitter, das am Dienstag über das ungarische Komitat Eisenburg niederging...

Indianeraufstand in Mexiko.

Wie ein Bild aus den vergangenen Tagen der Sitting Bull und Schwarzer Adler... Wie ein Bild aus den vergangenen Tagen der Sitting Bull und Schwarzer Adler...

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. In der ungarischen Ortshof Baros fuhr in der vergangenen Nacht ein Automobil... Schweres Automobilunglück. In der ungarischen Ortshof Baros fuhr in der vergangenen Nacht ein Automobil...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet... Die juristische Sprechstunde findet... Die juristische Sprechstunde findet...

Witterungsbericht vom 27. September 1911.

Table with 4 columns: Station, Temperatur, Wind, etc. for various locations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Wetterprognose für Donnerstag, den 28. September 1911.

Mild, zunächst ziemlich trübe und neblig... Mild, zunächst ziemlich trübe und neblig... Mild, zunächst ziemlich trübe und neblig...

Wasserstands-Nachrichten.

Table with 4 columns: Station, am, seit, etc. for water levels at various stations like Hamburg, Berlin, etc.

wäre diese Einrichtung zu teuer bezahlt mit der Herabsetzung des Weibes, der Kuppelsteuer durch den Staat...

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, in Kellers 'Neue Philharmonie'... Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, in Kellers 'Neue Philharmonie'...

Gerichts-Zeitung.

Der Vertrauensarzt der Invaliditätsversicherung. Das 'Neumärkische Volksblatt' brachte im Mai d. J. einen Artikel des folgenden Inhalts: Eine Frau Michaelis in Driejen... Der Vertrauensarzt der Invaliditätsversicherung. Das 'Neumärkische Volksblatt' brachte im Mai d. J. einen Artikel des folgenden Inhalts: Eine Frau Michaelis in Driejen...

Ein Attentat auf einen Straßenbahnwagen.

welches unter Umständen zu einer Entgleisung hätte führen können, beschaffte gestern die Strafkammer des Landgerichts III... welches unter Umständen zu einer Entgleisung hätte führen können, beschaffte gestern die Strafkammer des Landgerichts III...

für Futtermittel nicht auch auf Hafenzugabe hin? Weil es den Agrariern nicht paßt! Und sie wären wohl auch mit der Ermäßigung der anderen Futtermittel nicht einverstanden... für Futtermittel nicht auch auf Hafenzugabe hin? Weil es den Agrariern nicht paßt! Und sie wären wohl auch mit der Ermäßigung der anderen Futtermittel nicht einverstanden...

Erhebliche Kapitalerhöhung.

In der Aufsichtsratsitzung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft am Mittwoch in Berlin berichtete die Direktion über das Ergebnis des 1. Halbjahres 1911... In der Aufsichtsratsitzung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft am Mittwoch in Berlin berichtete die Direktion über das Ergebnis des 1. Halbjahres 1911...

Die Preissteigerung.

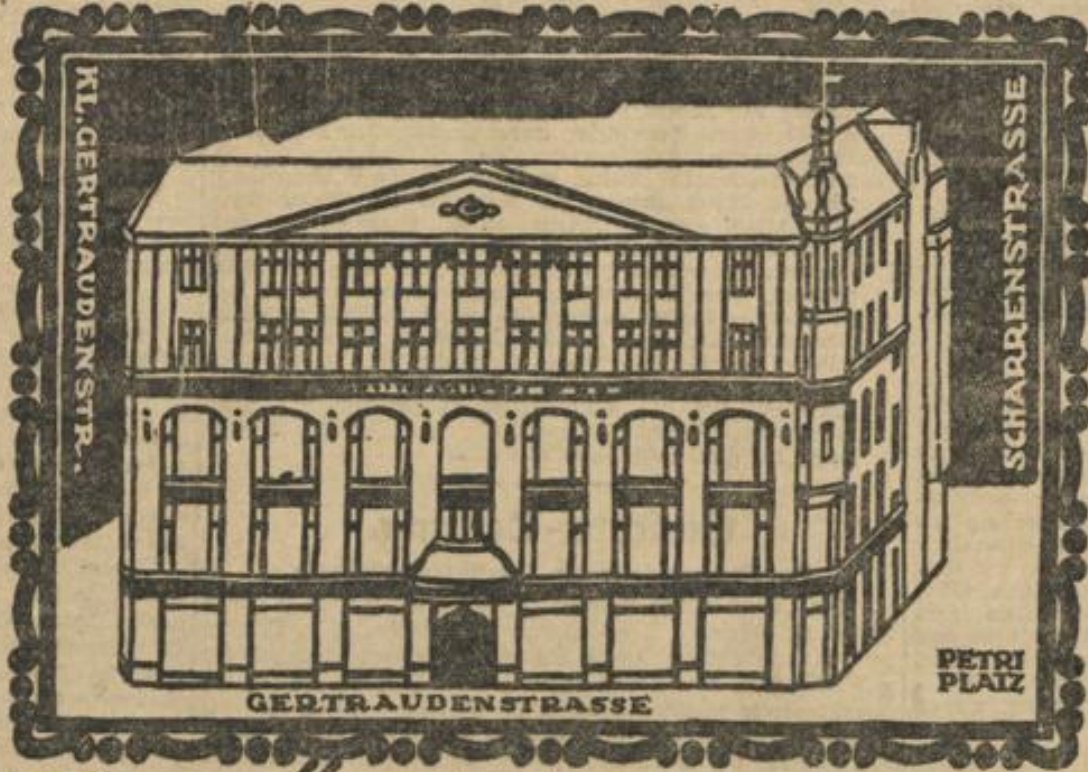
Die gegenwärtige Verleuerung aller Dinge, insbesondere aber der Nahrungsmittel, ist so augenfällig und wird von den großen Massen so sehr am eigenen Leibe gespürt... Die gegenwärtige Verleuerung aller Dinge, insbesondere aber der Nahrungsmittel, ist so augenfällig und wird von den großen Massen so sehr am eigenen Leibe gespürt...

Aus der Frauenbewegung.

Die Reglementierung - eine antifeminale Maßregel.

Ueber die Reglementierung der Prostitution sprach Frau Weidmann aus Hamburg in Charlottenburg, und führte aus, daß das erwachte soziale Verständnis der Frauen nach Erlangung des Stimmrechts gegen die Reglementierung sich wenden werde... Ueber die Reglementierung der Prostitution sprach Frau Weidmann aus Hamburg in Charlottenburg, und führte aus, daß das erwachte soziale Verständnis der Frauen nach Erlangung des Stimmrechts gegen die Reglementierung sich wenden werde...





**ERÖFFNUNG**  
UNSERES NEUEN HAUSES  
SONNABEND DEN 30. SEPTEMBER

**H.ESDERS & DYCKHOFF**  
SPECIALHAUS FÜR HERREN- u. KNABEN-KLEIDUNG  
DAMEN SCHNEIDER-KLEIDER- u. MÄNTEL

FAHR-GELEGENHEIT: UNTERGRUNDBAHN SPITELMARKT  
STRASSENBAHN: 8, 38, 47, 48, 58, 59, 62, 64, 65, 66, 67, 69, 71, 72, 74, 76, 78, 79, 99. OMNIBUS: 1, 3, 5.



**Gratis zur Eröffnung Sonnabend Nachmittag 3 Uhr**  
erhält jeder Kunde eine versilberte Taschenuhr  
bei Einkauf eines Paar Stiefel von M. 11.50 an.

**Sensationell billige Posten Schuhwaren.**

Ein Posten Damen-Lederhausschuhe, Lederkappe, Ledersohle, Paar nur M. 165	Ein Posten Damenstiefel, echt Chevreau mit Lackkappe . . . . . Paar nur M. 495
Ein Posten Damen-Lederschlüpfer, mit biegsamer Sohle . . Paar nur M. 195	Ein Posten Damenstiefel, Chevreau, Goodyear-Welt . . . . . Paar nur M. 695
Ein Posten Herren-Lederhausschuhe, Lederkappe, Ledersohle, Paar nur M. 195	Ein Posten Damenstiefel, Boxcall, kräftiger Straßenstiefel . . . Paar nur M. 595
Ein Posten Herren-Lederschlüpfer, mit biegsamer Sohle . . Paar nur M. 225	Ein Posten Herrenstiefel, imit. Chevreau mit Lackkappe . . . . . Paar nur M. 495
Ein Posten Kinderstiefel, echt Ziegen, braun, 18-22 . . . . . Paar nur M. 095	Ein Posten Herrenstiefel, echt Chevreau mit Lackkappe . . . . . Paar nur M. 595
Ein Posten Kinderstiefel, schwarz Roßbox u. Roßchevreau, 22-26, Paar nur M. 155	Ein Posten Herrenstiefel, kräftiges Boxleder . . . . . Paar nur M. 575
Ein Posten Kinderstiefel, kräftiges Boxleder, 27-35 . . . . . Paar nur M. 395	Damen- u. Herrenstiefel, Goodyear-Welt Verkaufsw. 16.50, 12.50, Paar nur 11.50
Ein Posten Damenstiefel, imit. Chevreau mit Lackkappe . . . . . Paar nur M. 395	Ein Posten Halbschuhe, Lackschuhe, Pumpschuhe . . . . . Paar nur M. 575

**Schwersenzer** Größtes Spezialhaus für Schuhwaren-Gelegenheitskäufe  
Rosenthaler Straße 40-41, Hackescher Hof, Bahnhof Börse

**MANOLI**  
Cigarettes

Beliebte Specialmarken  
**Abbas Dandy**  
**Gibson Girl**

**Stoffe**

Stoffe, ausreichend für Anzüge, Mäntel, Paletots, Kostüme etc. d., a., b., c., d., e., f., g., h., i., j., k., l., m., n., o., p., q., r., s., t., u., v., w., x., y., z., aa., ab., ac., ad., ae., af., ag., ah., ai., aj., ak., al., am., an., ao., ap., aq., ar., as., at., au., av., aw., ax., ay., az., ba., bb., bc., bd., be., bf., bg., bh., bi., bj., bk., bl., bm., bn., bo., bp., bq., br., bs., bt., bu., bv., bw., bx., by., bz., ca., cb., cc., cd., ce., cf., cg., ch., ci., cj., ck., cl., cm., cn., co., cp., cq., cr., cs., ct., cu., cv., cw., cx., cy., cz., da., db., dc., dd., de., df., dg., dh., di., dj., dk., dl., dm., dn., do., dp., dq., dr., ds., dt., du., dv., dw., dx., dy., dz., ea., eb., ec., ed., ee., ef., eg., eh., ei., ej., ek., el., em., en., eo., ep., eq., er., es., et., eu., ev., ew., ex., ey., ez., fa., fb., fc., fd., fe., ff., fg., fh., fi., fj., fk., fl., fm., fn., fo., fp., fq., fr., fs., ft., fu., fv., fw., fx., fy., fz., ga., gb., gc., gd., ge., gf., gg., gh., gi., gj., gk., gl., gm., gn., go., gp., gq., gr., gs., gt., gu., gv., gw., gx., gy., gz., ha., hb., hc., hd., he., hf., hg., hh., hi., hj., hk., hl., hm., hn., ho., hp., hq., hr., hs., ht., hu., hv., hw., hx., hy., hz., ia., ib., ic., id., ie., if., ig., ih., ii., ij., ik., il., im., in., io., ip., iq., ir., is., it., iu., iv., iw., ix., iy., iz., ja., jb., jc., jd., je., jf., jg., jh., ji., jj., jk., jl., jm., jn., jo., jp., jq., jr., js., jt., ju., jv., jw., jx., jy., jz., ka., kb., kc., kd., ke., kf., kg., kh., ki., kj., kl., km., kn., ko., kp., kq., kr., ks., kt., ku., kv., kw., kx., ky., kz., la., lb., lc., ld., le., lf., lg., lh., li., lj., lk., ll., lm., ln., lo., lp., lq., lr., ls., lt., lu., lv., lw., lx., ly., lz., ma., mb., mc., md., me., mf., mg., mh., mi., mj., mk., ml., mm., mn., mo., mp., mq., mr., ms., mt., mu., mv., mw., mx., my., mz., na., nb., nc., nd., ne., nf., ng., nh., ni., nj., nk., nl., nm., nn., no., np., nq., nr., ns., nt., nu., nv., nw., nx., ny., nz., oa., ob., oc., od., oe., of., og., oh., oi., oj., ok., ol., om., on., oo., op., oq., or., os., ot., ou., ov., ow., ox., oy., oz., pa., pb., pc., pd., pe., pf., pg., ph., pi., pj., pk., pl., pm., pn., po., pp., pq., pr., ps., pt., pu., pv., pw., px., py., pz., qa., qb., qc., qd., qe., qf., qg., qh., qi., qj., qk., ql., qm., qn., qo., qp., qq., qr., qs., qt., qu., qv., qw., qx., qy., qz., ra., rb., rc., rd., re., rf., rg., rh., ri., rj., rk., rl., rm., rn., ro., rp., rq., rr., rs., rt., ru., rv., rw., rx., ry., rz., sa., sb., sc., sd., se., sf., sg., sh., si., sj., sk., sl., sm., sn., so., sp., sq., sr., ss., st., su., sv., sw., sx., sy., sz., ta., tb., tc., td., te., tf., tg., th., ti., tj., tk., tl., tm., tn., to., tp., tq., tr., ts., tt., tu., tv., tw., tx., ty., tz., ua., ub., uc., ud., ue., uf., ug., uh., ui., uj., uk., ul., um., un., uo., up., uq., ur., us., ut., uu., uv., uw., ux., uy., uz., va., vb., vc., vd., ve., vf., vg., vh., vi., vj., vk., vl., vm., vn., vo., vp., vq., vr., vs., vt., vu., vv., vw., vx., vy., vz., wa., wb., wc., wd., we., wf., wg., wh., wi., wj., wk., wl., wm., wn., wo., wp., wq., wr., ws., wt., wu., wv., ww., wx., wy., wz., xa., xb., xc., xd., xe., xf., xg., xh., xi., xj., xk., xl., xm., xn., xo., xp., xq., xr., xs., xt., xu., xv., xw., xx., xy., xz., ya., yb., yc., yd., ye., yf., yg., yh., yi., yj., yk., yl., ym., yn., yo., yp., yq., yr., ys., yt., yu., yv., yw., yx., yy., yz., za., zb., zc., zd., ze., zf., zg., zh., zi., zj., zk., zl., zm., zn., zo., zp., zq., zr., zs., zt., zu., zv., zw., zx., zy., zz.

**Volksgarten-Theater.**  
Säle für Vereine und Gewerkschaften noch einige Sonnabende frei bei künftigen Bedingungen.



Messer und Gabeln werden blank wie neu bei dem Putzen mit echtem **Dr. Landmann's Messer-Putz-Pulver.**  
Vofel 10 Pf., Streubüchse 30 und 50 Pf. Nur echt in Original-Verpackung in allen besseren Geschäften zu haben.  
Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1 A.

**Wild und Geflügel**

kauft man am besten und billigsten in der **Berliner Wild-Zentrale**  
Gontard-Ecke Panoramastraße.  
Kirschfleisch von 30 Pf. an.



Möbeltischler **R. Harnack**  
Tischlermeister  
Stallschreiber-Strasse 57 (Moritzplatz).

**Komplette Wohnungseinrichtungen.**  
Enorme Auswahl! — Reelle Ware!  
! Billigste Fabrikpreise. !  
! Zahlungserleichterung. !  
Verkauf nur Hof im Fabrikgelände.

**Steppdecken Spezialhaus**

**Emil Lefèvre**

Berlin, Oranienstr. 158  
**Höchste Leistungsfähigkeit**  
durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.  
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.  
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50  
Echt Kamelhaar à 10 bis 36  
**Spezialkatalog**  
650 Abbildungen gratis u. franko.



Jugendbewegung.

Die Justiz gegen die Arbeiterjugend.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Die Jugendbewegung, die hier trotz aller Verfolgungen die besten Fortschritte macht, läßt „unsere Behörden“ nicht ruhen noch raffen. Der Tischler Genosse Jänike hatte am Jungendtage zu Pfingsten mit mehreren jungen Leuten einen Spaziergang unternommen. Als er einen seiner Freunde zu sich winkte, wurde er von der Polizei festgenommen und auf Grund unseres famosen Reichsbereinsgesetzes wegen unerlaubter Veranstaltung eines „öffentlichen Aufzuges“ unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht erkannte

auf Freisprechung, da es Jänike nicht als Leiter des Zuges ansah; die jungen Leute können sich auch ohne sein Zutun um ihn versammeln haben. Die Strafkammer verurteilte unseren Genossen aber auf eingelegte Berufung des Amtsanwalts zur Zahlung von 30 M. und zwar auf Grund des „liberalen“ Reichsbereinsgesetzes.

Gehst du zu uns? Eine Anrede an einen jungen Arbeiter. Von Heinrich Schulz. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H. (Hans Weber, Berlin). 20 Pf.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend will mit dieser Schrift eine Lücke ausfüllen; es fehlte bisher an einer einfach und überzeugend geschriebenen Propagandaschrift für die jugendlichen Ar-

beiter und Arbeiterinnen. Die vorliegende Schrift sucht in der Form der unmittelbaren Anrede an einen Jugendlichen unter Anlehnung an seine Gedanken- und Gefühlswelt und unter Berücksichtigung seiner etwaigen Einwände die Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung darzulegen. Sie wandert mit dem Jugendlichen aus seinem ärmlichen Heim heraus und führt ihn dann durch die Schule mit ihrer ungenügenden und krüppelhaften Weisheit, durch Werkstatt und Fabrik, durch die Fortbildungsschule, durch die bürgerlichen Jugendvereine, um ihm überall bei dieser Wanderung den Beweis zu liefern, daß der junge Arbeiter in die Kreise seiner proletarischen Jugendkollegen hinein gehört. Der Wert der Arbeiter-Jugendbewegung in Bezug auf die Bildung, Belehrung, Unterhaltung und Geselligkeit der Jugendlichen wird dem jugendlichen Arbeiter in überzeugender Weise klargemacht.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. (Bezirk 127.) Nachruf. Am 20. September verstarb unser Genosse, der Barbier **Eduard Weiß**, Wittenwalder Straße 1. Ehre seinem Andenken! Beerdigung hat bereits stattgefunden. 211/12 Der Vorstand.

Nach langem schweren Leiden verschied am 26. September unser lieber Kollege, der Schriftsetzer **Franz Lange** im Alter von 54 Jahren. Während seiner langjährigen Tätigkeit bei der Firma hat der Verstorbene sich stets als braver Mitarbeiter und treues, 34jähriges Organisationsmitglied bewährt. Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm Das Personal von Ullstein & Co. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eichenauer Straße, aus statt. 58052

Unserem Kollegen und Genossen **Georg Rohr und Frau** die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Werkstattkollegen.

Unserem Genossen **Bruno Koch nebst Frau** die herzlichsten Glückwünsche zur Silber-Hochzeit. Die Genossen u. Genossinnen des 284. Bezirks des 4. Kreises.

Nißles Fest-Säle Dennewitzstraße 13. Jeden Donnerstag: **Tanzkränzchen** bei freiem Zutritt. C. Nißle.

**Loden** für Wetter-Polierinen, Kostüme etc. „Impregniert“ Nr. 1.50, 2.25, 3.00. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Bettrische.

Von der Heilsgurld **Freischmidt, prakt. Arzt**, Wundarzt und Geburtshelfer, Charlottenburg, Berliner Straße 107.

Sie hat etwas sehr Reizvolles, die Mode von 1911-12. Entzückende, für jeden Geschmack passende Modelle enthält das reich ausgestattete Favorit-Modenalbum (nur 60 Pf.), franko 70 Pf., Jugend-Modenalbum 50 Pf., franko 60 Pf., bei C. Müller, Berlin, Spittelmarkt 5.

Sozialdemokrat. Wahlverein **Adlershof**. Am Montag, den 25. September, verstarb unser Genosse **Emil Gottschalk** Handwerkerstraße 2, im Alter von 44 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

**Typographia.** Allen Sangesbrüdern die betrieblende Nachricht, daß unser liebes passives Mitglied **Franz Lange** am 26. September nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Während seiner 25jährigen Mitgliedschaft hat er sich die volle Achtung aller Kollegen erworben. Die Sängler werden gebeten, sich zahlreich an der Beerdigung unseres braven Kameraden zu beteiligen. 61/16 Ehre seinem Andenken! Der Vorstand. Betr. Beerdigung siehe vorhergehendes Inserat.

Rauchklub „Sieben roocht“, M. d. A.-R.-B. Am 25. d. Mts. verstarb unser Weisenbruder **Emil Gottschalk**. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag 5 Uhr von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Adlershof aus statt. 296/4 Rege Beteiligung ist Pflicht.

Am 26. Septbr., früh 8 1/2 Uhr, entschlief nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Rohrlegemeister **Franz John** im Alter von 47 Jahren. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Klara John** nebst Kindern Schonesfelderstr. 12. Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 29. Septbr., nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Georgen-Kirchhofes in Weihenau aus statt. 58062

**Ohne Anzahlung** liefert an jedermann **Möbel auf Kredit** bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung **komplette Wohnungen-Einrichtungen** sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Partieren, Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Garderobe für Herren, Damen u. Kinder neueste Fassons, größte Auswahl, sowie in grosser Auswahl: **Wochenrate von 1 M. an** **S. DORN** Weinmeisterstr. 9 Ecke Alte Schönhauser Strasse

Deutscher **Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formner **Max Petersohn** am 26. September an Bluthurz gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes, Wilmersdorf, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet. 123/13 Die Ortsverwaltung.

Am 26. Septbr., früh 8 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langen Leiden unser geschätzter Ehe! 58072 **Franz John.** Ehre seinem Andenken! Rohrleger und Helfer der Firma F. John Schonesfelderstr. 12.

Deutscher **Holzarbeiter-Verband** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Oskar Neumann** Bornbacher Str. 42 im Alter von 37 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 89/10 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.** Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzgespenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Marie Reitt** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie meinen Arbeitskollegen der Firma Büsch u. Co. meinen herzlichsten Dank. **Berthold Reitt.**

**Dankfagung.** Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzgespenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Martha Brandt** sage ich hiermit allen Beteiligten, den Genossen und Genossinnen des Wahlvereins, den Kollegen u. Kolleginnen der Gasglühlicht-Werkschenschaft, Kundener Straße und Auer-Gesellschaft, desgleichen den Sängern meinen innigsten Dank. 841b **Karl Brandt, Rummelsburg, Witt-Borghagen 1a.**

Am Dienstag, den 26. September, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser einziger Sohn und Bruder **Erich** im Alter von 11 Jahren an Scharlach. Er folgte seiner Schwester Emma nach, welche vor acht Tagen im Alter von 4 1/2 Jahren derselben Krankheit erlag. Dies zeigt tiefbetrubt an **Familie Albert Köpernick.** Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Rummelsburger Gemeinde-Friedhofes, Lüditzstraße, aus statt. 842b

**Dankfagung.** Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzgespenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Adolf Sievert** sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Witwe Mathilde Sievert und Sohn.** 58092

**Disungfur!** aufst auf Linsos Likalt **Kowno** aus den **Tabak-Fabriken** **J. Goldfarb** Preuss. Stargard gegründet 1839. **Tabac russe à priser, goût de Kowno.** **Prawdziwa tabaka do zażywania „Kownoer“** **Möbel-Angebot.** Solides Möbelfabrikat liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen wählige Zinsübergabe bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103. **Kein Abzahlungsgeschäft.** 8515

**Bodennunnes Holzboffen** **Ökzling nupfolln.** **Ihr Ofenluft mußst's!**

**Möbel** liefert auf **Teilzahlung** bequeme **Teilzahlung** bei **kleinster Anzahlung** in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.**

**Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.** **Neuerscheinungen:** **August Zeh:** **Die Lösung des modernen Theaterproblems** durch das neue patentierte System des Architekten **Aug. Zeh, München.** Preis 50 Pf. Die aktuelle Frage des Theaters der fünftausend wird durch den Münchener Architekten glänzend beantwortet. **Dr. Hannes Pyszka:** **Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit.** Eine Studie der Bevölkerungsbewegung der deutschen Bergarbeiterbevölkerung. Preis 3 M. Der Verfasser gelangt auf Grund seiner sorgfältigen auf zahlreiche statistische Tabellen gestützte Untersuchungen zu dem Nachweis, daß der Bergmannsberuf, im Gegensatz zu dem in neuerer Zeit durchweg beobachteten Sinken der Fruchtbarkeit bei besserer Lebenshaltung die Tendenz zu steigender Fruchtbarkeit aufweist. **Paul Kampfmeyer:** **Weltanschauung und Sozialdemokratie.** Heft 1 der „Süddeutschen Volksblätter“. 64 Seiten. Preis 10 Pf. Eine durchaus gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten philosophischen und ethischen Fragen in ihren Beziehungen zur Sozialdemokratie. **L. Isenheim:** **Streik.** Roman aus dem gegenwärtigen Klassenkampf. In 6 Heftungen à 30 Pf., in Leinen gebunden 2,50 M., Einbanddecke 75 Pf. Der aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Verfasser schildert hier in meisterhafter Weise die Kämpfe der zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter. Zahlreicher Bilderreichtum eines Münchener hervorragenden Künstlers verleiht dem Werke noch besonderen Wert. **Rudolf Franz:** **Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt** bearbeitet im Sinne des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mit zahlreichem Bilderreichtum von Reinhold Pfeiffer, München. Preis 1 M. Eine meisterhafte politische Satire der deutschen Scharfmacher aller Grade des durch seine Schrift: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin!“ bekannten Verfassers. Alle Buchhandlungen und Kolporteurs liefern obige Schriften zu Originalpreisen.

**Möbel-Lechner** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor. **: Auf Kredit und gegen bar : Riesen - Auswahl** **Anzahlungen auf Stuben und Köchen: Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahl. an** **15 30 50 75** **Schlafzimmer etc.** bis 25 bis 45 bis 70 bis 100 von 30 M. Anzahl. an **Liefere auch nach auswärts.** **Abzahlung wöchentlich, monatlich resp. nach Uebereinkunft.** Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben. **Sonntags geöffnet von 8-10 u. 12-2 Uhr.**



# Phänomen-Gold Feinste Cigarette Stck. 2, 3, 4, 5 Pf. Ueberall zu haben

## Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 28. Sept. 1911:  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**R. Cyperhaus.** Die Zauberflöte.  
R. Schauspielsaal. Goldfische.  
Deutsches. Penthesilea.  
Kleines. Papa.  
Goverland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Laubsträucher 48/49.  
Lebende Tierbilder von nah und fern.

**Neues Kgl. Operntheater.** Geschieden.  
Kammerstücke. Lantäl.  
Zeffing. Glaube und Heimat.  
Neues Schauspielhaus. Josephine.  
Neues Operntheater. Die schöne Helena.

**Berliner.** Sammelstudien.  
Schauspielsaal. Der Großfürst.  
Schiller. O. Der Probekandidat.  
Schiller. Charlotteburg. Der Geizige.  
Der eingebildete Kranke.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Judith.

**Neues.** Die Frau Grell. Hierauf: König Oedipus.  
**Westen.** Die Dame in Rot.  
Komische Oper. Die feinsche Susanne.  
Reizend. Ein Walzer von Chopin.  
Thalia. Polnische Wirtschaft.  
Königgrätzer Straße. Drei Wiesen.  
Idyl.

**Trianon.** Ihr Alibi.  
**Luifen.** Das Wintermärchen.  
**Casino.** Der selige Holschinsky.  
**Wissen.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Wietrowski.** Die Nacht von Berlin.  
**Vasager.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Königstadt-Kasino.** Spezialitäten.  
**Herrnsfeld.** Das Kind der Firma.  
**Köpenick.** Das Kind der Firma.  
**Köpenick.** Das Kind der Firma.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Folies Caprice.** Rabi Krach. Nr. 14.  
Walzball. Teufel, das hat eingeschlagen!

**Neues.** Uriel Acosta.  
**Boigt.** Die zwei Waisen.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Belle-Alliance.** Jaja.  
**Antimes.** Von Liebesabenteuer.  
**Neues Volkstheater.** Der Strom.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Kaiser-Panorama.** Hamburg und seine Schifffahrt. — Neffe in der Schweiz. — Zellwage.

**Schiller-Theater O.** Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Probekandidat.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Geizige.  
Hierauf: Der eingebildete Kranke.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Der Pfarrer von Kirchfeld

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Geizige.  
Hierauf: Der eingebildete Kranke.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zopf und Schwert.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zopf und Schwert.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
Bummelstudenten.

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
8 Uhr:  
Gastspiel Wiesenthal.  
Neues Theater.

Anf. 8 Uhr. Schauspiel Hansi Niese:  
Die Frau Grell. Hierauf:  
König Oedipus. Vorverf. 10-2.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Die Dame in Rot.  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Ein Walzertraum.

**Residenz-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Letzte Spielzeit unter Direktion Richard Alexander.  
Ein Walzer von Chopin.  
Schwanz in 3 Akten u. Revue u. Burlesk.  
Köpenick u. Jaja Lage. Die. Dienstl.  
Sonntag, 1. Okt., 3 Uhr, zu erwähl.  
Freitag: Die Dame von Maxim.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, den 28. Sept., 8 Uhr:  
Judith.  
Freitag: Rabale und Liebe.  
Sonnabend: Moral.  
Sonntag: Moral.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute und morgen 8 1/2 Uhr: Jaja.  
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Abhänge auf Teufel.  
8 1/2 Uhr: Jaja. Dienstag, 8. Okt., 1. Akt: Der Zitzenpokel.

**Luifen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Das Wintermärchen

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Lebende Tierbilder von nah und fern.  
Das Programm der Hörsaalvorträge im 4. Qu. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mark  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
Son abends 6 Uhr ab 50 Pf.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurt Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
Das Rädchen von Heilbrunn.  
Freitag: Die Weibche. Sonnabend 4 Uhr: Hünzel und Gretel. 8 Uhr: Zum 1. Male: Nichters Millionen.

**Neue Volksbühne**  
Die Kunst dem Volke!  
Heute Donnerstag im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Str. 68: Der Strom. Drama von Max Halbe. (Billetts a 1,20 M. sind an der Abendkasse zu haben.)  
Jeden Sonntag Vorstellungen im Deutschen Theater  
Kammerspielhaus  
Schiller-Theater O.  
Schiller-Th. Charlottenburg  
Kleinen Theater\*  
Neuen Volks-Theater  
Theater in der Königgrätzer Str.  
Metropol-Theater\*  
Neuen Operetten-Theater\*  
Trianon-Theater  
Theater der Hochschule in Charlottenburg. 150/4

**Konzerte, Kunst- und Lese-Abende**  
Gesellige Veranstaltungen  
Gesellschaftsreisen.  
Eintrittsgeld 1 Mark.  
Jede Vorstellung 1 Mark (in den mit \* bezeichneten Theatern 1,20 Mark).  
Man verlange Prospekte, die in den Zahlstellen des Vereins, in den Warenhäusern Tietz, Alexander-Platz, Frankfurter Allee, Leipziger Straße (an der Theaterkasse) und in der Geschäftsstelle des Vereins: Köpenicker Str. 68 unentgeltlich zu haben sind.  
Telephonische Auskunft Amt IV 10292, 11138.

**Metropol-Theater.**  
Die Nacht von Berlin!  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Prof. Freund. Musik von E. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

**Apollo Theater**  
Letzte Tage!  
Ab 8 Uhr:  
10 große Novitäten,  
u. a.  
Die G'schawige.  
Ein Dialog nach dem bekannten Bild von F. v. Reznicek.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Meyzel, Britton, Seidel, Horat, Schröter, Schubert, Gröning A. u. R. Schrader.  
Anfang  
moventags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

### Freie Volksbühne

Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr:  
Lessing-Theater  
Björnson:  
Wenn der junge Wein blüht.  
Neues Schauspielhaus  
Leasing:  
Nathan der Weise.

Thalia-Theater  
John Galsworthy:  
Der Zigarettenkasten.  
Residenz-Theater  
Emil Augier:  
Die arme Löwin.

Abendabteilungen  
Des Meeres und der Liebe Wellen.  
Herrnsfeld-Theater  
Wied:  
2 x 2 = 5.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen.  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

### SPORT PALAST

Poltsdamer Str. 72.  
Allabendlich: Hurra! Parade! Gr. militärische Revue in 5 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw. Cirka 200 Mitwirkende.  
2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.  
Freitag, den 29. September:

**Berliner Vereinstag.**  
Halbe Preise für Mitglieder aller Vereine.  
Auf vielseitigen Wunsch: Sonntag, den 1. Oktober:  
Populärer Nachmittag.  
Eintritt bis 5 Uhr 30 Pf. Nachm. u. abends Vorstellungen.

Grösster Eispalast der Welt!

**CLOU**  
BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.  
Gastspiel  
von  
Johann Strauß  
aus Wien mit seiner Kapelle  
und dem Musik des G.-Reg. x F. Tschätsch.  
Anfang 8 Uhr.

**Neue Welt**  
Hasenheide 108/114.  
Sonntag, den 1. Oktober:  
Polnische Wirtschaft.  
Am Berliner Thalia-Theater über 400 Mal aufgeführt.  
Preise der Plätze: Vorverkauf Entree 50 Pf., Balkon 75 Pf., II. Parkett 1 M., I. Parkett 1,25 M. Vorverkaufsstellen: Neue Welt, I. Böckmann, Rixdorf, Bergstraße 138; Krüger & Oberbeck, Hermannplatz 1.

**Herrnsfeld Theater**  
Noch nie dagewesener  
Lacherfolg!  
Das Kind der Firma  
mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Vorher:  
Schmerzlose Behandlung  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

**Luna-Park.**  
Saisonschluss!  
Die letzten vier Tage!  
Sensationelle Attraktionen!  
Johnstons Untergang u. v. a.  
Eintrittspreis bis 6 Uhr 30 Pf., nach 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder bis 10 Jahren haben in Begleitung Erwachsener freien Eintritt.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Marietta Oily  
(Kleines Theater)  
Guido Herzfeld  
(Deutsches Theater)  
in ihrem Sketch  
„In einer Nacht!“  
Soma Balogh  
d. Sänger m. d. doppelt. Kehle  
und das große  
Varieté-Programm.

**Königstadt-Kasino.**  
Polzmarktstr. 72, Ecke Regensbergstr.  
Täglich:  
In lauschiger Nacht.  
Burleske mit Gesang in 1 Akt.  
Nanto Pohlmann. Money Solms.  
Mimi Neumann Rudolf. Präloosa,  
der weißl. „Sherlock Holmes“.  
Anf. wochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

### Zirkus A. Schumann.

Heute abend 7 1/2 Uhr:  
Brillante Vorstellung.  
Das reichhaltige Programm und 9 1/4 Uhr die prachtvolle Feerie

1000 Jahre  
auf dem  
Meeresgrunde

in 5 Bildern. Besonders hervorzuheben: 2. Bild: Maurischer Palast; das märchenhafte orientalische Ballett. 4. Bild: Der Dampfer auf hoher See; Explosion und Untergang des Dampfers. 5. Bild: Das Palais de Danse; das glänzende Balaballe.

### Zirkus Moulier

Rixdorf, Mainzer Straße.  
Nähe des Hermannplatzes.  
Heute, Donnerstag, 8 Uhr:

? Boston  
amerikanischer Kunstradfahrer.

MIB Harguerite  
Schulreiterin.  
Massen - Pferde - Dressuren. — The two Moulies, die besten Luftkünstler.

### Union-Theater

Direktion: Will Gremer.  
Moritzplatz.  
Heute und morgen  
unwiderruflich  
letzte Aufführung:  
Im großen Augenblick.  
Schauspiel in 3 Akten  
mit  
Asta Nielsen in der  
Hauptrolle.

**Ausstellung Nordland**  
Kurfürstendamm 151  
(frühere Rollschuhbahn — nahe Ringbahnhof Halensee).  
Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 11 Uhr nachts.  
Vorführungen von 4 Uhr ab.  
125 Polarbewohner  
bei Arbeit, Sport und Spiel.  
Original-Hütten u. Zelte, Hausindustrie  
Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf.  
Eintrittspreis in die Vorführungshalle 30 Pf.

**Admiralspalast**  
Am Bahnhof Friedrichstraße  
Eis-Arena.  
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.  
Nachmittag:  
Kunstausstellungen,  
u. a.:  
Apachentänze.  
Eindöcher-Konzert.  
Allabendlich:  
Das prunkvolle Eisballett  
Montreal  
Die Stadt auf Schlittschuhen.  
Neu: Push-Ball-Spiel  
Exquisite Restauration  
bis 1 Uhr nachts.  
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenpreise.

**Concordia-Festsäle.**  
Anf. M. Wendt & A. Schütze,  
64 Andross-Strasse 64.  
Jeden Donnerstag:  
Hoffmanns Sänger  
Direktion Hr. Janier,  
mit vollständigem  
neuem Programm.  
Neu! Neu!  
Die Stütze  
der Hausfrau.  
Voffe in 1 Akt.  
Anfang 8 Uhr. Nach der Soiree:  
Frei-Tanz.  
Vorzugsarten haben Günstigkeit.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Ihr Alibi.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

### Zirkus Busch

Heute Anfang 7 1/2 Uhr.  
Großer Gala-Abend!  
Die größte und letzte Attraktion aus Karl Hagenbecks Tierpark in Stellingen: Die beiden Menschen-Affen „Max und Moritz“.  
(Kurzes Gastspiel.)  
Paul Conchas' „Aero Star“ (zum 1. Male auf dem Kontinent).  
4 Original Perez!  
Otto Viola & Bro, amerik. Exzentriker. Fr. Anna Steanis, Schulleiterin. Herr Ernst Schumann, Freiheitsdresuren, usw.  
Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.

**Roach's Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Brunnenstraße 16.  
Uriel Acosta.  
Schauspiel in 5 Akten von R. Gupfom.  
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 1/2 Pf. Ehren- und Vorzugsarten günstig!  
Morgen: Uriel Acosta.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Rabi Krach.  
Unter Zell.  
Nr. 14.

**Casino-Theater**  
Lothring Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Allabendlich der neue  
Berliner Poffen-Schlager  
Der selige Holschinsky.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Vava Ritsche.

**Boigt-Theater**  
Heute: Gastspiel in  
Puhmanns Theater, Schönhauser  
Allee 148.  
Die zwei Waisen.  
Schauspiel in 7 Bildern von  
G. Eberhard.  
Roseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Volks-Theater.**  
Rixdorf, Hermannstr. 20.  
Sonntag, 1./10.: Ohne Geld!  
Schauspiel in 5 Akten von Jodelly.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag, 2./10.: Der Muttergatte.  
Schwanz in 3 Akten von Balcebreque.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Concordia-Festsäle.**  
Anf. M. Wendt & A. Schütze,  
64 Andross-Strasse 64.  
Jeden Donnerstag:  
Hoffmanns Sänger  
Direktion Hr. Janier,  
mit vollständigem  
neuem Programm.  
Neu! Neu!  
Die Stütze  
der Hausfrau.  
Voffe in 1 Akt.  
Anfang 8 Uhr. Nach der Soiree:  
Frei-Tanz.  
Vorzugsarten haben Günstigkeit.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.

**Union-Theater**  
Asta Nielsen in der Hauptrolle.



# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 28. September 1911, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die amerikanische Malerorganisation“, Referent: Kollege **Ambrose Haas** aus New York.
2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheit.

———— Mitgliedsbuch legitimiert. ————

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Groß-Berlin.

Freitag, 29. September, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über das Arbeitslosen-Regulativ.
2. Stellungnahme zum Fensterstreik.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

# Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen Freitag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Stadtkloster „Rustlerstraße“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

## Branchen-Versammlung

aller in der

Berliner Geschäftsbuch-, Schreib-, Kassen-, Zeichen- und Kalenderblock-Industrie sowie Finiranstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Stellungnahme zum Verhalten der Vereinigung Berliner Buchbindermeister des Geschäftsbücherzweigs.
3. Beschlußfassung über event. Arbeitsniederlegung.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in Massen in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung.

Die Ortsverwaltung. Die Branchenleitung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

## Tanz-Schule Richard Heinrich.

### Beginn des Hauptkurses

- am Sonntag, den 1. und 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
- am Dienstag, den 3. u. 10. Oktober, abends 8 Uhr,
- im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I,
- am Mittwoch, den 4. u. 11. Oktober, abends 8 Uhr,
- im Artushof, Perleberger Str. 26 (Monat Wintergarten).



Anmeldungen erbitte rechtzeitig vor Beginn des Unterrichts, sowie nach meiner Wohnung zu richten.

Hochachtungsvoll

Richard Heinrich, Wrangelstr. 107, vorn II.

## Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Groß-Berlin.

Bitte, diese Liste aufzubewahren!

Groß-Berlin.

# Liste derjenigen Fabrikanten, die den Lohnstarif der Zigarrenarbeiter von Groß-Berlin bewilligt haben.

Parteigenossen, Arbeiter, Interessenten, Raucher! Wer die Tabakarbeiter in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen gewillt ist, beziehe seine Waren von nachstehenden Zigarrenfabrikanten. **Keht Solidarität!**

- |  |   |  |   |  |  |
|--|---|--|---|--|--|
| <p><b>Osten.</b></p> <p>*Otto Schirmer, Frankfurter Allee 7.<br/>*Willy Klein, Am Oberbaum 1.<br/>*Richard Schulze, Friedrichsfelder Straße 23.<br/>*W. Hanneemann, Breslauer Str. 8.<br/>*R. Friede, Langestr. 29, IV.<br/>*Paul Wotzschke, Andrastr. 16.<br/>*Hermann David, Weidenweg 3.<br/>*Helene Kolberg, Remeler Str. 34.<br/>*Paul Peterson, Weidenweg 83.<br/>*Hermann Raselow, Friedenstr. 74.<br/>*Franz Krüger, Volmer Str. 25.<br/>*Joh. Heiden, Weidenweg 26.<br/>*Gust. Voh, Volzstr. 6.<br/>*Gustav Prosel, Fruchtstr. 83.<br/>*Max Perche, Alfstr. 44.<br/>*G. Tornow, Weidenweg 8.<br/>*Immanuel Harzmann, Straßauer Allee 31 b II.<br/>*Johann Kiehl, Remeler Str. 7.<br/>*Otto Roglin, Schreinerstr. 65.<br/>*Anton Bröhlitz, Langestr. 66.</p> | <p>*Fr. Marie Schubert, Komintener Straße 30.<br/>*B. Spentkoh, Alfstr. 90.</p> <p><b>Südosten.</b></p> <p>*August Leschke, Adalbertstr. 18.<br/>*Th. Vaeber, Rammstr. 24.<br/>*Emil Gäbler, Curdstr. 48.<br/>*Louis Fikler, Blener Str. 57b.<br/>*Gustav Fikler, Forster Str. 8.<br/>*Robert Kehler, Mariannenstr. 37.<br/>*Jean Bruun, Brangellstr. 15.<br/>*Fris Lobbes, Adalbertstr. 65.<br/>*Wilhelm Friedel, Forster Str. 30.<br/>*Willy Strübner, Oberbahnstr. 33.<br/>*Robert Kämmer, Reichenberger Straße 167.<br/>*Paul Reichelt, Brangellstr. 62.</p> <p><b>Süden.</b></p> <p>*Willy Boerner, Kiehlstr. 15.<br/>*August Jech, Gildener Str. 53.<br/>*Gustav Schmidt, Gröfstr. 65.<br/>*Gustav Lohmann, Bäckertorstr. 40.</p> <p><b>Nordwesten.</b></p> <p>*Richard Kiepert, Zwinglstr. 29.<br/>*Otto Bornkessel, Waldstr. 39, III.</p> | <p>*Robert Aera, Stromstr. 25.<br/>*Richard Schoppan, Bielestr. 46, I.<br/>*G. Hagedorn, Senfstr. 33.<br/>*Hofenberg, Kottbuser Str. 21.</p> <p><b>Norden.</b></p> <p>*Deglow, Kochstr. 2a.<br/>*Paul Wajants, Bankstr. 24.<br/>*Hermann Kornecht, Bollnerstr. 23.<br/>*Heinrich Kewpers, Behrdehmer Straße 57.<br/>*H. Lindemann, Rheinsberger Str. 37.<br/>*Fris Sverber, Ruppiner Str. 44.<br/>*Franz Prodel, Ruppiner Str. 21.<br/>*H. Moris, Bernauer Str. 18.<br/>*Hermann Viebrecht, Weidenburger Straße 93.<br/>*Julius Rieck, Saarbrücker Str. 7.<br/>*Willy Klein, Kiehlstr. 194.<br/>*Paul Cypin, Lysnarstr. 2.<br/>*H. Roderich, Weidenburger Str. 16.<br/>*Karl Engelhardt, Schönhauser Allee 50a.<br/>*Karl Hellmann, Schönhauser Allee 40a II.<br/>*Franz Krause, Bielehölzer Str. 9.<br/>*Colmar Klose, Reimdenborfer Str. 26.</p> | <p>*G. Bongardt, Gleimstr. 40.<br/>*F. Zimmermann, Tredekonstr. 13.<br/>*Oerm. Kriedemann, Stargarder Straße 74.<br/>*Franz Frits, Leifstr. 4.<br/>*Paul Ros, Walplagenerstr. 24, I.<br/>*Wilhelm Nuh, Untonstr. 2.<br/>*W. Köppler, Warstr. 13a.<br/>*August Schirmer, Invalidenstr. 2.<br/>*G. Goben, Reienwalder Str. 22.<br/>*Louis Hoffmann, Gaudystr. 5.<br/>*Robert Gertel, Kolberger Str. 15.<br/>*Robert Grewe, Bielestr. 19.<br/>*P. Gorivoda, Stolpische Str. 44.<br/>*Friedrich Wschendrenner, Schleimannstr. 4.<br/>*Ad. Kramer, Schwedter Str. 18/19.<br/>*Friedrich Schulz, Bielestr. 60a.<br/>*Albert Haspel, Humboldtstr., gegenüber Kamlerstraße.<br/>*August Beutel, Bielehölzer Str. 24.<br/>*Eduard Wühl, Schönhauser Str. 11.<br/>*G. Herberg, Gleimstr. 65.<br/>*Karl Guberwald, Gramstr. 40.<br/>*Gustav Heunig, Kolonnenstr. 129.</p> <p><b>Nordosten.</b></p> <p>*W. Gedenrecht, Döbstr. 7 III.<br/>*Otto Better, Döbstr. 32.</p> | <p>*Joh. Krobisch, Büchlingstr. 20.<br/>*Max Polch, Friedrichsberger Str. 10.<br/>*Jakob Reul, Barnimstr. 42.<br/>*Karl Müller, Walestr. 38.<br/>*H. Bierbach, Bismstr. 25.<br/>*Th. Bernhöft, Gerickestr. 207.<br/>*Gustav Dünner, Tredekonstr. 36.<br/>*Georg Bürger, Tredekonstr. 38.<br/>*Geinrich Cke, Reyer Str. 22.<br/>*Eilfsberth Wolter, Marienburger Straße 32.<br/>*Gustav Richter, Landsberger Allee Nr. 145, G. pt.<br/>*Gustav Wittenberg, Barnimstr. 15.<br/>*W. Moewus, Weinstr. 29.<br/>*Gugo Wache, Kopenstr. 46.</p> <p><b>Zentrum.</b></p> <p>*A. Chaim, Kulackstr. 11, I.</p> <p><b>Vororte.</b></p> <p>*Albert Schumacher, Nützenberg, Gartenbergstr. 68.<br/>*G. Tromps, Nützenberg, Scharnweberstr. 44.<br/>*Paul Harting, Nützenberg, Rummelsburger Str. 18.<br/>*Joh. Bodrowski, Rummelsburger, Großener Str. 17.</p> | <p>*Colar Waserkopf, Vorhagen, Bielestr. 35.<br/>*Wilhelm Schulze, Nützenberg, Steinwegstr. 110.<br/>*Gustav Weder, Nützenberg, Junstr. 20.<br/>*Albert Schuster, Nützenberg, Fuldstraße 15.<br/>*J. Gaus, Nützenberg, Friedelstr. 3 III.<br/>*F. Schier, Nützenberg, Hermannstr. 200.<br/>*Gustav Carl, Nützenberg, Bringdandstr. 60.<br/>*Fris Schert, Reich, Rudower Str. 5.<br/>*Wilhelm Klein, Bismarckstr., Uhlendstr. 128.<br/>*Paul Witt, Steglitz, Doppelstr. 5.<br/>*Rob. Stübner, Steglitz, Schloßstraße 115.<br/>*W. Lehmann, Reimdenborfer-Str., Thunerstr. 5.<br/>*Willy Klein, Tegel, Beckler Str. 84.<br/>*Herm. Goldmann, Tegel, Beckler Straße 39 pt.<br/>*Ad. Janke, Prenzlauer, Nützenstr. 38.<br/>*Jacobl. Weihenzer, Beckler Allee 179.<br/>*Rob. Werner, Weihenzer, Sedanstraße 19 I.</p> |
|--|---|--|---|--|--|

Außerdem sämtliche Verkaufsstellen der Grobkauflaufgesellschaft Hamburg. — Alle mit einem \* versehenen Firmen haben Ladengeschäfte. Nachträglich eintreffende Bewilligungen werden den späteren Veröffentlichungen mit angefügt. — Plakate für Fabrikanten werden nur gegen Vorzeigung des unterzeichneten Tarifs im Bureau der Tabakarbeiter, Große Hamburger Str. 18/19, 2. Hof II, aufgehängt. Obigen Tariffirmen zur Kenntnis, daß Plakate für die Händler, die Zigarren zu Tariffirmen und nachweislich nur von Tariffirmen beziehen, den in Frage kommenden Fabrikanten täglich nachmittags von 1/3—5 Uhr von Unterzeichnetem ausgehändigt werden. Auf verschiedene Anfragen diene zur Antwort, daß wir eine Liste derjenigen Fabrikanten haben anfertigen lassen, welche neben den im „Vorwärts“ veröffentlichten Namen, Tarife mit unserem Verband abgeschlossen haben. Diese Liste können sich legitimierende Händler im Bureau erhalten.

Der Zigarrenfabrikant Herr J. Embrey N., Gleimstr. 10, im Süden, erfüllt die Tarifforderungen nicht. Die Fabrik ist für unsere Kollegen gesperrt.

Der Vertrauensmann, A. Schulz, Große Hamburger Str. 18/19.

# Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz. 10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4



## Gartenstadt Falkenhagen-West

direkt am Bahnhof Seegard. Fahrzeit ab Lehrter Hauptbahnhof 30 Min., ab Charlottenburg Bahnhof Jungfernheide, 20 Min.

Reisende landschaftliche Lage, meilenweite Laub- u. Nadelwälder, Idealste Wohnstätte für Jedermann. Leichtester Erwerb eines Eigenheims. Herr- u. Villen- und Landgrundstücke, □ R. 15 Mark an! Kleinste Anzahlung, 10jähr. Amortisationshypothek. — Sommer-Ferienhäuser 300 M., Eigenhäuser 500) M., an.

Auskunft u. Prosp. kostenlos im Verkaufspavillon links vom Bahnhofsausgang, in 1 Minute auf unserem Terrain.

Nieschalke & Nitsche Berlin, Neue Köpenicker Str. 16. Fernspr.: Amt VII, 6376.

# Achtung! Schneiderzwangsinnung. Achtung!

Heute finden die Vertreterwahlen zur Schneiderzwangsinnung für den Standesamtsbezirk 10 nachm. 5 Uhr und für die Standesamtsbezirke 11, 12 u. 13 abds. 7 Uhr im Evangelischen Vereinshaus, Oranienstr. 106, statt. Kein Gegner der Zwangsinnung veräußere, sich an dieser Wahl zu beteiligen und gebe jeder die Hilfe der Innungsgegner ab. Wegen der Legitimation verweisen wir auf die von der Innung angeforderte Mitteilung wegen der Wahl.

## Auf zur Wahl!

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscherarbeiter Deutschlands, Filiale Berlin I, Sebastianstr. 37. Tel.: Amt IV 9737.

## Tanz-Schule Reinhold Schebel.

Die neuen Unterrichtskurse beginnen: Sonntag, den 1. Oktober, nachm. 3 Uhr, in Anton Bookers Festalton, Weberstr. 17. Donnerstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, in Webers Gesellschaftshaus, Wilhelmberg, Hohen-Schönhauser Str. 58. Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung Keibelstraße 6 III oder bei Beginn des Unterrichts. Hochachtungsvoll Reinhold Schebel, Tanzlehrer.

## Wichtig für Frauen, Töchter, Schneiderinnen.



## Ein neuer Zusehneide-Frei-Kursus

beginnt am Montag, den 2. Oktober 1911.

Auch kann der Eintritt bis auf weiteres täglich erfolgen. Dauer des Frei-Kursus je nach Vorkenntnissen 1—4 Monate. Der Lehrplan umfaßt das abstr. Schnittzeichnen und praktische Zuschneiden aller erdenklichen Damen-, Mädchen- und Kinder-Garderoben von den einfachsten Modellen bis zu den elegantesten Berliner und Pariser Modellen. — Jede Dame arbeitet für sich selbst oder für den Bedarf ihrer Familie.

Der Unterricht ist völlig unentgeltlich und wird durch tägliche, erprobte Fachlehrerinnen erteilt, und zwar vormittags von 9—11 Uhr, nachmittags von 2—4 Uhr und 5—7 Uhr, abends 8—9 1/2 Uhr.

Kurse, Tage und Stunden des Unterrichts kann sich jede Dame selbst wählen. Anzukaufen sind nur die Lehrunterlagen. Kamelkariolen und Prospekt sind kostenlos von morgens 8 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr (auch Sonntags) bei der Vorleserin zu haben. Schriftliche Anfragen werden gratis und franco erledigt.

## Berliner Zuschneide-Akademie

Hochschule europäischer Damenmoden.

Dir. Krämer, Berlin, Oranienburger Str. 92, I., III. u. IV. Etage. direkt am Hackeschen Markt, Nähe Bahnhof Borsse und Zirkus Busch.

Bequeme Verbindung nach allen Gegenden der Stadt.







Partei-Angelegenheiten.

Groß-Lichterfelde. Heute Donnerstagabend: Handzettelverteilung. Die Bezirksführer des Westens nehmen die Handzettel Dürerstraße 42, des Ostens im Kaiserhof in Empfang. Freitag, den 29. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Saale von Ernst Richter, Chausseestra. 104: Öffentliche Versammlung, Tagesordnung: „Der Hunger droht. Die Notstandspolitik unserer Gemeindeverwaltung“. Referent: Genosse Julius Kaliski. Die Herren Gemeindevertreter sind eingeladen. Arbeiter, Parteigenossen und Genossen, sorgt für Massenbesuch. Der Einberufer.

Röpenitz. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Stadt-Theater: Öffentliche Versammlung, Tagesordnung: „Die politische und wirtschaftliche Lage“. Referent: Genosse Stiering.

Waldmannsluft und Umgegend. Am Sonnabend, den 30. September, abends 8 Uhr, in Hohen-Neudorf bei Blesin, (Waldhänse Krohnau, am Bahnhof Stolpe): Außerordentliche Mitgliederversammlung. — Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Das Wetterbureau.

Seitdem der Mensch sich die Luft erobert hat, ist die Kenntnis der Luftströmungen und der Witterungsverhältnisse für die nächsten Stunden oder Tage zu höherer Bedeutung gelangt. Kein Luftpilot unternimmt heute eine über mehr als eine Stunde ausgehende Fahrt, ohne über die Wetteraussichten genaue Erkundigungen eingezogen zu haben. Die hierfür maßgebende Stelle ist in Berlin das lange Zeit rein wissenschaftlich im Verborgenen gebliebene und erst im Jahre 1906 durch die forcierten Versuche mit lenkbarem Flugzeug mehr an die Öffentlichkeit getretene, von Professor Lessen geleitete Wetterbureau in der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule. Man darf sich nun darunter nicht ein Institut wie etwa eine Sternwarte mit ihrem umfangreichen technischen Hilfsapparat vorstellen. Vielmehr besteht die ganze Einrichtung der paar Arbeitszimmer aus einigen mit Schriftrollen überladenen Tischen sowie einer größeren Anzahl von Thermometern, Barometern und Hygrometern. Dieses letztere Instrument, das wagerecht aufgehängt wird und zur Messung des Feuchtigkeitsgehalts der Luft dient, ist für die Vorbestimmung der Witterung von ganz besonderer Wichtigkeit. Lediglich mit solchen Apparaten an einer einzigen Stelle läßt sich nun eine Vorbestimmung des Wetters nur unvollkommen berechnen, das heißt im großen und ganzen nur für Berlin, die Provinz Brandenburg und etwa noch ihre allernächste Umgebung. Damit wäre den Luftpiloten und den zahlreichen übrigen Interessenten, die innerhalb eines einzigen Tages von einem Ende Deutschlands zum anderen mit der Eisenbahn fahren, nicht gedient. Es mußten also Einrichtungen getroffen werden, um die Wetterprognose für ganz Deutschland und noch darüber hinaus zu stellen. Zu diesem Zweck ist Norddeutschland in zehn Wetterbezirke eingeteilt, die jeder für sich, genau wie die Berliner Wehstelle für Berlin und seine weitere Umgebung, ihre Beobachtungen machen und diese der Hamburger Seewarte mitteilen. Außerdem bestehen im ganzen Deutschen Reich, also auch in Süddeutschland, mehrere hundert Wetterdienststellen, an denen nach bestimmten sinnreichen Regeln die Temperatur, der Luftdruck, der Niederschlag und die Feuchtigkeit der Luft gemessen wird. Die Ergebnisse dieser Messungen an den zahlreichen Einzelstellen sind nun sehr verschieden, je nachdem sie innerhalb großer bebauter Komplexe (Städte), auf dem flachen Lande oder im Gebirge erfolgen. Natürlich ist nicht überall ein besonderes Wetterbureau wie in Berlin eingerichtet, sondern viele naturwissenschaftlich gebildete Leute, insbesondere auch Lehrer, unterziehen sich der ziemlich genauen Sammelarbeit. Von allen diesen Einzelstellen wird das Ergebnis der Beobachtung täglich nach Berlin telegraphiert. Dazu kommt das Depeschmaterial der an die Hamburger Seewarte von den zehn Wetterbezirken Norddeutschlands erstatteten Berichte. Erst wenn von allen Seiten täglich in schneller Folge die Fäden zusammengelaufen sind, läßt sich das Netz spinnen, eine annähernd zuverlässige Wettervorhersage für den nächsten Tag und je nach Umständen auch für einen längeren Zeitraum. Ohne Frage wird diese exakte Organisation, deren Nutzen für moderne Arbeits- und Lebensverhältnisse gar nicht abzusehen ist, im Laufe der nächsten Jahre noch erheblich vervollkommen werden können und müssen. Treten auch zuweilen so schnell Luftveränderungen ein, daß die Prognose über den Haufen geworfen wird, so ist doch zweifellos den Ankündigungen des Berliner Wetterbureaus eine gewisse Zuverlässigkeit nicht abzuspüren.

Aus der Deputation für die Straßenreinigung. In der letzten Sitzung der Deputation für die städtische Straßenreinigung stand als erster Gegenstand eine neue Arbeitsordnung zur Beratung. Von unserer Seite waren zahlreiche Änderungsanträge vorbereitet, deren Erledigung über zwei Stunden der Verhandlungen in Anspruch nahm. Annahme fanden nur zwei Bestimmungen. Zu § 2 wurde die Zulassung gegeben, daß Arbeitern, deren Einstellung erfolgt, die Kosten des bezugbringenden ärztlichen Gesundheits-attestates erstattet werden sollen. Bei Nichteingestellten werden Kosten für das Attest ärztlicherseits nicht liquidiert. § 3 wurde dahin erweitert, daß das Attest einer Bescheinigung auszustellende Zeugnis bei Beendigung des Dienstverhältnisses auf Verlangen auf die Leistungen und die Führung im Dienste auszuweisen ist. Außerdem erhielt § 1 eine aus der Sache sich ergebende Änderung. Alle anderen Anträge wurden von der Deputation mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Das Hauptargument der ablehnenden Mehrheit bestand in dem Einwand, daß in der Verhandlung, die von der Direktion mit dem Arbeiterausschuß über die Arbeitsordnung geschlossen wurde, Einwände nicht erhoben seien, vielmehr dieselbe einstimmig genehmigt sei. Als Beweis wurde das Protokoll der Verhandlung vorgelegt. Dasselbe trägt die Unterschrift von neun Ausschussmitgliedern. Diese Tatsache konnte die Antragsteller nicht abhalten, die ihrer Ansicht nach notwendigen Verbesserungen zu beantragen. Unter den anderen Beratungsgegenständen befanden sich zwei Unterstützungsanträge, denen stattgegeben wurde. — Aufgenommen in den Arbeitsplan wurden mehrere Straßen. — Der Lieferungsvertrag für die Befeldung des Kuffschs- und Arbeitspersonals mit der Firma Czempin wurde um zwei Jahre verlängert. — Dem Verkehrsinteresse entsprechend, wurden zwei Telephonanschlüsse in den Abteilungen und dem Austausch eines Autos genehmigt.

Die Wahlen zum Zweckverband. Gestern fand unter Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Sitzung der gemischten Deputation zur Vorbereitung des Wahlverfahrens und der Wahlen zur Zweckverbandversammlung des Zweckverbandes statt. Die Stadt Berlin hat zu der Zweckverbandversammlung außer dem Oberbürgermeister, der Vor-

sitzender der Versammlung ist, 40 Vertreter zu entsenden. Jedes Verbandsmitglied muß außerdem mindestens einen Vertreter haben. Es müssen also 80 Personen von den Gemeindebehörden Berlins gewählt werden. Man beschloß, den Gemeindebehörden für das Wahlverfahren die Anwendung des Wahlreglements der Provinzialordnung vom 29. April 1876 mit gewissen Änderungen zu empfehlen; insbesondere wäre das Einberufungsrecht des Ministers des Innern dazu einzuholen, daß die Wahlen in Berlin mit Rücksicht auf die Verhältnisse nicht durch Stimmzettel, sondern durch Zursichkommen erfolgen können. Es wurde in Aussicht genommen, für die Wahl 8 Registrarsmitglieder und 32 Stadtverordnete vorzuschlagen. Die Vorschläge der Personen soll in einer späteren Sitzung erfolgen.

Wehr Kinderzuschuß!

Die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder ist in Berlin und seinen Vororten, wie die Kinderzuschußkommission oft genug festgestellt hat, leider immer noch überaus häufig. Auch die Vorschriften des Kinderzuschußgesetzes, das die Erwerbsarbeit der Kinder von einem gewissen Alter an und unter gewissen Bedingungen noch zuläßt, können nicht verhindern, daß die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft fortbauert. Dabei werden selbst die geringen Einschränkungen, die gegenüber der Kinderausbeutung durch das Gesetz vorgeschrieben sind, nur zu oft nicht beachtet.

Die schlimmsten Mißbräuche werden wohl in den Schulferien getrieben, wo ja die Verletzung, die Arbeitskraft von Kindern auszunutzen, für Unternehmer wie für Eltern noch größer als sonst ist. Das Kinderzuschußgesetz kommt solchen Wünschen ohnedies entgegen, indem es für die Schulferien die Ausnahmebestimmung trifft, daß die Arbeitszeit der erwerbstätigen Kinder, die sonst auf täglich drei Stunden begrenzt ist, hier auf vier Stunden ausgedehnt werden darf. Aber diese vier Stunden genügen weder dem Unternehmer, der Profit aus Kinderhänden herauszuholen will, noch den Eltern, die ihre Kinder mitverdienen lassen wollen.

Eine besonders arge Ueberschreitung der für die Ferien zugelassenen Arbeitsdauer ist in den diesjährigen Sommerferien durch eine Kontrollantin der Kinderzuschußkommission in einem Betriebe ermittelt worden, von dem es sehr fraglich erscheint, ob in ihm überhaupt irgendwelche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder durch das Gesetz gestattet ist. Im Hinblick auf die Herbstferien, die in den nächsten Tagen beginnen und gewiß wieder manchem Kinde durch langdauernde Erwerbsarbeit verbittert werden sollen, holten wir es für unsere Pflicht, die über jenen Betrieb gemachten Feststellungen zu veröffentlichen. Es handelt sich um das Geschäft von R. Aron (Greifswalder Straße 96-98), das nach Angabe des Adressbuchs ein Produktengroßgeschäft ist. Die Firma laßt hauptsächlich Abfälle von Papier und Wappen, um sie weiter zu verwerten, den Betrieb abnehmen dem der Lumpenfortrierereien, in denen nach den Vorschriften des Kinderzuschußgesetzes die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder gänzlich verboten ist. Bei Aron sind aber, wie leider erst jetzt bekannt geworden ist, eine Reihe von Jahren hindurch und bis in diesen Sommer hinein in den Ferien zahlreiche Kinder mitbeschäftigt worden und das obenein bei einer Arbeitsdauer, an der ein Erwachsener genug haben kann.

In den diesjährigen Sommerferien sind bei Aron zugleich 16 Kinder beschäftigt gewesen, die größtenteils aus dem benachbarten Weihensee herbeiführen. Die Kinder standen, soweit Feststellungen darüber gemacht werden konnten, im Alter zwischen 11 und 14 Jahren; es ist aber sehr wahrscheinlich, daß einige noch erheblich jünger waren. Unter den Kindern befanden sich auch ein paar, die erst einige Wochen vorher aus der Erholungsstätte Weihensee zurückgekehrt waren, in die die Gemeinde Weihensee sie wegen Kränklichkeit entsandt hatte. Die „Nochur“ in dem Aronischen Betrieb wird ihnen „gut“ bekommen sein! In demselben Arbeitsraum sahen Frauen, die Papier glatt strichen und sortierten, und Kinder, die aufgeschaltete Musterkarten des Rudolph Herzogischen Konfektionsgeschäfts in ihre Bestandteile zerlegten, indem sie die Stoffe von den Pappartons lösten. Gewiß, diese sauberen Stoffe sind nicht dasselbe wie schmutzige Lumpen, aber auch durch sie wird bei der Arbeit ein den Lungen schädlicher Staub erzeugt.

Bei dieser Tätigkeit brachten die Kinder in den Ferien dieses heißen Sommers täglich volle sieben Stunden zu! Die Arbeit begann morgens um 7 Uhr, endete nachmittags um 4 Uhr und wurde durch Frühstück, Mittags- und Vesperpausen unterbrochen, aber deren Länge die Angaben der Kinder schwanken. Nehmen wir sie auf zusammen zwei Stunden an, so ergibt sich bei neunstündigem Aufenthalt im Betriebe eine siebenstündige Arbeitszeit. Im vorigen Sommer soll die Arbeit morgens um 7 Uhr begonnen und sogar bis 8 Uhr abends gedauert haben. Will man wissen, wie hoch der Verdienst war, den die Kinder heimbrachten? Selbstverständlich ließ das Geschäft die Kinder nicht gegen Tagelohn, sondern im Akkord arbeiten, weil so mehr aus ihnen herauszuholen war. Mehr als 4 M. pro Woche scheint dabei kein Kind verdient zu haben, in der Regel ging der Verdienst wohl nicht über 3 Mark pro Woche hinaus, und manche Kinder schafften nur 2 Mark pro Woche oder noch weniger. 2 Mark pro Woche macht pro Arbeitstag ungefähr 35 Pfennige, das ergibt pro Arbeitsstunde ganze fünf Pfennige. Für 5 Pfennige pro Stunde wurden die Kinder bei glühender Sommerhitze in den dunsigen Arbeitsraum gepfercht, für 5 Pfennige pro Stunde wurden sie um ihre Ferienerholung gebracht.

Die Firma hat gegenüber dem Hinweis auf das gesetzlich Unzulässige ihres Verhaltens die Kinder sofort abgelohnt. Sie entschuldigte sich damit, daß ihr bisher die Bestimmungen des Kinderzuschußgesetzes unbekannt gewesen seien. Es ist zu hoffen, daß bei ihr sich diese Artumdrehung von Kindern nicht wiederholt. Leider darf man aber aberzweifel sein, daß ähnlich Schlimmes auch in anderen Geschäften getrieben wird und unbemerkt fortbauert. Die Kinderzuschußkommission zählt zu ihren wichtigsten Aufgaben die, das Geseh der erwerbstätigen Kinder aufzudecken. Nur so oft muß sie sehen, daß Rot es war, die die Eltern zwang, profitgierigen Unternehmern die Kinder als Ausbeutungsobjekte zu liefern.

Auch zweierlei Maß. Das Berliner Polizeipräsidium teilt regelmäßig im „Berliner Lokal-Anzeiger“ mit, daß irgend ein „Hühnerdieb“ zur Führung eines Kraftfahrzeuges, der für eine bestimmte Person vom Verkehrsministerium ausgestellt war, für ungültig erklärt wird und einzuziehen ist. Darunter steht dann stets die Schlußformel: „Angewiesen ist der Schein verloren gegangen“. Im Abendblatt des Scherzorgans vom Dienstag steht man zwei solche Bekanntmachungen, beide vom Regierungsrat Haselau unterzeichnet, hintereinander. Die eine betrifft einen Rittmeister, die andere einen Chauffeur. Aber nur bei dem Chauffeur steht der Zusatz, daß der Schein „angewiesen“ verloren gegangen ist. Man sieht daran, wie zartfühlend doch jeweils unsere Polizei sein kann. Der Offizier würde sich doch schwer beleidigt fühlen, wenn man in seine Angabe, daß er den Führerschein verloren habe, Zweifel setzen wollte. Dem einfachen Chauffeur darf man nach Ansicht des Polizeipräsidiums ohne weiteres mittrauen.

Luft- und Lichtäder sollen in städtischen Badeanstalten eingerichtet und den interessierten Vereinen auf Verlangen der städtischen Deputation für das Badewesen zur Verfügung gestellt werden.

Von einer Revue im Fürstengraben Wehbarara in Weihensee wissen bürgerliche Blätter folgendes zu berichten: Dienstag früh, als von vierzig Jünglingen die Mehrzahl bereits an ihre Arbeit ging, verweilerten acht Mädchen im Gisaal den Dienst. Auf das gütliche Vorhalten der Vorgesetzten erwiderte eine, sie wäre schlecht behandelt worden, eine Wärterin hätte gedroht, ihr ein Tintenfaß

an den Kopf zu werfen und solche Drohung brauchten sie sich nicht gefallen zu lassen. (Die betreffende Wärterin sollte gefesselt Wehbarara verlassen und hat auch seit Sonntag nicht mehr Dienst getan.) Da alles Zureden nicht half, wurde der Gisaal vergeschlossen. Nun begannen die acht Mädchen einen wilden Tumult. Sie bewaffneten sich mit Gardinenstangen, zertrümmerten die Fenster, stießen die Wände der Wäckerkränke ein, zerrißen eine erst vor kurzem angeschaffte neue Bibliothek im Werte von 180 M. und demolierten Stühle, Bänke, kurz alles, was ihnen erreichbar schien. Die Aufseherinnen holten nur die Polizei, zwei der Widerpenstlichsten wurden in die sogenannten Arrestzellen gesperrt; auch hier rissen sie einen angeschraubten Stuhl los, zertrümmerten das Fenster und die Türöffnung, zerpfückten einen Strohsack und warfen die Fegen in den Garten. Die anderen vier bis sechs hatten sich inzwischen beruhigt und sammelten sogar friedfertig die zerrißenen Wäcker wieder auf und suchten die Spuren ihrer Tätigkeit zu beseitigen. Die übrigen Mädchen der Anstalt verhielten sich in der Rührstube völlig ruhig und äußerten ihren Unwillen über den Ausbruch der Genosseninnen. Gestern früh wurden die acht auffässigen Jünglinge dem Amtsgericht Weihensee zugeführt.

Sämtliche Fürsorgezöglinge von Wehbarara sind von der Stadt Berlin dorthin überwiesen und befinden sich in einem Alter von 15 bis 20 Jahren. Die Direktor Anauß vom städtischen Waisenhaus der „Vossischen Zeitung“ zu dem Vorfall noch erklärt, wird die Wehbarara keinen Strafantrag stellen, da eine derartige Bestrafung dem Prinzip der Fürsorge widerspreche. Der Antrag der Anstalt ist ohne Wissen der Behörde ergangen, allerdings wohl nur aus der Not des Augenblicks heraus, da die Leiterin und der Direktor nicht anwesend waren.

Es ist doch kaum anzunehmen, daß die Mädchen ohne jeden Grund und Ursache zu den Verzweiflungsschritten gekommen sind. Uns sind im Laufe der letzten Jahre wiederholt Klagen über die Behandlung der Mädchen in Wehbarara zugegangen, ohne daß wir in der Lage waren, die Berechtigung der Klagen nachprüfen zu können. Mit Strafen ist da nichts getan, es muß vielmehr eine gründliche unparteiische Untersuchung durch unsere Waisenverwaltung stattfinden, um die Wahrheit zu ermitteln.

Ein Krieg um den Milchpreis

scheint auszubrechen zu wollen zwischen den größeren Milchhändlern, die ihre Milch als Pächter direkt von den Produzenten beziehen, und den kleineren, die nur Abnehmer solcher Pächter sein können.

Sie haben am Mittwoch berichtet, daß eine Versammlung von Milchhändlern, die überaus zahlreich besucht war, nahezu einstimmig beschlossen hat, vom 1. Oktober ab den Milchpreis auf 24 Pfennig bei Ladenverkauf und 26 Pfennig bei Hauslieferung zu erhöhen. Die Verantwortung für diese Milchverteuerung wurde in erster Linie den Milchpächtern aufgebürdet, denen man vorwarf, daß sie wegen der herrschenden Milchknappheit einander bei den Milchproduzenten in den Preisen zu überbieten gesucht und dann die Mehrausgabe den als Abnehmer auftretenden kleineren Milchhändlern zugewälzt hätten. In einer Versammlung der Milchproduzenten, die an demselben Tage unter Beteiligung von Milchpächtern stattgefunden hatte, war beschlossen worden, daß in dem gegenwärtigen Augenblick die Produzenten den Preis zunächst nicht weiter erhöhen wollten und daß im Handel der schon vor zwei Jahren festgesetzte Milchpreis von 22 Pf. bei Ladenverkauf und 24 Pf. bei Hauslieferung beibehalten und nimmere allgemein durchgeführt werden sollte. Jetzt wird gemeldet, daß die Milchpächter auch gegenüber dem von den kleineren Milchhändlern geforderten Verzicht einer Erhöhung des Milchpreises auf 24 Pf. und 26 Pf. an ihren alten Preisen von 22 Pf. und 24 Pf. festhalten wollen und demnach in einer vom Verein Berliner Milchpächter einzuberufenden Versammlung darüber beschließen werden. Ein solcher Beschluß wird von der minderbemittelten Bevölkerung, die ohnedies unter der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensmittel schwer leidet, mit Freude begrüßt werden, aber die Milchpächter haben keinen Anlaß, auf dieses „Opfer“ besonders stolz zu sein. Sie können sich diese „Großmut“ leisten, weil sie einen Teil der von den Produzenten ihnen aufgepackten Preiserhöhung bereits auf die ihnen als Abnehmer gegenüberstehenden kleineren Milchhändler abgewälzt haben, die ihrerseits die Mehrausgabe nun auf das konsumierende Publikum abzuwälzen versuchen.

Den Letzten beihen die Hunde, aber der Letzte wird diesmal wohl der kleine Milchhändler bleiben, dem der Konsument die verteuerte Milch nicht wird abnehmen können oder wollen. Wohl der einzige, der bei diesem Milchkrieg ins Häusliche sich lachend einen Profit einsackt, ist wieder mal der Milchproduzent.

Die Flugwoche in Johannisthal.

Auch der vierte Tag der Flugwoche war vom Wetter äußerst begünstigt, so daß die sportlichen Leistungen sich denen der vorhergehenden Tage würdig anreihen. Mehrere Piloten, nämlich Pietzker, Hoffmann und Fräulein Boese, flogen wiederum glatt ihre 2 Stunden und 20 Minuten. Auch Subela brachte es auf circa 2 Stunden, Kühner und Engelhardt auf 1 1/2 Stunden, Delewich und Schwandt auf 1 1/2 Stunden! Unter den übrigen Fliegern zeichnete sich der junge Hausacke durch einen Flug aus, der sich in bedeutenden Höhen bewegte. Die höchste Höhe erreichte diesmal Kapitän Engelhardt, der es auf etwa 700 Meter brachte. Doch war das Emporsteigen zu Höhen von 400 bis 600 Meter auch diesmal etwas ganz Gewöhnliches. Sicherlich hätte das windstille Wetter zu besonderen Höhenflügen eingeladen, wenn diesmal ein Höhenpreis ausgeschrieben wäre.

Nach dem offiziellen Schluß des Meetings gab es noch eine interessante Extravorstellung. Es wurden nämlich zwei besonders schnelle Rennfahrzeuge im Wettbewerb miteinander vorgeführt, eine Rumpel-Tonne mit 120pferdigem Motor durch Hertz und ein Abblatze-Eindecker mit 100pferdigem Motor durch Jeannin. Beide Apparate besaßen eine Geschwindigkeit von mehr als 100 Kilometern — welcher Apparat der schnellere ist, ließ sich nicht feststellen. Beide Piloten bewiesen ihre Klänge durch die schneidigen Evolutionen, durch jähe Aufstiege und ebenso jähe, sturzartige Gleitflüge aus beträchtlicher Höhe. Die tollkühnen Virtuosenstücke dieser beiden erstklassigen Flieger zeigten so recht, wie weit wir es bereits in der Beherrschung der Luft gebracht haben.

Selbstmord eines Schuttmanns im Lustgarten. Der 31 Jahre alte Schuttmann Emil Woll, der sich noch in der Probezeit befindet, hat sich in der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr im Lustgarten mit seinem Dienstrevolver erschossen. Woll sprach kurz vorher noch mit einem Kollegen, der am Portal 4 des Königl. Schlosses Posten stand, ohne daß diesem das Gerücht an dem Wefen Woll angefallen ist. Von der Klinik in der Flegelstraße, zu der Kollegen des Woll diesen hingebacht hatten, wo aber nur noch der bereits



eingetretene Tod des Beamten festgestellt werden konnte, wurde die Leiche nach dem Garnisonlazarett in der Scharnhorststraße gebracht. Moll hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen, die aus der linken Kopffseite wieder herausgedrungen war.

**Auf der Suche nach Albert Giesow.** Die Nachforschungen nach dem im Jahre 1898 verschwundenen Lederarbeiter Albert Giesow, der vermutlich das Opfer eines Verbrechens geworden ist, werden mit voller Energie betrieben. Auf dem Grundstück Brieger Str. 11 sind seit gestern Morgen um 8 Uhr wieder sechs Pioniere unter der Leitung zweier Kriminalbeamter damit beschäftigt, den auf dem Hof gelegenen Garten umzugraben und nach den etwaigen Resten des Sektettes zu forschen. Die 40 Quadratmeter große Fläche wurde von den Soldaten im Laufe des Vormittags bis zu einer Tiefe von zwei Metern vollständig umgegraben und die in dem Garten stehenden Bäume zum Teil entfernt. Bis gegen Mittag konnte man jedoch noch nichts Verdächtiges finden. Der Verdacht der Kriminalpolizei war auf zwei Stellen des Terrains gerichtet. Man nahm an, daß, wenn die Leiche überhaupt in dem Garten vergraben sein sollte, sie wahrscheinlich unter einer mitten auf der kleinen freien Fläche errichteten Laube verborgen sein würde. Die Holzlaube wurde deshalb sorgfältig entfernt, doch fand man hier nichts. Auch die Untersuchung der zweiten Stelle ergab kein positives Resultat. Auf der hinteren Seite des Hofes stand bis zum Jahre 1897 eine kleine Tischlerei, die in dem genannten Jahre abgerissen wurde. An der Baustelle befand sich eine tiefe Baugrube, die, wie aus den anonymen Briefen hervorgeht und durch Nachforschungen der Behörde bestätigt wurde, einige Tage nach dem plötzlichen Verschwinden Albert Giesows zugeschüttet wurde. Jedoch auch hier fand man nichts. Die Ausschachtungen wurden bis zu einer Tiefe von zwei Meter durchgeführt, weil es ausgeschlossen erscheint, daß ein oder zwei Männer, also die mutmaßlichen Täter im Laufe einer Nacht ein tieferes Loch auszuheben imstande gewesen sein können. Die Ausschachtungsarbeiten in dem Keller Giesows, der, wie bekannt, späterhin zementiert wurde, werden erst im Laufe des Donnerstags vorgenommen werden. Die Arbeiten dürften sich dort sehr schwierig gestalten, da die Betondecke 30 Zentimeter stark ist und nur sehr vorsichtig mit Hammer und Meißel entfernt werden kann. Sollte sich unter der Zementdecke etwa eine Lage Kalk befinden, so dürften die Nachforschungen ergebnislos sein, da die Knochen des Sektettes vor dem Kalk ausgezehrt sein dürften. Das Haus Brieger Str. 11 wurde am gestrigen Vormittag von Hunderten von Zuschauern belagert, die sich Stundenlang vor dem Gebäude aufhielten und vergeblich einen Blick auf den Hof und den angrenzenden Garten zu tun versuchten. Das Eingangstor wurde von Schutzleuten flankiert, die Neugierige energisch abwehrten und nur Hausbesohnern den Zutritt gestatteten.

Noch nicht aufgeklärt ist bis heute ein Vorfall, der sich in der Nacht von Montag zu Dienstag in Oranienburg in der Lehnitzstraße abgespielt hat. Gegen 8 Uhr morgens fand ein patrouillierender Polizeibeamter in dieser Straße einen Mann auf dem Straßendamm ausgestreckt liegend. Der Körper war mit Blut befleckt, das linke Ohr zur Hälfte abgerissen und der Schädel am Hinterkopf gespalten. In dem völlig Bewußtlosen wurde der Baggermeister David Enselaid refognosziert, der bei der Firma Gramens angestellt war. Im Krankenhaus konstatierten die Ärzte noch außerdem eine schwere Gehirnerschütterung. Wenige Stunden später ist er dort ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben. Man nimmt an, daß er das Opfer eines heimtückischen Mordes geworden ist, der aus Rache gegen ihn verübt wurde. Ein Raubmord dürfte kaum in Betracht kommen, da weder Uhr noch Portemonaie fehlten.

**Zu dem Tode der Frau Erler** schreibt uns der Vermieter des Hauses Voigtstraße 7/8 folgendes:

Die Notiz macht mir den Vorwurf, durch Erhebung der Ermittlungsfrage die Ursache zu dem Selbstmorde der Frau Erler gegeben zu haben. Dies ist insofern unrichtig, als Herr Erler selbst der Kriminalpolizei Bezirk 3 erklärt hat, daß schon vor der Erhebung der Ermittlungsfrage die Schwermut seiner Frau insbesondere darin ihren Grund gehabt habe, daß er vor mehreren Wochen mit einer anderen Frau ausgegangen sei. Die Notiz macht mir ferner den Vorwurf einer rigorosen Ausübung des Ermittlungsrechtes in einer unbegründeten Klage. Es ist richtig, daß ich ebenso wie vielen anderen Mietern, auch Herrn Erler gegenüber bei unpünktlicher Mietzahlung häufig Nachsicht geübt habe. Ich habe aber bei abermaliger unpünktlicher Zahlung im August d. J. Herrn Erler ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Miete pünktlich, d. h. spätestens bis zum vierten Tage des Monats, bei Verminderung der Ermittlung gezahlt werden müsse. Erler war demnach vorbereitet. Aus diesen Gründen hat auch das königliche Amtsgericht Berlin-Mitte in heutigen Termine dem Ermittlungsantrage ohne Beweisaufnahme entsprochen.

**Ein aufregender Vorfall** spielte sich gestern vormittag 10 Uhr in dem Hause Schmidstr. 17a ab. Eine dort drei Treppen wohnende Frau wurde plötzlich gestört, sang und schimpfte zum offenen Fenster auf die sich auf der Straße ansammelnde Menge hinab. Da die Frau sich eingeschlossen hatte, wählte die Polizei keinen anderen Ausweg, als die Feuerwehre herbeizurufen, die auch in wenigen Minuten zur Stelle war und die Kranke aus der Wohnung nach dem Polizeirevier in der Kanderstraße schaffte. Von dort erst brachte man dieselbe mittels Krankenwagens nach der Irrenanstalt.

**Erstschossen** hat sich gestern nachmittag 5 Uhr der 76 Jahre alte Privatier Martin Cohn aus der Joachimstraße 20. Als Motiv zur Tat wird Lebensüberdruß wegen langwieriger Krankheit angegeben. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod des alten Mannes feststellen.

**Zeugengesuch.** Am 28. August ist eine Frau, die den Straßenbahnwagen der Linie 29 vom Wedding bis Alexanderplatz in der Zeit zwischen 1/2 12—1 Uhr benutzte, beim Ueberfahren einer Weiche zur Seite geschleudert und innerlich verletzt worden. Der Herr, der neben der Frau stand und den Vorfall beobachtete, wird um Angabe seiner Adresse an Röhre, Bülowstr. 53, Luergengebäude IV, gebeten.

**Zeugen gesucht.** Personen, die gesehen haben, wie am Freitag, den 28. Juli d. J., nach der Verammlung mit den französischen Gewerkschaftsführern in der „Neuen Welt“ des Nachts um 1/2 12 Uhr aus dem Turnplatz in der Halensee 114 Schulkeule lamen, werden gebeten, ihre Adressen an J. Röhre, SO. 26, Rottbuser Str. 13, gelangen zu lassen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Charlottenburgs Vermögen und Schulden.** Die Aktiva der Stadtgemeinde betragen laut Vermögenslagerbuch 196,8 Millionen Mark, von denen 192,8 Millionen auf das Kämmereivermögen, 9,5 Millionen auf Stiftungsvermögen entfallen. Von dem Kämmereivermögen entfallen wiederum 113 Millionen auf die allgemeine Verwaltung, 56,9 Millionen auf Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, 17,5 Millionen auf die Kanalisationswerke und 3,5 Millionen auf Vabestrafen, Stätteplatz und Lagerplatz. Im einzelnen verteilt sich das Vermögen auf Grundbesitz mit 145,7 Millionen, ausstehende Kapitalien 15 Millionen, Kassenbestände 15,5 Millionen, ausstehende Einzahlungen 1 Million, Wert des Mobiliars und Inventars 19,3 Millionen. Gegen das Vorjahr ergibt sich eine Erhöhung der Aktiva um 16,8 Millionen. Die Passiven betragen laut Schuldagerbuch 154,6 Millionen gegen 148,9 Millionen im Vorjahr, mithin 6,4 Millionen mehr. Von diesem Mehr entfallen rund 2,4 Millionen auf die städtischen Werke, welche die Verzinsung selbst anbringen bzw. einen erheblichen Gewinn abwerfen. Die Anleiheverbindlichkeiten betragen 136 Millionen. Bei Gegenüberstellung der Zunahme der Aktiven und Passiven ergibt sich also ein Mehrzuwachs an Mitteln um 10,4 Millionen, ein Zugang, der zurückzuführen ist auf Ursachen, die entweder zur Schaffung von Vermögenswerten führten, ohne gleichzeitig die Schulden zu vermehren, oder die Schulden einseitig minderten, insbesondere auf Neubauten, deren Kosten aus

laufenden Mitteln bestritten wurden, auf das Anwachsen der städtischen Fonds (einseitige Kapitalansammlungen, Grundstücksvererbensfonds, Ausgleichs- und Reservefonds usw.), den Mehrwert des Mobiliars (allein für die Beschaffung von Elektrizitätszählern wurden 963 000 M. aufgewendet, den Mehrwert des Verwaltungsbüchereis der Jahre 1911 gegenüber dem des Vorjahres (plus 738 000 M.) und die planmäßige Tilgung der Anleihen. Auch die höhere Bewertung der städtischen Grundstücke, schon infolge der angewendeten Zinsen, wirkte erhöhend auf die Aktiven ein.

### Schöneberg.

**Die Stadtverordnetenwahl im 1. Bezirk** zeitigte eine echt liberale Wahl. Schon in den Flugblättern wurden die Unwahrheiten über die Sozialdemokratie kübelweise gegossen, so daß der Reichsverband dagegen gar nicht aufkam. Eine schöne Blüte im Liberalismus war nun erst der Wahlvorsteher Herr Großmann. Als ihm die Wähler scheinbar zu langsam den Namen des Kandidaten herfragten, nahm er den Wählern einfach den Stimmzettel aus der Hand und verlas den Namen laut und deutlich. Als unsere Genossen im Wahlvorstand gegen ein derartiges Verfahren protestierten, verwies der Wahlvorsteher die beiden Weisiger aus dem Lokal. Kurz vor 8 Uhr wurde der Wahlakt geschlossen, als noch einige Wähler erschienen, wurde die Wahl nochmals eröffnet und sofort wieder geschlossen zu werden.

Das Ergebnis der Wahl war folgendes: von 2239 eingeschriebenen Wählern gaben 578 dem Architekten Laffen die Stimme, während Genosse Röhre 333 Stimmen erhielt, ersterer ist somit bis zum 31. Dezember 1913 gewählt. Gegen die Wahl soll Protest eingelegt werden.

### Groß-Lichterfelde.

**Die Gemeindevertretung** nahm in ihrer letzten Sitzung Stellung zur Aufnahme einer vorübergehenden Anleihe von 300 000 Mark. Bürgermeister Schulz begründete die Notwendigkeit der Aufnahme einer solchen Anleihe mit der unaufschiebbaren Erhöhung des Betriebsfonds auf 600 000 M. An Gehältern, Zinsen usw. seien jetzt schon zirka 170 000 M. auszugeben und weitere Ausgaben auf Grund der Beschlüsse der Gemeindevertretung seien zu bestreiten. Das Darlehen solle von der Sparkasse des Kreises Teltow entnommen werden. G.-V. Reher wünscht das Darlehen von der Sparkasse auf eine längere Reihe von Jahren; über den Kündigungstermin mit der Sparkasse gar nichts zu vereinbaren, halte er mit Rücksicht auf die jeweilige Geldlage nicht für wünschenswert. Obligationenleihen seien zu solchen günstigen Bedingungen nicht zu bekommen, mühten auch außerdem amortisiert werden; dies läme bei schwebenden Darlehen in Wegfall. G.-V. Jäger will das Darlehen auf höchstens zwei Jahre aufgenommen wissen. Die Gemeinde werde doch bis dahin ungefähr einer Million Mark bedürfen und diese Summe durch eine Obligationenleihe decken müssen. Die Gemeindevertretung beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 M. bei der Kreisparlase Teltow zu 4 Proz. zur Auffüllung des Betriebsfonds für so lange als die Sparkasse keine Amortisationsquote verlangt. Innerhalb eines Jahres solle der Gemeindevorstand bestimmte Vorschläge bezüglich der eventl. Aufnahme einer weiteren Anleihe machen. Als stellvertretender Vorsitzender des Kaufmanns- und Gewerbevereins wurde an Stelle des verstorbenen Justizrats Scheff Justizrat Springer gewählt. Ueber die Eisfabrik teilte Schöffe Lange mit, daß sie im kommenden Frühjahr in Betrieb gesetzt werden könne. Es seien bereits eine Reihe von Versicherungsträgen eingegangen. Zur Anlage einer Promenade auf dem Gelände der Terraingesehst am Neuen Botanischen Garten längs der Wannesebahn wurden 20 000 M. für den Erwerb von 50 Quadratrudden Land und 3500 M. für Anlage der Promenade bewilligt. Ueberhalb der Tagesordnung lagen zwei dringliche Anträge von Mitgliedern der Gemeindevertretung vor. Der erste beschäftigt sich mit der neuen Rechtslage in der Auguststraße infolge eines Prozesses des Wärtner's Thom gegen den Bauverein und bezweckt den Anschluß der dortigen Grundstücke an die Kanalisation und den Erlaß eines Ortsstatuts auf Grund des Fischzuchtengesetzes bezüglich des Geländes des Bauvereins. Die Angelegenheit wurde behufs Klärung einer Reihe juristischer Fragen einer Kommission überwiesen. Der zweite Antrag Jäger betrifft die jetzigen Teuerungszustände. Der Antragsteller fragt an, welche Schritte der Gemeindevorstand zu unternehmen gedenke, um der drohenden Verteuerung der Lebensmittel vorzubeugen. Das Meißelgut Werben sei nicht in der Lage, Kartoffeln und sonstige Nahrungsmittel in nennenswertem Maße zu liefern. Es handle sich überdies auch um die Fleischteuerung, der nach Möglichkeit gesteuert werden müsse. In der Presse seien auch Mitteilungen über ein gemeinsames Vorgehen Groß-Berlins in dieser Frage erschienen. Gemeindevorsteher Schulz teilte mit, daß die Kartoffelernte auf Gut Werben schlecht ausgefallen sei und über den eigenen Bedarf von zirka 9000 Zentner kaum etwas übrig bleibe. Der Gemeindevorstand habe sich über die Teuerung bereits unterhalten und die Frucht-seiner praktischen Politik sei, daß bereits 50 Zentner (!) Kartoffeln für die Armen der Gemeinde zur Verfügung gestellt worden seien! Die Versorgung mit Seefischen sei ja vielleicht (!) gut, aber man werde am besten die weiteren Schritte im Gemeindevorstand und in einem späteren Stadium des Jahres beraten. Als aus der Mitte der Gemeindevertretung heraus darauf hingewiesen wurde, daß es sich nicht bloß um die Ortsarmen handle, sondern darum, den Rinderbeständen überhaupt durch die Vermittlung der Gemeinde Nahrungsmittel zu annehmbaren Preisen zu verschaffen und dadurch den durch die Teuerung entstandenen Notstand nach Möglichkeit zu mildern — da war der Herr Gemeindevorsteher erstaunt und rief laut aus: Also verkauft sollen die Kartoffeln werden, davon habe ich ja gar keine Ahnung! — Schöffe Lange hält die Sache nicht für so dringlich, während G.-V. Brause verlangt, daß jetzt schon geeignete Räume zur Lagerung von Fleisch, Fischen und Kartoffeln in Bereitschaft gehalten werden sollen. Die ganze Angelegenheit wurde darauf dem Gemeindevorstand, der noch einige Mitglieder aus dem Plenum zuziehen soll, überwiesen. Es dürfte sich empfehlen, in der Offenlichkeit mit Nachdruck den Gemeindevorstand zu einer beschleunigten Stellungnahme gegenüber der Lebensmittelteuerung zu veranlassen. Er scheint von der ganzen Sache wenig erbauet zu sein und das höchste, zu dem er sich allenfalls aufzwingen beliebt, ist die Gewährung von Betteluppen an die Ortsarmen, die man auch noch mit einem gewissen Stolz in die „praktische Politik“ des Gemeindevorstandes einreicht. Inzwischen werden auch die Mittelhandpolitiker, der Verein der Handwerker und Gewerbetreibenden usw. kein Mittel unversucht lassen, um die Aktion der Gemeinde zur Unterbrechung der durch die Teuerung hervorgerufenen Notlage zu verhindern.

### Lankwitz.

**Der dritte Lichtbilder-Vortrag** des Genossen Graf mußte besonderer Umstände halber verlegt werden. Derselbe findet schon am nächsten Freitag, den 29. d. M., bei Prochajka statt. Teilnehmertarten sind noch zu haben.

Ferner wird bekannt gemacht, daß am nächsten Sonntag vormittag um 10 Uhr bei Schulz, Mühlensir. 21, eine Uebung mit Musik zu den Kinderreigen stattfindet. Der Bildungsausschuß.

### Kummerdors bei Storkow.

Eine außerordentlich gutbesuchte öffentliche Versammlung tagte am Sonntag im Lokale von Delling. Gepannt folgten die Anwesenden den Ausführungen des Genossen Groger, der an der Hand einiger drastischer Beispiele zeigte, wie sich in den ländlichen Bezirken die Herren Amtsvorsteher und sonstige polizeiliche Organe über die Gesetze hinwegsetzen, um dem politischen Gegner zu schaden. Sodann besprach der Referent unsere äußere Politik und wies nach, wie ohne Rücksicht auf die Interessen der breiteren Volksschichten das Ohre-

kapital mit Hilfe der Regierung sein vertwegenes Spiel treibt. Die Aufforderung des Redners, bei der bevorstehenden Reichstagswahl für unsere alten, bewährten Genossen Fritz Jubel einzutreten, löste unter den Anwesenden allgemeinen Beifall aus. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne des Referenten aus. Genosse Wigner eruchte die Versammelten noch, unsere Presse zu lesen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Partei geschlossen.

### Alt-Schadow. (Rr. Teltow-Beeskow.)

**Rosfand, Kriegsbeute und Steuerlast** war das Thema, über das Genosse Wujick-Berlin vor einer leider nur schwach besuchten Versammlung referierte. Der schwache Besuch der Versammlung wird darauf zurückgeführt, daß die am Ort wohnenden, aber bis zum Herbst in Berlin arbeitenden Maurer und Zimmerer sich in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis befinden. In der Zeit der Arbeitslosigkeit suchen die Arbeiter im hiesigen Fort Beschäftigung. Auf einem niedrigen Tagelohn von 2 M. können sich die Arbeiter Holz und für ihr Vieh Streu mitnehmen. Diese Beschäftigung bleibt ihnen aber verjagt, sobald sie bei dem Förster in den Geruch sozialdemokratischer Bestimmung kommen. Ebenso soll der die Arbeit vergebende Wasserbauinspektor verfahren. Um sich bei der bestehenden Teuerung den Drohungen und der Ungnade dieser die sozialdemokratische Bestimmung hassenden Herren nicht aussetzen, bleiben sie den Versammlungen fern. Daß die Arbeiter durch ein solches Verhalten die Position ihrer Ausbeuter und politischen Feinde stärken helfen, werden sie sich genug zu spüren bekommen.

### Bruchmühle.

In einer am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung für den neugebildeten Bezirk Bruchmühle-Eggerdorf wurden folgende Mitglieder in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: M. Lindholz; 2. Vorsitzender: W. Jinn; Kassierer: G. Jacobig; Schriftführer: E. Wiedemann, E. Linde; Redatoren: D. Buchholz, M. Bernide; Beisitzer: S. Lehmann, S. Rathes.

### Nowawes.

**Der Bildungsausschuß** hat für das Winterhalbjahr folgende Veranstaltungen in Aussicht genommen: Am Sonnabend, den 7. Oktober, in den „Deutschen Festalen“: Theaterabend. Zur Aufführung gelangt die Sittenkomödie „Frau Warrens Gewerbe“ von Bernhard Shaw. Am Sonnabend, den 28. Oktober, hält im Singschulsaale Herr Ingenieur Grempe-Berlin einen Vortrag über „Modernes Verkehrsweesen“. Am Sonntag, den 26. November, gelangt im gleichen Lokal das vieraktige Schauspiel „Glaube und Primat“ von Schönherr zur Aufführung. Vom 14. bis 23. Dezember findet in den „Deutschen Festalen“ die übliche Ausstellung für Jugendchriften und Wandschmuck statt. Weitere Veranstaltungen werden noch später bekanntgegeben.

### Potsdam.

**Der vermißte gewesene Kriminalschuhmann Robert Krüger** ist wieder zu seiner Familie zurückgekehrt. Er soll sich in einem krankhaften Zustande befunden haben und soll in ärztliche Behandlung kommen. Er war acht Tage vom Dienst abwesend.

### Spandau.

**Polizei gegen Arbeiterturner.** Am Freitag, den 22. September, abends gegen 9 1/2 Uhr, drangen plötzlich unter Führung des Kriminalbeamten Welkers zwei Kriminalbeamte in das Vorderische Lokal in der Seeburger Straße, um die dort anwesenden 16 Turner der Freien Turnerschaft zu verhaften. Das Lokal ist von der Freien Turnerschaft zum Zwecke des Turnens gemietet worden. Obwohl das Lokal geöffnet war, gingen die beiden Beamten Welkers und Kiefer hinten über den Zaun, wobei verschiedene Beschädigungen vorlamen. Beim Eindringen in den Saal ging auch noch eine neben dem Eingang befindliche Fensterhebe zum Zerfall. Ohne Angabe von Gründen ging's unter Vorzeigen der Legitimationsmarken zur Verhaftung sämtlicher anwesenden Turner. Auch die eine Legitimation bei sich führenden Turner mußten, von beiden Beamten und einem Polizeihund begleitet, den Weg nach der Wache antreten. Auf der Wache selbst begnügte man sich mit der Feststellung des Alters, der Namen und des Geburtsortes der Sistierten. Dann erfolgte ohne Angabe von Gründen über die Verhaftung und ohne jede Entschuldigung gegen 11 Uhr nachts die Entlassung. Die Frage, ob im Verein auch Jugendchriften vom „Vorwärts“ verteilt würden, läßt den Schluß zu, daß die Behörde nach einer Jugendorganisation sucht. Unter den Verhafteten waren aber Personen unter 18 Jahren überhaupt nicht zu finden. Die Betroffenen haben keine Lust, sich das polizeiliche Vorgehen gefallen zu lassen. Sie werden alle Schritte unternehmen, um sich Genugtuung zu verschaffen.

**Der „gelbe“ Ronnenbaum.** Vor zwei Jahren war noch keine Aussicht, auf dem Ronnenbaum Mitglieder für den Wahlverein zu werben. Jetzt hat der jüngste Spandauer Bezirk bereits 37 Mitglieder und ist eifrig bestrebt, in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften den Weiden das Wasser abzugraben. Die regelmäßigen öffentlichen Versammlungen werden immer besser besucht. Die nächste Versammlung findet am 8. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Dreier statt. Da bis zum 1. Oktober eine Anzahl Neubauten für etwa 300 Familien bezogen werden, so hat am Dienstag eine „Vorwärts“-agitation begonnen, welche bis Sonntag dauert. Zu ziehende Abdomenten oder solche, die es werden wollen, werden er sucht, schon jetzt den „Vorwärts“ beim Genossen Köppen, Spandau, Breiterstr. 64, oder beim Bezirksführer, Genossen Spann, Märkischer Steig 10, zu bestellen.

**Turnerischen „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 1. Oktober: Wanderung von Ermer nach Kallsee, Dorf Hühnerdorf, Hengstheide, Ermer. Abfahrt Alexanderplatz 7,16, Schließiger Bahnhof 7,33 nach Ermer. Gäste willkommen.

**Arbeiter-Vanderebund „Die Naturfreunde“.** Wandersfahrten am Sonntag, den 1. Oktober 1911. 1. Durch den Ober-Spreewald. Lützenau über Stradow nach Burg. (Wirkung der Bendinnen.) Burger Raupen. Fortbau Uge (Rahndorf) Renno-Wähe Ledde, Lützenau. Abf. Södrlicher Bahnh. Sonnabend, abends 12,40 Uhr. 2. Seltens-Dieleslang-Finstenfrag. Abf. Stett. Södrlicher Bahnh. 6,01 Uhr vorm. 3. Tiefen-Flumental-Tiefen. Abf. Schlef. Bahnh., Writzerer Bahnh. 5,32 Uhr vorm. 4. Waldweg-Ronnenwähe-Weichen. Abf. Stett. Fernbahnh. 6 Uhr vorm. 5. Heerstraße-Bischelwäde-Grünwald. Abf. Schlef. Bahnh. 1,11 Uhr, Bahnh. Friedrichstraße 1,23 Uhr nachm. Gäste willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

**„In freien Stunden.“** Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Probehefte kostenlos durch alle Buchhandlungen und Speditoren.

**„Kommunale Praxis.“** Die gegenwärtig vorliegende Nummer 29 schließt das III. Quartal dieser vom Genossen Dr. Albert Sabetum redigierten Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindeforschung ab. Die Reichhaltigkeit des Inhalts sollte jeden Genossen, der sich mit der Kommunalpolitik beschäftigt, veranlassen, die „Kommunale Praxis“ zu abonnieren. Da mit dem 1. Oktober ein neues Quartal beginnt, ist die jetzige Zeit zum Beginn eines Abonnements besonders geeignet. Bestellungen zum Preise von 3 M. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Speditoren entgegen. Probenummern liefert kostenlos der Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.

**Marktpreise von Berlin am 26. Septbr. 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidenten.** Marktblattpreise. (Kleinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Weizenmehl 35,00—50,00. Weizen 34,00—80,00. Kartoffeln 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,90—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,90 bis 1,70. Schweinefleisch 1,90—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,90—2,00. Butter 2,40—3,30. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kala 1,80—2,80. Jambur 1,40—3,00. Pechte 1,20 bis 2,80. Parage 0,80—2,00. Schmalz 1,40—3,00. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 2,50—3,00.